

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnements: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich 1,10 Mark,  
 für das übrige Ausland  
 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle-  
 greife oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 31. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

# Lassalle.

Gestorben 31. August 1864.

„Es war Sturm in dieser Natur!“

„Die heraklitische Philosophie aber haben wir nunmehr in ihrer Entfaltung und Selbstentwicklung bis zu jenem Schlupstein begleitet, welcher ewig den Schlupstein aller wahren Philosophie zu bilden hat und mit dem daher auch die Darstellung derselben zu schließen ist, bis zur Idee der Freiheit.“

Lassalle, Die Philosophie Heraklitos des Dunklen von Ephesos. 1858.

Am heutigen Tage sind es vierzig Jahre, daß Lassalle aus dem Leben schied. Die Nachricht von seinem Tode schlug bei Freund und Feind ein wie der Blitz. Die Freunde — ihre Zahl war damals sehr gering — sahen in ihm den geliebten Führer, den Hort ihrer Hoffnungen, auf den sie mit Begeisterung blickten, sich für immer entrissen; die Feinde — und ihre Zahl war Legion — sahen in ihm den Aufwiegler, den Geher, den Revolutionär aus dem Leben scheiden, der ihnen im Laufe seiner kurzen, meteorartigen agitatorischen Tätigkeit so viele schwere Stunden bereitet und einen bösen, verhängnisvollen Samen in die Reihen der Arbeiter gestreut hatte.

Dem tiefen Schmerze, der Verzweiflung der einen, stand der schlecht verhehlte Jubel der anderen gegenüber. Nun er tot war, der mit dem ganzen Feuerifer und mit der faszinierenden Wirkung in Wort und Schrift versucht hatte, die arbeitenden Massen aus ihrer lethargie emporzureißen oder von der Meerfolge, die sie dem Liberalismus leisteten, abzubringen, fühlte alles was bürgerlich und kapitalistisch dachte, sich wie von einem Alp erlöst. Das kleine Häuflein der Anhänger schien unfähig und ohnmächtig zu sein, mit dem Erbe, das der tote Löwe hinterlassen, zu wuchern. Was war sicherer, als daß die Bewegung, als deren alleiniger Träger Lassalle den Gegnern erschien, jetzt nach seinem Tode erlöschen und keine ernste Spur mehr hinterlassen werde.

Und in der That, die Hoffnungen der Feinde schienen berechtigt zu sein. Nicht allein war die Zahl der Anhänger Lassalles, organisiert in dem von ihm im April 1863 in Leipzig ins Leben gerufenen Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein klein — sie betrug in ganz Deutschland keine 2000 — es schien auch niemand vorhanden zu sein, der einigermaßen ihn ersetzen konnte. Und ohne einen über alle hervorragenden Kopf — das war damals und ist heute noch der Glaube der Bourgeoisie — konnte eine solche Bewegung nicht existieren. Der von Lassalle auf seinem Krankenbette als sein Nachfolger empfohlene Schriftsteller Bernhard Weller in Frankfurt a. M. war nicht der Mann, der auch nur annähernd ihn ersetzen konnte. Es konnte so gar billig überraschen, daß Lassalles Wahl auf einen Mann fiel, der weder durch Charakter noch besondere Geistesgaben sich auszeichnete und im persönlichen Umgange nichts weniger als angenehme Eigenschaften entwickelte. Auch fällt es heute jedem unter und auf, daß Lassalle die Stelle des Präsidenten im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein als eine Art Erbe betrachtete, über das er bis zu einem gewissen Grade zu verfügen habe. Wer aber die Persönlichkeit Lassalles, sein außerordentlich stark ausgeprägtes Selbstgefühl und seinen Glauben an die Notwendigkeit einer mit einer gewissen Autorität umgebenen Persönlichkeit an der Spitze seines Vereins zu haben, kannte, wird darüber nicht verwundert sein. Im Verein selbst war man keineswegs allgemein der Ansicht, in W. Weller den geeigneten Mann zu besitzen. Es entstanden Zer-

würfnisse, die von hier ab Jahre währten und schließlich sogar zu einer Spaltung führten, indem es dem Einfluß der Gräfin Hayfeldt, der intimen Freundin Lassalles, gelang, einen Sonderverein zu gründen.

Diese Spaltung und diese Zerwürfnisse im Verein konnten der jungen Bewegung, die im höchsten Maße volle Geschlossenheit und Einigkeit gegen ihre überzahlreichen Feinde benötigte, nicht förderlich sein. Der Boden für die Bewegung war zunächst überhaupt steinig. Das lag an verschiedenen Umständen. Das vor 1868 in sechsunddreißig Staaten und Städtchen zerstückte Deutschland war noch ein überwiegend kleinbäuerliches Land. Eine großindustrielle Arbeiterklasse war nur partiell vorhanden, Kleingewerbe und Hausindustrie herrschten vor. Der Unentwickeltsein der ökonomischen Verhältnisse entsprachen in hohem Grade die politischen. Wenige Jahre vor dem Auftreten Lassalles war infolge des Thronwechsels in Preußen und der Aufstellung, die der österreichisch-italienisch-französische Krieg bewerkstelligte, erst wieder das politische Leben in Deutschland erwacht, d. h. nach fast zehnjähriger Kirchhofruhe, Selbstverständnis war es die Bourgeoisie und ihr politischer Ausdruck, der Liberalismus, die jetzt die politische Führung in der Hand hatten und zu verwirklichen trachteten, was in den Revolutionsjahren von 1848 und 1849 für ihre Interessen unentwickelt geblieben war, die politische Einheit und eine Wirtschaftsregierung, die dem Kapitalismus die nötige Ellenbogenfreiheit für seine Entfaltung sicherte. Die Arbeiterklasse, die in der Reaktionsperiode der fünfziger Jahre hervorgewachsen war, war politisch indifferent und unerzogen. So weit sie aber begann, mit dem wieder erwachten politischen Leben in Deutschland sich politisch zu interessieren und sich in Vereinen zusammen zu finden, sah sie in den liberalen Vorführern ihre Vertreter. Die jämmerlichkeit der politischen, die Rücksichtslosigkeit der wirtschaftlichen Zustände: Kleinhafterei, Jungferngeseggebung, Gewerbe-Unfreiheit, das Fehlen der Freizügigkeit, Niederlassungsummöglichkeit, Wahzwang, Eheschließungshindernisse aller Art und vieles mehr, diese Zustände mußte man, wie Schreiber dieses, am eigne Leibe gekostet haben, um zu begreifen, daß der weitaus größte Teil der damaligen Arbeiterwelt dem Auftreten Lassalles und seinen Lehren verständnislos gegenüberstand. Hierzu kam, daß der Eintritt Bismarcks im September 1862 an die Spitze des preussischen Ministeriums den in Preußen seit mehreren Jahren währenden Verfassungskonflikt auf seinen Höhepunkt trieb, und so wurde von allen, die sich politisch betätigten, es als eine selbstverständliche Sache angesehen, den Liberalismus in diesem Kampfe zu unterstützen.

Daß in einer solchen Situation Lassalle es wagte, die Halbheit und Ziellosigkeit des Liberalismus aufzudecken und dessen soziales Programm als unzulänglich und trügerisch für die Arbeiterklasse zu brandmarken, dazu gehörte ein ganz ungewöhnlicher Mut, eine

Kühnheit, welche die höchste Anerkennung verdient. Anfangs stand er in diesem zunächst rein politischen Kampfe allein; selbst das Leipziger Arbeiterkomitee hatte von Lassalles Tätigkeit und Stellung keine Ahnung. Die Vorträge und Schriften, die er im Jahre 1862 hatte erscheinen lassen: „Ueber Verfassungswesen“, „Ueber den besonderen Zusammenhang der Idee des Arbeiterstandes mit der gegenwärtigen Geschichtsperiode“, „Was nun? zweiter Vortrag über Verfassungswesen“, waren weitestgehend fremd geblieben und hatten selbst in Berlin in Arbeiterkreisen kein Echo hervorgerufen. Es bedurfte erst des Hinweises von Ludwig Löwe auf Lassalle, den er der Deputation des Leipziger Arbeiterkomitees im Oktober 1862 gab, um Lassalle mit den in der damaligen Arbeiterbewegung vorhandenen führenden Elementen in Verbindung zu bringen.

Zeit erst kam der Stein ins Rollen. Auf Betreiben des Leipziger Arbeiterkomitees, dem ich nur bis zum Oktober 1862 angehörte, erschien das berühmte „Offene Antwortschreiben“ März 1863, das die Kriegserklärung Lassalles an die Bourgeoisie brachte und den eigentlichen Anstoß zu jener Bewegung gab, die seitdem als sozialistische Bewegung immer größer und gewaltiger wurde.

Das große Aufsehen, das das Antwortschreiben hervorrief, war weit weniger in den Arbeiterkreisen, als in den Kreisen der Bourgeoisie vorhanden. Ein Schrei der Entrüstung und der Wut ertönte von einem Ende Deutschlands bis zum andern. Es begann ein Kampf der Lüge und Verleumdung gegen den Verwegenen, der es gewagt, die Circel des Liberalismus zu stören, wie wir ihn seitdem nur in einer kurzen Periode während des siebenziger Krieges und unmittelbar nach den Attentaten im Jahre 1878 als Partei zu kosten bekommen haben. Nur die preussischen Konservativen hatten ihre helle Freude an diesem Auftreten Lassalles, denn jede Abwendung eines Arbeiters von den Liberalen sah sie als eine Schwächung derselben an, die ihnen zu Gute kommen konnte.

Im liberalen Lager schob man Lassalles Auftreten die häufigsten Motive unter; nicht Begeisterung für die Sache, sondern die Befriedigung kleinlicher Rache wäre der Grund seines Handelns. Als ich im Juni 1863 als Delegierter des Leipziger gewerblichen Bildungsvereins dem ersten Arbeiter-Vereinstag in Frankfurt a. M. beivohnte, machte ich in Gesellschaft des roten Weller, des späteren Oberbürgermeisters von Köln und Herrenhaus-Mitgliedes, und noch einiger Delegierter einen Spaziergang in den Stadtpromenaden. Das Gespräch kam auch auf Lassalle. Wir erfragten Weller um sein Urteil und da erzählte er, daß Lassalle nur aus Haß gegen die Fortschrittspartei die Bewegung entfacht habe, weil ihm diese die Uebnahme eines Mandats zum Abgeordnetenhaus verweigert habe. Und doch gehörte der rote Weller, der beinahe fünfzig Mitglied des Kommunistenbundes gewesen und als solches zu sechsjähriger Festungshaft verurteilt worden war, zu den objektivist

## Lassalle als „Librettist“.

Ein ungedruckter Brief Lassalles an Hans v. Bülow

Es ist bekannt, daß eine umrige Freundschaft Lassalle mit Hans von Bülow verband, dem bedeutenden und eigenartigen Klavierkünstler und Musiktheoretiker, der lange Zeit wohl die populärste Gestalt des europäischen Musiklebens gewesen. Von urwüchsigem Radikalismus in seiner Persönlichkeit und seinen Anschauungen hat er sich in die Geschichte der Arbeiterbewegung, nicht nur durch sein Verhältnis zu Lassalle, sondern auch durch seine 1863 unter dem Namen W. Solinger erschienene Komposition von Herweghs Wundeslied „Wer und Arbeit ruft die Welt“ unvergänglich eingeschrieben.

Ueber Hans von Bülow's späterer Bismarck-Schwärmerei darf man sein Interesse an der Arbeiterbewegung nicht vergessen. Seine Verehrung für Bismarck wurzelte in einem politisch-ästhetischen Mißverständnis: „Bismarck ist für mich die Revolution, die ich meine, die mein Herz erfüllt, der große Schöpfer des großen Meisters, dessen weltgeschichtliches Werk heißen wird: „Der Sturz des Papsttums“, schrieb er 1866 an Alexander Ritter. Er war als politischer Dilettant, wie er sich selbst nannte, Bismarckisch, nicht aus Konserbativismus, sondern weil er von ihm die Zerstörung der katholischen Kirche, Oesterreichs und anderer ihm verhaßter Dinge erwartete. Doch blieb er seiner revolutionären Grundstimmung treu: „Ein deutscher Bürgerkrieg, ich gestehe es unverhohlen, versüßte mich ganz und gar nicht. Ich halte ihn für unabwehrbar — früher oder später — und für sehr gesund. Die ersten Deutschen, die ich niedergebrosen wünschte, wären freilich (im Interesse des wahren Fortschritts) sämtliche fortschrittliche Kammermitglieder, Zeitungsschreiber und Juden.“ (Brief vom 22. Mai 1866.) Ein Jahr später will aber Hans v. Bülow bereits Schwelger werden, „da Bismarck für mich zu populär geworden und ich mich zur Franzosenfresserei nicht verstehen mag“. Als Bismarck jedoch nach seinem Sturz

durch Wilhelm II. wieder sehr unpopulär bei den Maßgebenden wurde, widmete ihm Bülow in einem seiner barocken Einfälle Beethoven's „Troika“, von der einst dieser gewaltigste Schöpfer der Weltkunst den Namen des französischen Konsuls Bonaparte entlehnt hatte, nachdem er, Cäsar geworden, die französische Revolution verraten.

Lassalle blieb dieser kranke-geniale Mann treu. Als die deutsche Bourgeoisie die Deffentlichkeit über die Pariser Kommune mit einer Flut von schmutzigen Verleumdungen überschwemmte, schrieb Hans v. Bülow am 2. April 1871 aus Florenz an Eugen Spitzweg in „sehr oppositionsintoleranter“ Stimmung: „Die Pariser Vorgänge sind mir (Lassalles Freund) höchst wichtig: die Kommune hat meine höchste Achtung und Bewunderung, das Parlament meinen tiefsten Ekel erregt.“ Und noch Jahre später, als sich der von aller Welt überlaufenen Verächtlichkeit eine Ruffin unter Berufung auf gemeinsamen Verleher bei Lassalle in Erinnerung zu bringen suchte, verband H. v. Bülow in seine Antwort mit einer liebenswürdigen Grobheit für die Dame eine Huldigung für seinen „hochverehrten unglücklichen Freund“ Lassalle. Er habe „absolut keine Erinnerung mehr an russisches Fräulein nebst ditto Vater“ und er erklärt diese Vergesslichkeit damit: „Wenn ich bei Lassalle war, hatte ich nur Augen und Ohren für den mit mir so sympathischen heldenhaften Mann — alle übrigen Anwesenden waren für mich Statisten, Figuren, Schatten, Tagesgespenster“ (1877).

Die Zeugnisse des Freundschaftsbundes zwischen Lassalle und Bülow finden sich in einem schmachtigen Post Lassallescher Briefe an Bülow, die 1863 in Dresden bei Winden erschienen sind. Es sind ausschließlich flüchtige Willeits, ohne wesentliches Interesse. Nur der Brief, den Lassalle kurz vor der Katastrophe dem Vertrauten schickte, ist ein ergreifendes Dokument aus der Verdästerung seiner letzten Tage. Helene v. Dönniges war aus dem elterlichen Hause entwichen, bereit, dem Geliebten ganz und gar anzugehören. In einer, trotz aller psychologischen Deutungsversuche nicht völlig aufgeklärten Stimmungswirnis schickte er sie heim zu

den Eltern. Dort wird sie wie eine Gefangene gehalten. Und nun setzt Lassalle die ganze Welt in Bewegung, um die Geliebte zu befreien. Helene klagt ihm in ihren Briefen — wie Lassalle dem Freunde berichtet —, daß man ihre Briefe öffne, daß man sie einschließe: „Je pars ou plutöt on me part“ („Ich reise ab, oder vielmehr ich werde abgereist“). Diese Briefe, schreibt er an Bülow — und der Jurist erwacht in ihm — seien der christliche Beweis für „Sequestration und Gewalt“ — für Freiheitsberaubung. Er geht zum bayerischen Minister des Innern, Herrn v. Schrend, damit er die Befreiung Helens bewirke. Der schickt auch einen Unterhändler zum Vater. Durch Richard Wagner bemüht er sich sogar um Intervention beim König Ludwig II. von Bayern. Wagner sucht er dadurch zu gewinnen, daß er ihm eine Briefstelle übermitteln, aus der Helens Interesse für die Riblungen- Dichtung hervorgeht: „Ich nannte sie“ — heißt es in diesen Briefe an Bülow — „Brunhilde, teils wegen ihrer der Vorstellung einer solchen wirklich ganz entsprechenden Erscheinung, teils weil Siegfried die Brunhilde aus der wahren Liebe holt und ich Helene wenigstens aus Wabern“) holen sollte. Aber ich ärgere mich jetzt, daß ich sie so nannte! Siegfried bekam die Brunhilde ja nicht, und sie sind unvermählt nach Hel und Walsalla gefahren. Man sollte keine Unglück verhängenden Vorzeichen nehmen!“ Schluß bricht der Brief ab: „Adieu, teurer Freund! Das Leben ist eine lumpige Hunde- Affen- Komödie. Eben erhalte ich Brief von Wucher. Langt auch nicht auf Rosen! Alles lumpig schmierig, es ist ein wahrer Dögal. Adieu! Adieu!“

Die erwähnte Briefsammlung ist nicht vollständig. Nicht nur daß die Briefe Bülows fehlen — sie sind, wie der ganze Nachlaß Lassalles, von der Familie Hayfeldt der Deffentlichkeit, zur rechten Illustration der gemeinschädlichen Wirkungen des Erbrechts, entzogen worden — auch Lassalles Briefe an Bülow waren offenbar zahlreicher und inhaltvoller.

\*) Dort wohnte eine Freundin Helens.

erleidenden Mitgliedern der Fortschrittspartei. Von dem sonstigen Klischee, das in diesen Kreisen über Lassalle zusammengetragen wurde, macht man sich keinen Begriff. Ich will hierüber nicht sprechen.

Der gewaltige, alle Kräfte in Anspruch nehmende Kampf, den Lassalle nunmehr während mehr als zwei Jahren zu führen hatte und ihm neben all den Verleumdungen und Verdächtigungen auch eine Anzahl Prozesse mit zum Teil schweren Verurteilungen zuzog, hatte nicht die Resultate, die er in seinem Optimismus erwartet hatte. Im Sommer 1864 war seine Gesundheit schwer erschüttert und seine Kampfbereitschaft drohte zu erlahmen. Da machte die Angel eines Nebenbuhlers in der Liebe seinem Leben ein jähes Ende.

Man hat gefragt und fragt noch heute: was geschehen wäre, wenn Lassalle am Leben blieb. Zwecklose Frage! Ein Nichts steht aber für mich fest. Ein Rückzug auf die Dauer war für ihn unmöglich und wie immer er sich zur äußeren Politik des Fürsten Bismarck in den Jahren 1866 bis 1870 gestellt haben würde, Demokrat, wie er war, würde er der Verfassungsmäße Bismarck, die allem Hohn sprach, was einst selbst der Liberalismus von einer Verfassung beanspruchte, den erbittertesten Widerstand entgegenzusetzen haben, und ebenso würde Bismarck in seiner gesamten inneren Politik an ihm den entschiedensten Gegner gefunden haben. Aber auch von Hoffnungen auf den Liberalismus in irgend einer Phase und auf irgend einem Gebiete der öffentlichen Kämpfe wäre bei ihm keine Spur vorhanden gewesen; er hatte ihn bereits klar durchschaut, als dieser Liberalismus noch in seiner Glanzperiode stand. In dieser Beziehung ist das Studium der Lassalleschen Schriften aus den Jahren 1862 und 1863 auch noch heute besonders lehrreich.

Nun er tot war, mußten seine Anhänger sehen, wie sie ihren Weg ohne den großen Führer machten. Und sie machten ihn trotz aller Spaltungen und Zerwürfnisse. Lassalle war tot, aber sein Geist lebte und warb immer neue Jünger. Ich und viele andre, die wir abseits des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins standen und seine Gegner waren, studierten zunächst an den Lassalleschen Schriften den Socialismus, ehe wir an Marx und herantreten. Je mehr wir aber selbst in Socialismus erstarrten, desto heftiger bekämpften wir den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und speziell seine Führerschaft wegen der falschen politischen Richtung, die sie nach unserer Auffassung einschlug. Und je mehr der Verein im Innern erstarrte, desto lebhafter wurde von seiner Seite der Kampf gegen die gleichgesinnten Kräfte, die außerhalb seiner Reihen standen und sich zuerst im Sommer 1866 in Chemnitz und später im September 1868 in Nürnberg zu einer besonderen Partei zusammengefunden hatten.

Diese Kämpfe wurden mit ihrer Dauer immer heftiger und erbitterter; sie nahmen in der Presse und in den Versammlungen allmählich einen excessiven Charakter an. Man sprengte sich gegenseitig die Versammlungen, und die schwersten Anschuldigungen, namentlich gegen die Führer, flogen herüber und hinüber. Ein gut Teil unserer besten Kräfte und Mittel wurde in diesen gegenseitigen Bekämpfungen verbraucht. Im Jahre 1869 gelang es der Gegnerschaft, einen erheblichen Bruchteil, darunter eine Anzahl der besten Köpfe, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abwendig zu machen, worauf die Gründung der Socialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach erfolgte. Als endlich im Jahre 1871 der von der Gegenseite am meisten bekämpfte Mann, Herr v. Schweiger, von der Präsidentschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zurücktrat, nahmen die Kämpfe zwar einen mildereren Charakter an, aber es währte immer noch mehr als drei Jahre, bis auf beiden Seiten die Erkenntnis zum Durchbruch gekommen war, daß es so nicht weiter gehen dürfe und eine Verständigung und Versöhnung notwendig sei. Diese brachte endlich nach langen Vorverhandlungen das Frühjahr 1875. Wohl zitterte die alte Verbitterung noch eine Weile nach und das alte Mißtrauen war keineswegs mit einem Schlage verschwunden, aber die nunmehr gemeinsam geführten Kämpfe und vor allen Dingen die scharfe Tonart, die schon seit geraumer Zeit und namentlich nach der Vereinigung Polizei und Gerichte gegen die Partei anschlugen, halfen dieselbe zusammenschmelzen.

Hatte Fürst Bismarck und mit ihm die konservative Partei es bis zum Jahre 1870 gerne gesehen, daß eine Partei vorhanden war, die sie gegen die Bourgeoisie als Bau-Bau gebrauchen konnten und

ihnen die Bourgeoisie ins Garn trieb, denn der liberale Kreisrichter der ersten Hälfte der sechziger Jahre beunruhigte Bismarcks Träume noch lange und er fürchtete immer, daß er wieder auf seine alten liberalen Oppositionsgedanken zurückkomme; noch 1870 war die deutsche Bourgeoisie so zahm geworden, daß kein Mißfall mehr zu befürchten war. Dagegen war die Socialdemokratie trotz aller Spaltungen und gegenseitigen Bekämpfungen gewachsen; es war zwischen den streitenden Parteien eine große Rivalität entstanden, bei den Wahlen die stärkste Armee ins Feld zu stellen. Das war aber eine Erscheinung, die Bismarck und der Bourgeoisie sehr zu denken gab.

Mit dem Leipziger Hochverratsprozeß waren die Verfolgungen eingeleitet worden und sie wurden nach ihm immer stärker und häufiger. Gaben und drüben regnete es Verfolgungen und Verurteilungen. Nach der erfolgten Vereinigung wurde es noch schlimmer. 1874 erfolgte die gerichtliche Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, es erschien die Kontraktbruchgesetzvorlage, 1875 folgte die Novelle zur Verschärfung des Strafgesetzes, die Graf Eulenburg mit der bekräftigt gewordenen Rede einleitete: Die Annahme derselben sei notwendig, wolle man verhindern, daß die Zeit komme, wo die Pike schreie und der Säbel hane. Noch war die Mehrheit des Reichstages für solche Maßregeln nicht zu haben. Als aber 1877 bei den allgemeinen Wahlen die Socialdemokratie abermals eine starke Stimmenvermehrung aufwies und im Frühjahr 1878 die Attentate von Hübner und Kobilitz sich ereigneten, war der Widerstand des Liberalismus gebrochen. Bismarck schmeckte das Eisen, das warm war, und das Socialistengesetz entstieg dem gesetzgeberischen Hergensfessel, das endlich 1890 samt seinem Urheber in den Ozean flog.

So hat der Same, den Lassalle gestreut, seine Früchte getragen. Das theoretische Gepräge, das er der Partei einst aufgedrückt, hat sie längst verloren, seine Theorien sind überbunden, aber der Massenkampfcharakter, den er ihr aufgeprägt, er blieb ihr erhalten, und er hat, unterstützt von einer riesenhaften ökonomischen Entwicklung, wie sie außer den Vereinigten Staaten kein Land der Welt in so kurzer Zeit vollzogen hat, die Partei zu dem gemacht, was sie heute ist, zu der stärksten und größten socialistischen Partei der Welt, die kein Sturm mehr vernichten kann. A. B.

### Lassalles deutsche Politik.

Im Anfang war die That. Marx lebte der Wissenschaft und der Welt, Lassalle Preußen und der Aktion.

So hoch man auch Lassalle als Gelehrten schätze, als Philosophen und als Juristen, so könnte ihn doch nur kritische Bewunderung zu jenen einfaulen Hauptern der Wissenschaft rechnen, unter denen Karl Marx für alle Zeiten ragt. Und so sehr man auch die glänzenden scharfgeschliffenen Artikel des Chefredakteurs der „Neuen Rheinischen Zeitung“ als Musterleistungen einer wissenschaftlich gegründeten Journalistik bewundern mag, so hat dieser doch wiederum in der Kunst, Feuer in die Seelen zu gießen, seinen großen Schüler nicht erreicht.

Während Marx und Engels mit nie verlagender Geduld gelehrter Lehrer an dem Aufbau der geistigen Fundamente arbeiteten, auf denen sich der Bau der proletarischen Kampforganisation in unheimlicher Sicherheit erheben sollte, zog es Ferdinand Lassalle nach den breiten Ebenen der politischen Feldschlacht hinab. Während sich erst allmählich die ungeheuren Massen der socialen Arbeiterdemokratie zum Aufmarsch rüsteten, hat er an der Spitze einer geringen Schar den kühnen Akt politischer Aktion gewagt — ehe sich das Schicksal dieses Unternehmens entschied, — selbsteinem unberechenbaren Schicksal zum Opfer. Der erste Versuch der deutschen Arbeiterbewegung, praktisch innerhalb der realen politischen Verhältnisse zu wirken, blieb somit ein genialer Torso, ein unvollendetes Experiment.

Ihm war als Anfang und Inbegriff seines Defens die That gefehlt. Wenn der halbwüchsige junge Mann den Kampf um das Recht einer einzelnen Frau durch einen kühnen Handstreich zu entscheiden suchte, wenn der Jüngling die Nationalversammlung beschwor, den Ruf zu den Waffen zu erlassen, wenn der gereifte Mann die Massen der Hörer im weiten Saal zur Begeisterung hinriß, oder im Kanzler-

der russischen Nationalhymne allmählich erwürgt werden, während Wilow die Marcellaise triumphieren ließ.

Lassalle aber entwarf dann den Text zu dieser politischen revolutionären Programm-Musik, der wenigstens erhalten geblieben ist, während die Musik mit der flüchtigen Stunde der leeren Improvisation verweht ist. . .

Wir lassen den Brief nunmehr folgen:

Lieber!  
Es ist also heute früh beim Aufstehen mein erstes Geschäft, das Programm des musikalisch-ironischen Meisterwerkes niederzuschreiben, das Sie gestern bei mir improvisiert haben. Es ist ein treuer Bericht, der nur den Zweck hat, alles für Ihr Gedächtnis festzuhalten und nur hin und wieder einige Ausführungsdetails vorzunehmen.

#### I. Abtheilung: Die Deditation an die Fortschrittspartei.

1. Kurze ironische Overture als Einleitung in den Gesamtcharakter des Ganzen, schließend mit den bekannten Hinter-Accorden, zuerst kräftig, dann leise verhallend.

2. Festmarsch der Fortschrittspartei, eine präventive Variation der Melodie: „Immer langsam voran, immer langsam voran“. Heiterlicher Wechsel der Adresse an den König nach dem Thema: „Eine feste Burg ist unser Gott.“ Erwartungsvolle Meeresstille. Da — Pferdgetrappel, der Corpsgardemarsch. Spannung unter den Abgeordneten, aus deren Brust sich das Lied zu ringen versucht: „Die Post hat keinen Brief für Dich, mein Kind, mein Kind.“ Der Gendarm ist angelangt. Der Brief wird verlesen. Er beginnt mit dem Thema: „Der Gesalbte des Herrn“ aus dem Reperberischen Prophetenmarsch und läuft in die bekannten musikalischen Rassen aus. Erstaunen, dann Sammlung unter den Abgeordneten.

3. Der Präsident eröffnet die Diskussion und erteilt — Thema: „Wolfram v. Eschenbach, beginne“ — Sinken das Wort. Es erhebt sich eine nach allen Seiten hin kreisende, kreischende Stimme. Zellergerapper seitens der um das Puffett gedrängten Abgeordneten. Birchow ergreift das Wort mit verschiedenen schlechten musikalischen Wigen, die mit allgemeiner Heiterkeit und Beifall ausgenommen werden.

Hierauf Bismarck, mit seiner Ironie anfangend und darauf in beständiger, unmittelbar aufeinander folgender Abwechslung von Hinter-Accorden mit musikalischen Rassen den blutigen und offensten Hohn über die Abgeordneten ausstüßend. Großes Murren und Erstaunen unter diesen! Schulze-Delitzsch erhebt sich zu einem großen pathetischen Solo, von dem ganzen Abgeordnetenhaufe als Chorus begleitet. Aber so pathetisch diese Accorde zunächst sind, so gehen sie doch von selbst immer und unwillkürlich, wie durch eine höhere Macht beherrscht, stets in die beiden Melodien über: „Heil Dir im Siegerkranz“ und „Ich bin ein Preuze, kennt Ihr meine Farben“. So oft dies der Fall ist, löst von draußen der Lachor aus dem „Freischütz“ in das Haus. Das Haus, hierdurch darauf aufmerksam

palais den Feind durch die Kraft seiner Persönlichkeit zu überlisten suchte, so kam es ihm allemal darauf an, auf die augenblicklich bestehenden Verhältnisse seines Vaterlandes thätig einzuwirken, reale, sichtbare, greifbare Erfolge zu erzielen, wo sich ein ruhigeres Wesen mit dem Bewußtsein fortwirkender Kraft und später Ernte zufrieden gegeben hätte. So ist Lassalle in gewissem Sinne das vortwärtstreibende Temperament der socialen Revolution geworden wie Marx ihr kritischer Verstand.

Gleich die erste ernste Meinungsverschiedenheit zwischen den Schöpfern der Socialdemokratie enthüllt diesen fundamentalen Unterschied ihres Wesens. Als im Jahre 1850 eine beginnende Kriegsära den Stillstand der deutschen Konterrevolution erschütterte, fühlte Lassalle die Zeit gekommen, einen Hauptschlag im Interesse der Demokratie zu thun. Seine Schrift: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“ war keineswegs dazu bestimmt, die augenblicklichen politischen Verhältnisse im Bewußtsein eines Arbeiterpublikums zu objektivieren, sondern unmittelbare Wirkung zu thun. Der anonyme Verfasser wendete sich an die preussische Regierung.

Der Kampf zwischen dem dritten Napoleon und Oesterreich fand die Demokratie in ihren Anfängen gespalten. Bei welchen der kriegführenden Parteien stand das Interesse der Revolution? Eine Niederlage Napoleons bedeutete die Verschmetterung des französischen Cäsarismus, eine Niederlage Oesterreichs die Morgenröthe der nationalen Demokratie für Italien, für Deutschland die Zerbröckelung der reaktionären habsburgischen Vormacht. Im Interesse der deutschen Revolution, des „ganzen Deutschland ohne die Dynastien“ erschien Lassalle die Niederlage Oesterreichs vorläufig als der wünschenswertere Fall. Und so entschloß er sich, seine Stimme für den Krieg gegen Oesterreich zu erheben. Ein Friedrich der Große würde „den Moment für den geeignetsten erachten, in Oesterreich einzurücken, das deutsche Kaiserthum zu proklamieren und der habsburgischen Dynastie zu überlassen, ob und wie sie sich in ihren außerdeutschen Ländern behaupten kann. . . Ja, noch einmal liegt die deutsche Kaiserkrone auf der Straße. Sie wird nicht aufgehoben werden. Es wäre unbillig, von jedermann zu verlangen, daß er ein Friedrich der Große sei“.

Der Zweck dieser Schrift, so sehr er auch verkannt worden ist und Anlaß dazu gegeben hat, Lassalle als einen vorahenden Anbieter des Hohenzollern-Kaiserthums auszusprechen, ist der rückschauenden Betrachtung vollkommen klar. Lassalle wies der preussischen Monarchie den Weg, der nach seiner Ansicht vom Standpunkte der nationalen Ideologie der einzig richtige war, von dem er aber wohl wußte, daß die preussische Regierung sich hüten würde, ihn zu beschreiten. In diesem Sinne schrieb er denn auch von seiner Broschüre an Marx:

Ich habe nämlich auch der Regierung darin einen höchst nationalen und populären Weg angegeben, den sie — in abstracto — ganz gut gehen könnte, in concreto aber durchaus nicht gehen kann und wird. Und weil sie diesen Weg nicht einschlagen wird, hoffe ich, darin das Mittel gefunden zu haben, sie gründlich zu depopularisieren.

Hätte aber die preussische Regierung wirklich nach Lassalles Rezept gehandelt — und die Bismarcksche Diplomatie, die im folgenden Jahrzehnt erst Oesterreich, dann Napoleon niederwarf, weist mit ihm manche verwandten Züge auf —, dann war es für Lassalle klar, daß sich unmittelbar hinter dem Hohenzollernthum die deutsche Demokratie erheben müßte, um diesem die Siegesbeute abzugewinnen. Nicht also dem Hohenzollernthum zu dienen, sondern umgekehrt dieses unbewußt in den Dienst der Revolution zu zwingen, andernfalls aber es im Interesse der Revolution zu diskreditieren, war sein eigentlicher politischer Zweck.

Derselben Taktik der unmittelbaren auf die augenblickliche Wirkung berechneten Forderung ist Lassalle auch bei seiner Stellung zum Verfassungskonflikte und ihren weitreichenden Folgen treu geblieben. Die Fortschrittspartei in ihrem Widerstande gegen die Militärforderungen der Regierung entweder vorwärts zu stoßen, oder aber ihre Schwäche zu ihrer „Depopularisierung“ auszunutzen, war der Zweck seiner Vorträge „Ueber Verfassungsweisen“ und „Was nun?“ Der Scheinkonstitutionalismus sollte durch den Parlamentstreik demaskiert werden, absolutistisch könnte aber Preußen nicht regiert werden. In diesem Konflikt mußte die Regierung unter-

gemacht, in welche Melodie es sich verloren, versucht wiederholt, den feinfeligen und pathetischen Ton wieder anzuschlagen, aber es gelang ihm dies immer nur auf einige Takte. Wider ihren Willen fallen sie sofort, in immer kürzeren Zwischenräumen, aus den energischen Klängen, die sie anzuschlagen versuchten, in jene beiden Melodien als in die aufgedeckte Wahrheit ihres Innern wieder zurück, alle ihre Angriffe gehen von selbst in der humoristischsten und selbstsamsten Weise in diese Melodien über. Endlich geben sie den Versuch auf, dagegen anzugehen. Beide Melodien fassen und vereinigen sich zu einem rauschenden Bacchanal, welches jetzt allein die Scene beherrscht. Bismarck tritt auf, spricht jetzt einige von leichter Ironie durchdrungene anerkennende Worte, und Ministerium und Kammer vereinigen sich jetzt in dem Thema:

„So leben wir, so leben wir,  
So leben wir alle Tage  
In der allerhöchsten  
Saufcompagne.“

Die wirbelnden dithyrambischen Variationen, zu welchen sich dieses Thema steigert, bedecken weit den Lachor aus dem „Freischütz“, welcher sich einige Male vergeblich von draußen erhebt. Da auf einmal — zwei Donnerschläge, ein greller Riß, und

#### II. Abtheilung: Das neue Jena.

Die polnische Nationalhymne ertönt, immer stärker anschwellend. Sie geht zuerst leise und ungewiß in die Töne der Marcellaise über, die ihr von dem andren Ende des Klaviers antworten und immer mächtiger entgegen rauschen. Der Hergensabbat der Kammer versucht ein tremulierendes „Heil Dir im Siegerkranz“ fertig zu bringen.

Wilhelm in großer Angst und Nahrung das Thema variierend:  
„Muß i denn, muß i denn  
Zum Städle hinaud.“

Augusta sucht ihn zu ermutigen. Sie waffnet ihn. Alle Schnurrbärte Preußens versuchen, sich von selbst zu drehen und sich Mut einzusprechen. Unter den zuerst leise und schüchtern, dann immer stärker erklingenden Tönen der preussischen Nationalhymne verläßt Wilhelm mit dem Heer die Stadt und trifft auf — die Marcellaise. Darstellung der Schlacht durch den Kampf beider sich immer leidenschaftlicher fassenden und gegeneinander antwortenden Hymnen, bis dann die Töne der preussischen spurlos unter den Donnern der Marcellaise verschwinden.

#### III. Abth. Die Revolution.

Unerhörte Dinge, unerhörte Töne, die wir ein andermal feststellen wollen.

Hier also das Libretto; bringen Sie es Sonntag mit, um den andern das Verständnis zu erleichtern, da ich keine Abschrift habe.

Ihr  
Donnerstag. J. Lassalle.

**Krieg:** „Dann aber kein Versöhnungsbusel, kein neuer Kompromiß mit dem alten Absolutismus, sondern den Dammern aufs Auge und das Anie auf die Brust!“

Diese Reden, die im Jahre 1862 gehalten wurden und deren Zweck darauf gerichtet war, der preussischen Monarchie die Nachmittel zur Durchführung ihrer auswärtigen Politik streitig zu machen, scheinen völlig von denen vergessen zu werden, die im Namen des „nationalen“ Lassalle von der Socialdemokratie die Bewilligung der „Staatsnotwendigkeiten“ verlangen.

Die Fortschrittspartei entschloß sich nicht zur That, die ihr Lassalle empfahl, sondern beschränkte sich auf die Verweigerungspolitik, die später nach dem Siege von Sadowa ein schmähliches Ende nahm. Und jetzt eröffnete Lassalle auf der ganzen Linie den Kampf gegen sie. Schon hatte er im „Julian Schmidt“ den litterarischen Matador des Berliner Liberalismus in den Sand gestreut, in „Schulze-Delitzsch“ erlitt ihr ökonomischer das gleiche Schicksal. Im „Arbeiterprogramm“ und im „Offenen Antwortschreiben“ ward die Loslösung der Arbeiterklasse aus der politischen Bevormundung der Bourgeoisie als Programm verkündet.

Das Spiel mit der Fortschrittspartei gegen die preussische Monarchie hatte mit einem Bruch geendet, und das Spiel mit der preussischen Regierung gegen die Fortschrittspartei begann. Es ward nicht unternommen ohne das sichere Bewußtsein, daß Bismarck das allgemeine Wahlrecht geben müsse, „weil ihm gar nichts andres übrig bleibt“, während die Fortschrittspartei die gleiche Forderung mit leeren Redensarten abspießte. Es diente nach Lassalles Absichten ebenso wie sein ganzes übriges Lebenswerk der Sache der Revolution. Selbst auf der Anklagebank im berühmten Hochverratsprozeß gab er sich als geheimer Mitwisser der Regierung und als Kenner ihrer Pläne: „Und so verbinde ich Ihnen denn an diesem friedlichen Ort, es wird vielleicht kein Jahr mehr vergehen — und Herr von Bismarck hat die Rolle Robert Peels gespielt und das allgemeine und direkte Wahlrecht ist octroyiert! Ich wußte das schon an dem ersten Tage, an welchem ich durch den Erlaß meines Antwortschreibens diese Agitation begann, und es konnte niemand entgegen, der mit klarem Blick die Situation erfaßte.“

Wenn sich freilich Lassalle im abollatorischen Eifer seiner Selbstverteidigung zu der pathetischen Aeußerung verstieg, „ein Königtum, das noch aus seinem ursprünglichen Zeig geknetet daselbe“ könnte sich dazu entschließen, „wahrhaft große nationale und volksgemäße Ziele zu verfolgen“, so ländigte er gegen den Grundsatz, den er mit Recht als den Beginn aller politischen Aktion bezeichnet hatte, auszusprechen, was ist. Lassalle hat an die nationale Mission eines „aus seinem ursprünglichen Zeig gekneteten“ Königtums in Wirklichkeit keinen Tag seines Lebens geglaubt. Viel nüchterner und praktischer spiegelte sich in seinem politischen Calcul die Ansicht, die er von der Rolle der preussischen Monarchie hegte. Er mochte mit Recht Bismarck als den augenblicklich gezwungenen Bundesgenossen demokratischer Entwicklungstendenzen betrachten, die Lobpreisung seines Systems mochte dem Augenblicksbedürfnis der Situation dienen, aber sie entsprach weder Lassalles wirklichen Anschauungen noch seinen tieferen politischen Absichten.

Das Verhalten Lassalles war weder sittlich einwandfrei, noch politisch zu rechtfertigen. Wohl aber läßt es sich begreifen, aus dem siebenden Ungestüm, mit dem er auf sein nächstes politisches Ziel zustrebte: die Erringung des allgemeinen Wahlrechts um jeden Preis!

Aber Lassalle ist schließlich doch in allen Phasen seines Lebens ein Revolutionär geblieben, bewußt seiner Ziele, höchstens allzu-eifertig in der Wahl seiner Mittel. Er hätte seinem Zwecke zu Liebe ebenso gut die Barricade bestiegen, wie — bei Hofe getanz. Nur überjah er dabei, wie wenig es dem Führer einer demokratischen Bewegung anfiel, machiavelistische Politik zu treiben und den Egomont, den Pösa oder den Pieslo zu spielen. Die Demokratie vertritt keine historisch loskürten Spiele und nimmt die Maske für das wahre Gesicht.

Lassalle war ein Deutscher! Aber der Inbegriff des Deutschtums hat für ihn niemals darin bestanden, im Dienste irgend eines angestammten Landesherren die Hüfte zu tragen und mit ruhiger Gewissenhaftigkeit seine Steuern zu bezahlen. Was ihn mit dem deutschen Volke verband, das war der revolutionäre Geist der klassischen deutschen Philosophie und der klassischen deutschen Dichtkunst. Die Arbeiter aus willigen gedankenlosen Herdentieren zu wissenben bewußten Bürgern der deutschen Geistesgemeinschaft zu machen, war das Ziel seiner Arbeit. Die internationale Socialdemokratie hat in keinem Augenblick diese nationale Mission vergessen, die ihr Ferdinand Lassalles deutsche Politik hinterließ.

## Aus den Kinderjahren der Bewegung.

Hamburg wird schon von Lassalle als eine „feste Burg im Norden“ für seine Lehren bezeichnet. Die Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war dort ohne direkte Einwirkung des großen Kampfers entstanden und schnell zu einer beachtenswerten Stärke angewachsen. Die Mitgliedschaft bestand aber aus sehr verschiedenen Elementen. Den Kern bildeten die alten Weillingerer. In Hamburg hatte in den vierziger Jahren Wilhelm Weillling gewirkt, und eine Anzahl seiner Jünger war dort noch vertreten, als Lassalle sein Offenes Antwortschreiben veröffentlichte. Wenn auch eine Anzahl fähiger Leute sich unter ihnen befand, so vermochten sie die kleine Gemeinde doch nicht zu einer ansehnlichen Stärke zu bringen. Oft versuchten sie an den Diskutierabenden des Bildungsvereins das Evangelium des Kommunismus zu predigen, aber sie fanden wenig Anhang. In der Gruppe der Weillingerer trat besonders stark der Cigarrenarbeiter Möller hervor. Eine lange hagere Gestalt mit einem herrlichen tiefen Organ. Er war ein erster Apostel. Obwohl Möller im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein wirkte und 1867 in Altona bei den Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag kandidierte, so blieb er doch bis zu seinem Lebende Weillingerer. Die Kommunistengruppe war im Arbeiterverein die Minderheit, aber sie sorgte dafür, daß der Klassencharakter der Bewegung scharf betont wurde.

Die Mehrheit hatte sich der Bewegung angeschlossen, weil hier die demokratischen Lehren vertreten werden konnten. Die Republik Hamburg war das Gegenteil von einem Staat mit demokratischen Gesetzen. Der Arbeiter war rechtlos, und wenn er gar das Unglück hatte, ein Fremder zu sein, und wenn er nur jenseits der Elbe geboren war, dann genügte der Antrag eines Bürgers oder der Frau Weillingerin, um ihn, ausgehört mit einem Ausweisungsbefehl, über die Grenze zu bringen. So empfanden die Arbeiter am eignen Leibe die ganze Abgeschmacktheit der Kleinrenterei. Der Name des Vereins „Allgemeiner deutscher Arbeiterverein“ hatte daher einen bezaubernden Klang. An der Hamburger Grenze liegt Altona, welches bis zum Weillingerabend 1863 dänisch war. Erreichte sich Dänemark auch vieler freierlicher Gesetze, die in den deutschen Bundesstaaten unbekannt waren, so empfanden die Einwohner Schleswig-Holsteins doch den dänischen Druck. Wer das Chemnitz Lied „Schleswig-Holstein Meer umschlungen“ sang, wurde bestraft, und das Lied war so schön. Wenn die Schuljugend auf freiem Felde war und sich Siderheit darüber verschafft hatte, daß kein Polyzist in der Nähe war, dann wurde das „Schönste aller Lieder“ aus voller Brust geschmettert. Auch das Tragen von blau-weiß-roten Bändern oder schwarz-rot-gold waren verboten aber in Hamburg erlaubt. Also

„deutsch“ und „frei“ waren für die Schleswig-Holsteiner derselbe Begriff. Den Schleswig-Holsteinern war daher das Wort „deutscher“ in dem Namen des Vereins so schönklingend. Mitglied eines deutschen Vereins zu sein war daher auch eine politische That.

In Altona war einer der ersten und eifrigsten Agitatoren ein etwas verwaschener Cigarrenarbeiter, der schon durch sein Aeußeres jedem Menschen auffiel. Reichsdorf hieß der brave Streiter. Ein gelbliches Gesicht mit großen tief-schwarzen Augen und langem blau-schwarzen Haar, war es ein romantischer Künstlerkopf. Er trug im Winter wie im Sommer einen weichen Turnanzug und Winterüberzieher. Seinen Kopf bedeckte er stets mit einem weichen Strohhut. Er war ein begeisterter Anhänger Lassalles, aber für den proletarischen Charakter der Bewegung hatte er gar kein Verständnis. In seinen Reden schwärmte er für ein einiges freies Deutschland, mit einem Kaiser an der Spitze. Aber Reichsdorf war so einsichtig, um zu begreifen, daß Lassalles Reden doch besser waren als die feingehörten und deshalb bildeten seine Gedanken nur die Einleitung seiner Reden, und dann begann er Lassalles Reden vorzulesen. Da er etwas Schauspieltalent hatte und vorzüglich las, höchstens hin und wieder durch übertriebenen Pathos störte, so machte er doch mit seinen Vorlesungen Eindruck. Im Vorlesen entwickelte er einen unermüdbaren Eifer. Er war sehr bescheiden in seinen Lebensansprüchen und konnte in vier Tagen so viel verdienen als er in der ganzen Woche brauchte. Zwei Wochentage und den Sonntag benutzte er dazu, Arbeiter mit den Lehren Lassalles bekannt zu machen. In der Woche ging er von einer Cigarrenfabrik zur andern, um Anhänger für die Lehren Lassalles zu werben. Immer hatte er einige Broschüren in der Tasche und sobald er nur einige Zuhörer fand, begann die Vorlesung. Durch das häufige Vorlesen brachte er es schließlich dahin, ganze Broschüren frei aus dem Gedächtnis rezitieren zu können. Aber zum richtigen Verständnis dessen, was er vorlas, hat er es nie gebracht. Er war begeistert durch den Schluß des Bästian-Schulze und des Arbeiterprogramms. Er empfand, daß durch die Bewegung die alte Tyrannei gestürzt werden könne. Sein Ideal war das einige freie Deutschland.

Als dann die Zahl der Arbeiter größer wurde, die Lassalles Schriften auch verstanden, trat Reichsdorf weniger hervor. In seinen letzten Lebensjahren trieb er Blumenkultur. Bei einer Segelpartie auf der Elbe kenterte das Boot, in welchem er sich befand, und so fand er in den Wellen den Tod. Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins blieb bis zu seinem Tode. Diejenigen, welche die Schriften Lassalles wirklich verstanden, waren nur wenige. Man bezauberte sich an dem schwingvollen Stil, aber man drang nicht durch, den Kern zu erfassen. Hier war weniger die Didaktik der Arbeiter, als die ganzen Verhältnisse, in denen sie lebten, die Schuld. Die Polemik, die Lassalle gegen die Fortschrittspartei führte, wurde nicht verstanden, weil es dort keine Fortschrittspartei gab, und auch über den Verfassungskonflikt in Preußen wußten nur die Zeitungsläser, was die Zeitungen berichteten. Die Mehrheit der Arbeiter waren aber keine Zeitungsläser, wenigstens lasen sie nicht den politischen Teil. Eine gute Dosis Preußenhass war aber vorhanden, weil man in Preußen das Element sah, welches 1848 das Zustandekommen eines einheitlichen freien Deutschlands und die Befreiung Schleswig-Holsteins gehindert hatte. Die ökonomischen Teile der Schriften wurden aber auch nicht verstanden, weil die Industrie fast gänzlich fehlte. Hamburg war mehr als jezt rein Handelsstadt. Nur Gewerbe, die mit Handel und Schifffahrt eng verknüpft waren, waren dort anzutreffen. Man las Lassalles Schriften wie einen Roman, der eine völlig unbekannt Welt schildert.

Nur in einigen Punkten dämmerte etwas Verständnis, das waren die Partien über die indirekte Steuer. Hamburg, Altona waren Freigebiete. Nur die innere Stadt Hamburg hatte seinen Okroi und Altona war durch die Zollgrenze vom übrigen Schleswig-Holstein getrennt. Dieselbe Ware hatte auf dem engen Komplex drei verschiedene Preise. In St. Pauli und in Altona bezahlte man den durch Weltmarktpreis bedingten Detailpreis; sie war in der inneren Stadt Hamburg um die Hälfte und in Ottenen um den Zoll höher. Daher kauften alle Arbeiter auf St. Pauli oder in Altona ihre Bedürfnisse ein. An dem hier in Erscheinung tretenden Preisunterschied konnte man ersehen, wie schwer die Arbeiter des Binnenlandes durch Zölle und indirekte Steuern betroffen wurden.

Da man nun für einige Teile der Schriften so handgreifliche Beweise hatte, glaubte man, daß auch die andern Teile stimmen werden und man behandelte sie wie ein Evangelium. Um das Verständnis zu fördern, griff man zu allen nur denkbaren Mitteln. Nicht wenige Arbeiter verpönten jede andre Litteratur. Hatte man die Schriften alle durchgelesen, dann fing man wieder beim Offenen Antwortschreiben an.

Aber auch andre Mittel ergriff man, um das Verständnis zu fördern. Man gründete sogenannte Agitatorenschulen. In diesen Schulen wurde kein systematischer Unterricht erteilt. Das ging nicht, weil der Lehrer schloß. Eine Anzahl meist junger Leute versammelte sich in einem Privathaus und dort wurden dann die Schriften durchgenommen. Einige Seiten wurden vorlesen und dann begann die Diskussion. Wußte kein Mensch nach etwas zu fragen oder zu sagen, dann wurde fortgefahren. Die hier betriebene Lern- und Lehrmethode wurde auch auf die Versammlungen übertragen. Dort war ein Kasten aufgestellt, in den man Fragen hineinlegen konnte. Hatte jemand einen ihm unverständlich erscheinenden Satz gefunden, dann schrieb er ihn auf, und fragte, was Lassalle damit gesagt haben wollte, und legte den Zettel in den Kasten. Die Frage wurde vorgelesen und nun begann die Diskussion über dieselbe.

Damit aber alle Mitglieder sich Mühe geben sollten, die Schriften zu verstehen, hatte man die Einrichtung getroffen, daß der Vorsitzende einem beliebigen anwesenden Mitglied das Wort erteilen konnte. Es war also nicht nur ein Fragen und Aufklärung suchen, sondern auch eine Art Schularbeiten. So kamen die Mitglieder wöchentlich zweimal zusammen, einmal zur Volksversammlung, in der nur Vorträge gehalten wurden und dann in der regelmäßig jede Woche stattfindenden Mitgliederversammlung. Lassalle hatte ja befohlen, jedes Mitglied soll ein Agitator sein und dieser Befehl wurde getreulich erfüllt.

Ueber Orthographie und Sektenswesen der ersten Socialdemokraten hat man später die Nase gerümpft, aber doch war es der einzige Weg, die Arbeiter dahin zu bringen, den socialistischen Gedanken zu erfassen. Hätten Lassalles Schriften nicht so begeistert und die Massen gewirkt, dann wäre nicht das feste Fundament geschaffen, auf welchem das große Gebäude der heutigen Partei errichtet werden konnte. In kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen, dem politischen Leben fremd gegenüberstehend, wurden die Arbeiter aufgefordert, das politische Leben umzuwälzen. Die Arbeiter dahin zu bringen, war viel schwerer als selbst Lassalle ahnte. Vor vielen Sätzen, die so populär sind, daß sie heute fast banal erscheinen, standen damals die Arbeiter wie ein Schüler vor einer schwierigen mathematischen Aufgabe. Weil man etwas fand, was begeisterte oder Aufklärung schuf, griff man immer wieder zu den Schriften und durch jahrelanges Bemühen gelang es schließlich, zahlreiche Agitatoren zu erziehen. Gerade der Sektenscharakter in der ersten Zeit wirkte auf die Arbeiter erzieherisch. Man las nur Lassalle und folgte blind seinen Weisungen. Neben Lassalles Schriften wurden nur Schriften solcher Schriftsteller gelesen, die auch von Lassalle als große Männer gepriesen wurden. Das Lassalle lobte, wurde in der Bibliothek eingeführt. Man fand neben Lassalles Schriften

Fichte, Sch, Adam Smith, aber auch die in Julian Schmidt vertheidigten Dichter.

Wenn früher Arbeiter lasen, dann lasen sie nur die geübtesten Schauerromane. Der gute Lassalleer durfte solche Dinge nicht anfasseln, wenn er sich nicht dem Spott seiner Genossen aussetzen wollte. Er wußte als Unterhaltungsliteratur schon zu klassifizieren greifen. So griffen denn die einfachsten Arbeiter zum Schiller, Goethe usw. Der Tageslitteratur wurden die Arbeiter etwas entfremdet, aber ihr Wissen erweiterte sich. Wichtige Tagesereignisse wurden in Versammlungen besprochen und diese wußten die Tageszeitung ersetzen.

Besonders wurde die Disziplin gepflegt. Wer einen Auftrag erhielt, mußte ihn ausführen, wenn er nicht von den Genossen mißachtet werden wollte. Jede Arbeit mußte gethan werden. Wenn an einem Sonntag in zehn Dörfern Versammlungen waren, und es standen nur fünf Redner zur Verfügung, dann wurden für die übrigen Versammlungen einfach eine Anzahl Genossen gewählt, und sie mußten dann versuchen, die Lehren Lassalles zu verbreiten.

Sicher ist, daß jeder Genosse, der jene Zeiten mit erlebt hat, gern an sie zurückdenkt. Obwohl die Gemeinde klein war, lebten alle Glieder in der festen Zuversicht, daß sie eine Welt erobern würden, und der heutige Bau zeugt davon, daß man damals ein gutes Fundament gelegt hat.

H. Kollnbusch.

## Die neueste Lassalle-Biographie.

Als zweiter Band der Frommannschen Sammlung von Biographien hervorragender Politiker und Nationalökonomien ist soeben ein Buch über Lassalle erschienen, das den Berliner Privatdocenten der Geschichte, Dr. Hermann Duden, zum Verfasser hat. Es kommt am Vorabend des vierzigsten Jahrestages von Lassalles Tod recht gelegen. Mit Benutzung allen Materials geschrieben, das bis in die neueste Zeit über Lassalle in die Öffentlichkeit gedrungen ist, ist es jedenfalls die vollständigste Biographie, die bisher von nicht-socialistischer Seite über Lassalle veröffentlicht worden ist.

Die vollständigste und wohl auch die objektivste. Duden führt Lassalle gegenüber die Sprache des Historikers, der seinen eigenen politischen Standpunkt wohl gelegentlich durchblicken, aber keine Urteile fällen läßt. Wo er urteilt, sucht er es als Wissenschaftler zu thun: als Geschichtsschreiber, als Staats- und Rechtsgelehrter, als Geschichtsschreiber, Psychologe usw. Er ist mehr Sprachrohr dieser Disciplinen, als Persönlichkeit; der persönliche Zug fehlt seiner Lassalle-Biographie gänzlich.

Damit fehlt ihr aber freilich ein großer Reiz. Keine Person ruft vielleicht so nach künstlerisch-subjektivischer Behandlung wie gerade Lassalle. Allerdings muß es schon ein sehr hervorragender Künstler sein, der den Stoff, den Lassalles Person und Leben darbieten, so voll bewältigen können, daß wir ein ebenso wahres wie harmonisch-geschlossenes Vollbild erhalten. Im allgemeinen fehlt den Künstlern in der Litteratur die wissenschaftliche Ader, die erforderlich ist, um dem Geschichtsschreiber, dem Nationalökonom etc. in Lassalle auf den Grund zu gehen; bei ihnen muß die ästhetische Anschauung das tiefere Studium ersetzen, und was diese unter Umständen leisten kann, zeigt die Charakterzüge, die Georg Brandes von Lassalle geliefert hat. So unvollkommen und selbst unwirksam sie im einzelnen ist, so wenig sie heute genügen kann, wo wir über ein ganz anderes Lassalle-Material verfügen, als wie es Brandes seiner Zeit zur Verfügung stand, so war das Buch doch, als es erschien, ein grundlegendes Kunstwerk. Es lieferte die Hauptzüge, an denen die nachfolgende Lassalle-Litteratur wohl auszufüllen und im einzelnen zu bessern, aber wenig grundlegend zu ändern fand.

Der einheitliche Zug, der die Brandes'sche Schrift auszeichnet, fehlt bei Duden. Wohl strebt auch Duden danach, ein einheitliches Bild Lassalles zu geben. Ja, er bemüht sich sogar mit Eifer, den Beweis zu liefern, daß Lassalle auch dort ganz er selbst gewesen sei, ganz nach seinen stets entfalteten Charaktereigenschaften gehandelt habe, wo, wie bei der Dönniges-Affaire, die socialdemokratische Geschichtsschreibung Lassalle gern in abnormer Geistesverfassung hindeuten läßt. Indes verrät gerade die Art, wie Duden hier die Einheitlichkeit des Bildes zu erhalten sucht, sein künstlerisches Deficit. Selbstverständlich war Lassalle, als er mit der rasenden Energie eines gereizten Löwen um Helene von Dönniges kämpfte, im Wesen derselbe, als der er sich sogar schon als Knabe gezeigt hatte, und in der Einleitung zur Gesamtausgabe seiner Schriften ist denn auch von socialdemokratischer Seite unumwunden hervorgehoben worden, daß, wie Lassalle in diesem Handel verfuhr, er auch bei andern Gelegenheiten gehandelt hatte, wenn auch nicht mit gleichem Ungestüm. Also das ist gar nicht die Frage. Was es vielmehr zu veranschaulichen gilt, das ist die eigenartige Mischung von Eigenschaften in Lassalles Wesen, der Widerstreit der Tendenzen, der in ihm tobte, und der ihn, ohne daß er aufhörte, im Grunde derselbe zu sein, doch zu verschiedenen Zeiten sehr verschiedenartig sich geben, oder selbst zu ein und derselben Zeit höchst widerspruchsvoll handeln ließ — um es banal auszudrücken, das Spiel der Faustischen zwei Seelen in der Brust Lassalles. An einzelnen Stellen läßt auch Duden diesen inneren Zwiespalt in Lassalle deutlich werden, aber für das Gesamtbild reicht seine psychologische Gestaltungskraft nicht aus.

Dafür entschädigt uns die Gründlichkeit des Buches. Es ist eine ehrliche und fleißige Arbeit. Duden hat nach Möglichkeit alle Quellen benutzt, die über Lassalles Leben und Wirken Auskunft geben. Nur Unwesentliches dürfte ihm in dieser Hinsicht entgangen sein. Quantitativ erfüllt sein Buch alle berechtigten Ansprüche. Und als Historiker wird Duden auch darin seiner Aufgabe gerecht, daß er mehr als irgend einer seiner Vorgänger die geschichtliche Umwelt zur Anschauung bringt, in der Lassalle handelte und gestaltend zu wirken suchte. Das aber ist von größter Wichtigkeit für die Beurteilung Lassalles. In keiner der bisher erschienenen Schriften über Lassalle ist zum Beispiel die politische Konstellation, wie sie in dem Augenblick sich gestaltete, als Lassalle den Kampf für das allgemeine Wahlrecht führte, so eingehend dargestellt worden als wie bei Duden, und in keiner wird daher auch Lassalles Verhalten in diesem Kampf so begründlich gemacht als wie hier. Wenn man bei Duden liest, wie sehr die deutsche Frage in jenen Tagen die Wahlrechtsfrage in den Vordergrund zu schieben begann, sie zu einem Kampfmittel der rivalisierenden Großmächte Preußen und Oesterreich machte, so erhalten viele Schritte Lassalles ein wesentlich anderes Gesicht als sie tragen, wenn man sie nur unter dem Gesichtspunkt des innerpreussischen Parteikampfes betrachtet. Im Angesicht des von Duden auf S. 338 seiner Schrift citierten Verichts Bismarcks vom 15. September 1863 an den König von Preußen, worin sich das preussische Ministerium für „eine wahre, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehende (deutsche) Nationalvertretung“ erklärt, für eine „Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstab der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervor-

\*) Lassalle. Von Hermann Duden. (Politiker und Nationalökonom. II). Stuttgart 1901. Fr. Frommanns Verlag. 450 S. 8°.

geht" — im Angesicht solcher Urkunden werden uns die Besuche Lassalles bei Bismard viel begreiflicher.

Hat damals Lassalle Bismard oder Bismard Lassalle zuerst zu sprechen gesucht? Nach Sophie von Sachfeld geschah der erste Schritt von Bismardischer, nach Bismards Darstellung von Lassallescher Seite. Unden hält die Bismardische Lesart für die wahrscheinlichere, doch sind die Argumente, die er dafür anführt, nicht zwingend. Wichtig ist aber, daß Lassalle sich zu jener Zeit in einer Situation befand, die ihm den Wunsch nahelegen mußte, auf Bismard persönlich zu Gunsten der Einführung des allgemeinen Wahlrechts einzuwirken, und daher sicherlich mit Freunden zusammengekommen haben wird, als sich ihm die erste Gelegenheit zu einer Zusammenkunft mit dem Minister bot. Unden verweist hierbei auf einen in Vergessenheit geratenen Artikel der Wiener Zeitschrift „Der Wanderer“ aus dem Jahre 1869, der zwei Gespräche zwischen Lassalle und Bismard wiedergibt. Was, als dieser Artikel erschien, so ziemlich allgemein als Phantasie angenommen wurde, erhält jetzt viel innere Wahrscheinlichkeit, und so gedenken wir den Artikel an geeigneter Stelle zum Abdruck zu bringen. Unden selbst geht nicht weiter auf ihn ein, dagegen finden wir bei ihm aus dem Bismard-Jahrbuch zwei interessante Briefe Lassalles an Bismard abgedruckt. Sie sind von Mitte Januar 1864 datiert und beziehen sich u. a. auf die Technik des Wahlrechts, hinsichtlich deren Bismard sich sehr unsicher gefühlt zu haben scheint. Es heißt darüber im ersten der zwei Briefe:

„Was die Wahltechnik betrifft, so habe ich noch gestern Nacht die gesamte französische Gesetzgebungsgeschichte nachgesehen und da allerdings wenig Zweckmäßiges gefunden. Aber ich habe auch nachgedacht und bin nunmehr allerdings wohl in der Lage, Exzellenz die gewünschten Zauberrezepte zur Verhütung der Wahlfälschung wie der Stimmenzählung vorlegen zu können. An der durchgreifenden Wirkung derselben wäre nicht im geringsten zu zweifeln!“

Lassalle ersucht Bismard, ihm einen Abend für einen Besuch zu bestimmen, ihn aber so zu wählen, daß sie im Gespräch nicht gestört würden. „Ich habe viel über die Wahltechnik und noch mehr über andres mit Exzellenz zu reden, und eine ungestörte und erschöpfende Besprechung ist bei dem drängenden Charakter der Situation wirklich unumgängliches Bedürfnis“, heißt es weiter. Aber die Antwort auf diesen Brief läßt auf sich warten — die politische Situation ändert sich — am Tage nach Abendung des Briefes hatten Oesterreich und Preußen in Frankfurt a. M. erklärt, daß sie die Erbherzogtümer Schleswig-Holstein unabhängig vom deutschen Bunde in Pfand nehmen würden, und der dänische Krieg nimmt seinen Anfang. Da schreibt Lassalle am 16. Januar noch einmal und kündigt dem Minister an, er werde aus eigener Initiative am folgenden Tage abends 8 1/2 Uhr bei ihm vorsprechen, da, wie er glaube, ihre nächste Unterredung „endlich von entscheidenden Beschlüssen gefolgt sein“ werde, und „diese entscheidenden Beschlüsse um n ö g l i c h länger zu verschieben“ seien.

Ob Lassalle sein Vorhaben ausführte und am betreffenden Abend empfangen wurde, ist nicht bekannt. Jedenfalls waren die Zusammenkünfte damals noch nicht zu Ende. Aber die Briefe beleuchten die schiefe Lage, in die Lassalle Bismard gegenüber zu geraten begann. Er, der die von ihm geleitete Bewegung sich nur sehr langsam entfalten sieht, hat, weil er einen in die Augen fallenden Anstoß braucht, Eile, Bismard will und kann warten. Wie er Bismard Mitte Februar den „Asiat-Schulze“ mit einem Briefe übersendet, worin es u. a. heißt, der Minister werde „aus diesem Holze Sternholz schneiden können zu tödlichem Gebrauche sowohl im Ministerium wie den Fortschrittler gegenüber“, erhält er von Bismard nicht einmal eine direkte Antwort, sondern nur in dessen Auftrage Empfangsbekanntung durch den damaligen Legationssekretär und späteren Gesandten H. v. Kaudell. Nach Kaudell hat es in dem Briefe weiter geheissen, es wäre „sehr nützlich, wenn der König einige Abschnitte des Buches läse, dann würde er erkennen, welches Königtum noch eine Zukunft hat, und klar erkennen, wo seine Freunde, wo seine wirklichen Feinde sind.“ (Unden, S. 350.)

Unzweifelhaft bezieht sich letzteres vornehmlich auf das Schlußkapitel des Asiat-Schulze, wo Lassalle ausführt, daß in Deutschland „nie m a l s und n ö g l i c h durch das Bürgerium der Durchbruch in eine nationale Existenz vollbracht werden kann“, daß „Kleinhafterei und Bürgerium nur mit einander werden besiegt werden“, daß „für uns (Deutsche) dieser Klassenkrieg (der Arbeiter) auch zur Bedingung unseres nationalen Daseins gemacht“ sei. Und die pathetischen Schlußsätze verlieren den Charakter der theatralischen Uebertreibung, nun man weiß, auf wen sie zu wirken bestimmt waren. Der König von Preußen und die konservativen Mitglieder des Ministeriums sperreten sich insbesondere gegen das allgemeine Wahlrecht. Sie heranzubekommen war demnach für Lassalle von der größten Wichtigkeit.

Mit einem Wort, Lassalle befindet sich in umgekehrter Lage, wie er sie im Motto zu seiner Schrift über den italienischen Krieg angekündigt hatte. Da er die Massen nicht im nötigen Maße zur Verfügung hat, sieht er sich immer mehr auf Personen, auf die Obenstehenden angewiesen. Kann man ihm nun daraus, daß er überhaupt mit Bismard konfizierte, vernünftigerweise noch keinen Vorwurf machen, so weist es doch auf einen verhängnisvollen Fehler in seiner Politik hin, daß er immer mehr in Abhängigkeit von Personen und Zufallskombinationen gerät, daß er sich schließlich zu demselben Mittel genötigt sieht, welches er in seinen Verfassungsdroschüren seiner geschworenen Gegnerin, der „Vollzeitung“, mit Verachtung als „Umlügen des Gegners“ vorgeworfen hatte. Er hatte zwar die wütenden Kräfte im ganzen richtig eingeschätzt, aber er hatte in seinem jähen Naturell das Zeitmoment unterschätzt — er wollte im Sturm nehmen, was sich ohne reale Macht nun einmal nicht erzwingen ließ. Aus diesem intellektuellen Fehler erklären sich alle Verletzungen des politischen Takt, die Lassalle damals beging.

Im übrigen hebt Unden mit Recht hervor, daß sowohl Bismard wie Lassalle bei Einschätzung der politischen Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts sich Irrtümern hingaben. Bismard sah zwar klar genug, daß bei der sozialen Struktur des Preußens der sechziger Jahre das allgemeine Wahlrecht eher konservative Wahlen ergeben konnte, als das plutokratische Dreiklassen-Wahlrecht, er sah aber nicht, daß diese Struktur dem Wandel in einer ganz bestimmten Richtung unterworfen war und der Vorteil für ihn somit nur ein vorübergehender sein konnte. Lassalle seinerseits erkannte zwar — und das bleibt sein großes Verdienst — die schöpferisch-erzieherische Kraft des allgemeinen Wahlrechts, aber er unterschätzte die Hemmkraft der social rückständigen Faktoren im damaligen Preußen, insbesondere den Tiefstand der noch die Mehrheit der Bevölkerung ausmachenden Landbevölkerung. Bei alledem war sein Irrtum ein bloßer Fehler in der Abschätzung des Zeitmaßes der Entwicklung, während Bismard das Wesen der Entwicklung verkannte — Lassalles Fehler mußte immer kleiner werden und wurde immer kleiner, je mehr die Entwicklung voranging, Bismards Rechenfehler wuchs mit dem Fortschritt der Entwicklung. Beide waren in ihrer Art Opportunisten, aber Lassalle mit dem durch Geschichtstudium geschärften Blick auf die Zukunft, Bismard dagegen vollständig beherrscht von dem Bilde der vor ihm liegenden Gegenwart: Bismard als Diplomat erfahren in der Staat, Lassalle als

revolutionärer Forscher wohl orientiert in der Dynamik der Geschichte.

Zeigt sich Unden in der Darstellung der Kämpfe um das Wahlrecht im ganzen seiner Aufgabe gewachsen, wobei ihm allerdings viele Vorarbeiten, darunter auch solche von Socialisten, helfend zu Gebote standen, so sehen wir ihn dagegen fast hilflos, wo es ökonomische Fragen zu behandeln gilt, über die ihm die vorhandene Literatur keine erschöpfende Kritik darbietet. Nach einer auf den Grund gehenden Beurteilung des Lassalleschen Associationsprozesses finden wir z. B. vergebens. Anzuerkennen ist, daß Unden bei Besprechung von Fragen aus Wissensgebieten, die nicht zu seinem Spezialfach gehören, wiederholt unumtunden seine Unzuständigkeit hervorhebt. Indes muß es doch überraschen, daß der Historiker bei Besprechung des Systems der erworbenen Rechte über eine Frage, wie die der Entwicklung des Erbrechts, mit ein paar unbedeutenden Worten hinweggeht. Wenn man das Gebiet der Geschichtsforschung nicht sehr eng zieht, bildet gerade die Geschichte des Erbrechts als sociales Institut unseres Erachtens einen sehr wesentlichen Gegenstand ihrer Untersuchung, und da das Undensche Buch kein Eintageprodukt ist, hätten wir über dieses interessante Problem mindestens etliche orientierende Bemerkungen erwarten dürfen.

Aber Unden liebt es auch sonst nicht, allzu tief in die sociologische Seite der Dinge einzudringen. Er zieht es vor, bei der mehr äußerlichen Beschreibung und einer nicht sehr tiefgreifenden Psychologie es bewenden zu lassen. Dies in Uebereinstimmung mit seiner Gesichtsauffassung, die aus Furcht vor irgend welcher Einseitigkeit in einen wenig bestimmten Eklektizismus verläuft, der sich in der Politik als farblose Mittelparteilerie zu erkennen giebt. Sie giebt dem Buch einen etwas müden Anstrich.

Hat Lassalle so in Unden keinen ihm kongenialen Biographen gefunden, noch einen Carlyle, der dem Buch auch bei abweichender Meinung Farbe und Leben verliehen hätte, so doch immerhin einen verständigen Beurteiler, der genügend Sympathie für ihn empfindet, um ihm in jeder Beziehung gerecht werden zu können. Trotz der berührten Mängel stehen wir nicht an, die Undensche Schrift als begrüßenswert zu bezeichnen. Sie giebt quantitativ mehr als ihr Vorgänger, atmet einen hohen Grad von Solidität, und wenn sie als Ganzes der Lebendigkeit entbehrt, es an Blutwärme fehlen läßt, so ermangelt sie im einzelnen doch nicht der Partien, in denen der Verfasser von beiden genug in sein Werk hineinträgt, um sie zu einer packenden Lektüre zu machen. Sein Lassalle ist kein glänzendes, aber ein im wesentlichen zuverlässiges Buch. Und das ist bei einer bürgerlichen Biographie Lassalles immerhin keine Kleinigkeit. Ed. B.

## Aus Industrie und Handel.

Was nun?

Die kapitalistische Presse beschäftigt sich mit der Frage, was der Handelsminister nun machen werde, nachdem die Düsseldorf-Generalsversammlung der Hibernia die Verstaatlichungs-Offerte der Regierung abgelehnt hat. Die „Frankfurter Zeitung“ betrachtet als feststehend, daß die Dresdner Bank vom Minister in Bezug auf die Uebernahme des von ihr erworbenen Aktienpostens bindende Zusicherungen erhalten hat und meint, an eine Bewilligung der nötigen Mittel durch den preussischen Landtag sei kaum zu zweifeln. Das Blatt stellt folgende Berechnung auf: „Auf den Namen der Dresdner Bank und ihrer Freunde waren in der Generalsversammlung rund 20% Millionen Mark Aktien angemeldet. Dazu kommen noch über 8 Millionen Mark, die sie der Gegengruppe bereingewonnen hatte, und die Ende d. M. wieder an sie zurückzuliefern sind. Insgesamt werden der Regierung, wenn sie diesen Posten übernimmt, also rund 28 Millionen Hibernia-Aktien zufallen. Selbst wenn die Kapitalerhöhung durchgeführt werden kann, würde mithin nach Uebernahme dieses Postens der Staat als Aktionär über 40 Proz. des erhöhten Aktienkapitals der Gesellschaft verfügen, unter Zugrundelegung des jetzigen Kapitals sogar über 45 Proz. Es wäre somit wohl nicht sehr schädlich, diesen Besitz durch weitere Anläufe allmählich zu einer Aktien-Mehrheit zu erweitern und damit der Regierung maßgebenden Einfluß in allen entscheidenden Fragen zu sichern. Sogar ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Regierung weitere Hibernia-Aktien, mit deren Ankauf sie sich gar nicht sehr zu beeilen braucht, unter günstigeren Bedingungen erwerben kann. So glänzend die Verwaltung auch die Zukunftsaussichten der Gesellschaft schildert, für den Augenblick hat sich angesichts des eingetretenen Abnahmangels die Ertragsfähigkeit der Jochen vermindert, und das kann, falls keine Besserung eintritt, mit der Zeit auch auf die Aktien-Erträge und damit auf die Bewertung der Aktien zur Wirkung kommen.“

Wenigstens äußern sich auch die meisten andern Blätter; nur daß sie — unres Erachtens mit Recht — durchweg die Ansicht vertreten, es werde, falls die Dresdner Bank ihren Protest aufrecht erhält, der Hibernia-Verwaltung kaum möglich sein, den Kapitalerhöhung-Beschluß durchzuführen.

Daß die Regierung wenigstens vorläufig noch nicht an Nachgeben denkt, sondern darauf rechnet, einen weiteren Teil der heutigen Verstaatlichungsgegner zu sich herüber zu ziehen, geht deutlich aus einer offiziellen Notiz der „Berliner Politischen Nachrichten“ hervor, in der einerseits an die bessere Einsicht der rheinischen Großindustriellen appelliert und andererseits mit der Einbringung von Anti-Kartellgesetzen durch die Regierung gedroht wird.

„Im Interesse der Industriellen liegt es vor allem“, heißt es darin, „daß durch die wirksame Beteiligung des Staates an dem Kohlenyndikat ein Sicherheitsventil gegen die Dränger nach einem Syndikats-Gesetz geschaffen wird. Daß, wenn dem Staate ein solches dauernd verjagt würde, aber kaum eine andre Wahl bliebe als der Weg der Gesetzgebung, bedarf der näheren Darlegung nicht, obschon in dem speziellen Falle des Anlaufs der Hibernia das Schwergewicht eines so großen in den Händen des Staates befindlichen Aktienbestandes auf die Dauer dazu führen muß, das erstrebte Ziel doch zu erreichen.“

Und weiterhin wird gedroht: „Man wird sich der Wahrnehmung nicht verschließen haben, daß die für unsre innere Politik am meisten ins Gewicht fallenden Kreise der Bevölkerung so ziemlich ausnahmslos von der Zweckmäßigkeit, ja selbst Notwendigkeit eines starken Einflusses des Staates wenigstens auf das Kohlenyndikat überzeugt sind. Dies gilt insbesondere von der Mehrheit des Reichstags, nicht minder aber vom Abgeordnetenhause, und zwar bis weit in die Reihen der National-liberalen hinein. Die agrarisch-herkale Mehrheit beider gesetzgeberischen Versammlungen findet in diesem Punkte auch die Zustimmung der äußeren Linken. Selbst der monarchistisch angehauchte Einflüßlerismus, der seit 1879 ohnehin der schützengelnehten Großindustrie nichts weniger als gewogen ist, macht mit. Darüber lassen die Verhandlungen beider parlamentarischen Körperschaften und die Äußerungen der Parteipresse keinen Zweifel. Die Staatsregierung wird bei ihrem Bestreben, sich einen erheblichen Einfluß auf das Kohlenyndikat zu sichern, zweifellos von einer starken populären Strömung getragen, der grundsätzliche Widerstand gegen jenes Bestreben der Regierung stellt sich umgekehrt dieser direkt entgegen.“

Erst daß man indes diese Drohung kaum nehmen; die Herren Müller, v. Rheinbaben usw. sind nicht die Leute, die es mit den Großindustriellen verderben möchten. Schließlich wird schon eine Einigung zu stande kommen. An der Börse war heute bereits das Gerücht verbreitet, daß die Deutsche Bank bereit sei, zwischen den streitenden Gruppen zu vermitteln.

Die Lebensmittel-Teuerung hat im ober-schlesischen Industriebezirk einen ganz besonders hohen Grad angenommen, insbesondere durch die Vertenerung der Kartoffel, des Hauptnahrungsmittels der ober-schlesischen Proletarier. Hier wirkt nicht nur die Dürre dieses Sommers, sondern außerordentlich preissteigernd die seit kurzem eingetretene Grenzsperrung für Futtermittel z. seitens Anstalts und Oesterreichs. Ist doch der ober-schlesische Industriebezirk z. weils Ernährung seiner 800 000 Menschen auf die Zufuhr von Lebensmitteln aller Art aus Galizien und Russisch-Polen ganz unbedingt angewiesen. Nun hat der Ober-schlesische Berg- und hüttenmännische Verein, die offizielle Vertretung der ober-schlesischen Großindustrie, eine „edle That“ im Interesse der hungernden Arbeiter getan: er hat an das Staatsministerium eine Petition gerichtet, im Interesse der industriellen Arbeiterbekleidung Ausnahme-tarife für Kraut und Kartoffeln zu gewähren. Trabe Leute in der That! Wenn es ein Arbeiter wagen wollte, mit Hinweis auf die Teuerung ein wenig mehr Lohn zu fordern, würde er von den Herren mit dem warmen Herzen für die Arbeiter sofort als Dezer entlassen werden. Das ist hier so üblich. Jedenfalls sind Petitionen an den Minister auch erheblich billiger.

Zur Lage des deutschen Werkzeugmaschinenbaues. In der vorgestern hier abgehaltenen Ausschußsitzung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken wurde über die Geschäftslage ausführlich berichtet und konstatiert, daß die Verhältnisse der Branche noch immer keine erhebliche Besserung erfahren haben. Wohl sind mehr Aufträge eingegangen, aber nicht in einem der Leistungsfähigkeit der Fabriken entsprechenden Umfange. Auch sind die Ertragnisse der Betriebe noch immer größtenteils ungenügend. Dazu machen die Stahlwerke infolge des neuerdings schlechten Geschäftsganges in der Eisenindustrie wieder stärkere Gegenlieferungsforderungen; einzelne verlangen 40 bis 50 Proz. des Wertes der von ihnen bestellten Maschinen durch Gegenlieferung begleichen zu können. Auch ist der Bedarf der Stahlwerke an neuen Maschinen verhältnismäßig nur gering, weil nur wenige Neuanlagen gemacht werden, nachdem die Werke vor der Errichtung der Verbände sich nach Möglichkeit vervollkommen hatten.

Der Abzug nach dem Auslande läßt, wie berichtet wurde, ebenfalls viel zu wünschen übrig. Am stärksten tritt der amerikanische Wettbewerb hervor, der auch auf dem deutschen Inlandsmarkt in letzter Zeit noch mehr an Bedeutung gewonnen hat. Während im ersten Halbjahr 1902 die Einfuhr an solchen Maschinen nach Deutschland sich auf rund 3000 Doppelcentner belaufen hatte, betrug sie im ersten Halbjahr 1903 schon 4500 Doppelcentner und stieg in der ersten Hälfte des laufenden Jahres auf nicht weniger als 11 000 Doppelcentner.

## Soziales.

Im Namen des Königs — mit Bedauern bestraft!

Auf dem Hoerder Verein waren jahrelang die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuchs betreffend Lohnzahlungen übertreten worden. In einer Versammlung hatte der Genosse D. die geschlossenen Zustände kritisiert. Die Direktion des Hoerder Vereins fühlte sich beleidigt und die Staatsanwaltschaft erhob natürlich die Anklage. In der bezüglichen Verhandlung wurden die von D. behaupteten Verträge noch weit über den Rahmen des bisher Bekanntens hinaus als wahr erwiesen. Trotzdem wurde der Angeklagte bestraft — 75 M. Geldstrafe lautete das Urteil —, weil er bei den wahren Behauptungen ein formal nicht zulässiges Wort gebraucht haben soll. Auf Grund jener Verweigerung — deren Kosten natürlich dem Angeklagten aufgeschuldet wurden — fand in voriger Woche, fast ein Jahr später, nachdem die Gesetzesverletzungen erwiesen waren, vor dem Schöffengericht in Dortmund eine Verhandlung gegen die Direktoren Aull, Reppold und von Stoffen statt, wegen Uebertretung des § 115 der Gewerbe-Ordnung. Da das Trudsystem, wie es auf dem Hoerder Verein bestand hat — Arbeiter erhielten fast den ganzen Monat keinen Pfennig hat Geld ausgezahlt —, gar nicht mehr verleugnet werden konnte, mußten Bestrafungen eintreten, wie der Vorsitzende mit Bedauern konstatierte, denn man könne die gute Absicht und die Wohlthat des Systems für die Arbeiter nicht verkennen. Jahrelange, systematische Gesetzesübertretungen sind selbstverständlich nicht so strafwürdig wie ein nicht genau überlegtes Wort, wenn dieses auch in dem Bestreben, den Gesetzen Achtung zu verschaffen, gebraucht worden ist. Die angeklagten Direktoren kamen mit je 30 M. Geldstrafe davon. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß das Unternehmertum Arbeiter-Schuldbestimmungen mit souveräner Verachtung behandelt.

## Eingegangene Druckschriften.

Wilhelm German, Neus von Nazareth. Preis 2 M. Schönb. Hall 1904. Bl. Hermann Verlag.  
„Die Bibel in Felsen“ von W. A. Washington Sullivan. Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen. 8°. Moderner Verlag in Wien. 1,50 M.  
G. G. Reisse. Wissenschaftliche Kurpfucherei. Eine öffentliche Kritik der Schulmedizin als Heilkunst. Preis 75 Pf. Berlin 1904. J. Schloffer, Alexanderstr. 105/106.  
Dr. Heinrich Wehberg. Die Verstaatlichung der Bergwerke. Preis 50 Pf. Bremerhaven u. Leipzig 1902. Verlag von Chr. G. Neuen.  
Fr. Raumann. Demokratie und Kaiserthum. 3. Auflage. Preis 1,20 M., gebunden 2 M. Berlin-Schöneberg 1904. Buchverlag der „Gilde“, Hagenriederstr. 11.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 30. August. (B. H.) Dem „Standard“ wird aus Tientsin gemeldet: Die Japaner haben einen 1200 Meter von der Neustadt von Port Arthur gelegenen Punkt besetzt, sie befinden sich nur noch eine Meile vom östlichen Hafensassiu entfernt.

Ein neuer Truppentransport nach Südwestafrika.

Hamburg, 30. August. (W. Z. V.) Mit dem Dampfer „Alexandra Boermann“ ging heute nachmittag ein Truppentransport in Stärke von 150 Mann nach Deutsch-Südwestafrika ab.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 30. August. (W. Z. V.) Die russische Telegraphenagentur meldet aus Kuldun von heute: Nach Gerüchten möge bei Liaungang ein hartnäckiger Kampf seit dem frühen Morgen. Alle Angriffe des Feindes gegen unsre Planken wurden abgeblasen; es heißt, die Japaner hätten mehr als zehn Kanonen verloren. Einzelheiten fehlen.

Das Wiederaufleben der Bogerbewegung in China.

Schanghai, 30. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Wiederaufleben der Bogerbewegung wird aus Tamingfu, Provinz Petchili, gemeldet. Als einige amerikanische Missionare in Tamingfu erfuhr, daß Boger am Ort, die sich Taitum nennen, sie zu ermorden beabsichtigten, bemühten sie sich an den amerikanischen Gesandten in Peking zu telegraphieren; die Postbehörde verweigerte es, das Telegramm abzuschicken, aber ein befreundeter Engländer in Honan übernahm die Beförderung der Meldung. Der Befehlönig Huangshai gab sofort die nötigen Befehle für den Schutz der Missionare. Aber in Anbetracht der Unthätigkeit der Ortsbehörde und der Hoffnungslosigkeit, ihr Werk fortzusetzen, beschließen die Missionare Tamingfu und kamen alle sicher fort.

Die Entscheidungsschlacht in Ostasien

befindet sich nunmehr in vollem Gange. General Kuropatkin hat sich endlich der japanischen Armee, die seit Monaten gegen die russische Hauptstellung vorrückte, stellen müssen.

Der erste a. d. G. meldet vom 30. August aus Liaojang: Liaojang, 30. August, 12 Uhr mittags. Seit 5 1/2 Uhr morgens ist die Entscheidungsschlacht von Liaojang im Gange.

Die lange prophezeite Entscheidungsschlacht ist also zur Tatsache geworden! Es ist ein gewaltiges Ringen, das sich in dieser Schlacht abspielt.

Noch schwankt zur Zeit die Waage des Sieges. Schwer ist es, über den Ausgang dieser denkwürdigen, historisch so bedeutenden Schlacht etwas zu prophezeien.

Wer wird siegen? Auf der einen Seite stehen die Russen, die oft Gefallenen. Aber ihre Heeresstellungen stützen sich auf gewaltige Schanzwerke, die seit Monaten nach allen Regeln der Befestigungskunst zu einem zweiten Plevna ausgebaut worden sein sollen.

Aber die Japaner überschritten diese Schanzwerke mit einem Hagel furchtbarer Explosivgeschosse. Und sie stürmten an mit der Erfolgssicherheit siegkrönter Veteranen.

Bei den Russen dagegen fehlt jeder moralische Ansporn. Die Waffen, die als Kanonensplitter auf den Kriegsschauplatz geworfen wurden, sehten ohne Begelsterung. Sie fühlten sich als die Opfer einer sinnlosen Eroberungspolitik im fernem Asien.

Wenn nicht alles täuscht, wird dem brutalen, jede Menschewürde, jeden Intellekt, jedes Ideal zerstampfenden Absolutismus jetzt bei Liaojang sein verdientes Schicksal werden!

Die russisch-offiziellen Nachrichten lauten:

Petersburg, 30. August. Die Generalleutnant Scharow dem Generalstab unter dem gestrigen Datum meldet, eröffnete der Gegner am Nachmittag des 29. von den Höhen im Süden von Wanbatai, zwölf Werst südöstlich von Liaojang, eine heftige Kanonade auf die russische Stellung.

Petersburg, 30. August. Ein Telegramm des Generalleutnants Scharow an den Generalstab von heute meldet: In der Nacht auf den 30. August stellten die Japaner gegen alle unsere Stellungen eine zahlreiche Artillerie auf und begannen die vorbereiteten Stellungen bei Liaojang anzugreifen.

Zotie, 30. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die japanischen Verluste bei Kaping betragen ungefähr 2000 Mann an Toten und Verwundeten.

Über die Kämpfe der vorhergehenden Tage

melden Wiener Blätter: Liaojang, 29. August. Die Japaner rückten Sonntag ununterbrochen gegen die russische Südfront vor.

Auf ihrem Rückzug wurden die Russen sehr durch den eignen Train behindert. Trotzdem dauerte der Kampf den ganzen Tag. Er wurde zu einer furchtbaren Mordenaktion zwischen den rückfallenden Russen und den verfolgenden Japanern.

Seute früh um 6 Uhr erneuerte die japanische Artillerie den Kampf, und wieder wichen die russischen Vorposten dem mörderischen Feuer. Der Kampf wogt aufs heftigste. Die japanischen Infanterieregimenter stürmen unaufhaltsam vorwärts.

Verhängnisvolle Lage der russischen Armee.

Kupanye, 29. August. Aus zuverlässigen Mitteilungen über die augenblickliche militärische Position geht hervor, daß der russische Generalstab über die japanischen Bewegungen absolut im Unklaren ist und das auch direkt zugestimmt. Die Japaner schlagen jedesmal von ganz unerwarteter Seite zu, und die russische Armee scheint sich momentan vollständig in der Gewalt der Japaner zu befinden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. August.

Südwestafrikanisches.

Zwei weitere Verlustlisten

liegen heute vor: Berlin, 30. August. Es fielen im Gefecht bei Waterberg am 11. August: Lieutenant Otto Seebad aus Berlin vom 138. Regiment; Oberleutnant v. Lelow; Feldwebel Robert Jendis; Gefreiter Robert Wolf; Reiter Karl Schlegel, geb. 19. August 1882, früher im 6. Husaren-Regiment; Reiter Gottlieb Wacławski, Regt. 13; Gefreiter Eduard Rudolph, geb. 15. März 1882 in Hagen, früher bayr. Art.-Regt. 6.

Schwerverwundet: Lieutenant Hermann Kunkel aus Einbeck, Regt. 132, Knochenschuß in den linken Unterschenkel; Gefreiter Ludwig Grzegorz, Drag.-Regt. 8, Schuß durch den Kehlkopf; Unteroffizier Heinrich Reje aus Hannover, Regt. 184, Knochenschuß in den linken Oberarm; Reiter Otto Piel aus Harburg, Manen-Regt. 10, Fleischschuß in den linken Oberarm; Unteroffizier Max Kunzig aus Jasterburg, Manen-Regt. 8, Fleischschuß in den linken Oberschenkel.

Leichtverwundet: Major Osterhaus; Unteroffizier Hermann Schönmann, Streifschuß am Kopf; Gefreiter Stanislaus Goulmit, Schuß durch linken Fuß; Gefreiter Emil Welde, Schuß durch beide Wangen; Reiter Robert Rowal, Schuß durch linken Unterarm; Reiter Wilhelm Reddig aus Galdenboden, vom 17. Husaren-Regiment, Streifschuß linken Oberarm; Reiter Adolf Zuchmann aus Zabern im Elsaß, vom 7. Husaren-Regiment, Prellschuß in die linke Hand; Reiter Heinrich Wille aus Conrads, vom 18. Dragoner-Regt., Streifschuß in den linken Oberarm; Reiter Karl Grube aus Lügen, 5. Drag.-Regt., Streifschuß am linken Unterarm; Gefreiter Arthur Württemberg aus Kassel, Regt. 31, Streifschuß am rechten Unterarm; Gefreiter Willi Klett aus Bromberg, Artillerie-Regt. 17, Streifschuß am rechten Knie; Gefreiter Max Reiffersmidt aus Gottschdorf, Garde-Reiter-Regt., Streifschuß an der rechten Hand; Reiter Paul Bäcker, geb. 2. Januar 1882, Kopfwunde und Wunde am rechten Oberschenkel; Gefreiter Karl Schröder, geb. 5. Dezember 1882, früher Husaren-Regt. 12, Streifschuß an der rechten Brustseite.

Bermittelt: Gefreiter Karl Hummel; Reiter Friedrich Köhler.

Berlin, 30. August. (Amtliche Mitteilung.) Im Gefecht bei Dmatuga am 15. August gefallen: Gefreiter Ernst Ansoerge, früher Regiment Nr. 47, Schwerverwundet Gefreiter Ferdinand Weber, früher 8. Husar, Hüftschuß; Reiter Alois Rompf, früher 16. Dragoner, Schuß rechten Arm. Die Wunde des Hermann Friedrich Schönmann, früher Regiment Nr. 148, ist bereits geheilt; Schönmann war leicht verwundet.

Ein neuer Truppen-Nachschub.

Am heutigen Dienstag ging wieder ein Truppen-Transport mit dem Dampfer „Alexandra Boermann“ nach Swalopmund. Er besteht aus neun Offizieren und Beamten in Offiziersrang und 133 Mann. Transportführer ist Hauptmann v. Kleist. Gleichzeitig geht der vom Reichs-Marine-Amt gecharterte Dampfer Santa Fe der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft mit Ausrüstungsgegenständen, Verpflegung für Pferde (ungefähr 45 000 Saß Hafer), Kohlen für die Eisenbahn usw. ab.

Das Hängen beginnt!

Die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ berichtet in ihrer Nummer vom 3. August:

An dem Herero Heinrich, oder Egbert genannt, Schulmeister und Koangalisten, der wegen Teilnahme an der Ermordung des Farmers Koszarowski und Spionage selbstgerichtlich zum Tode durch den Strang verurteilt war, ist heute früh (2. August) das Urteil hier (in Swalopmund) vollzogen worden.

Es wäre interessant zu erfahren, wodurch der Gefängte sich der „Teilnahme“ schuldig gemacht hat! Angesichts einer solchen Justiz werden die Hereros nun erst recht bis zum letzten Mann Widerstand leisten!

Die zerstörte Mole in Swalopmund.

Die neu eingetroffene „Südwestafrikanische Zeitung“ schreibt darüber:

Das Landungsgechäft wird immer beschwerlicher. Der gröhres der beiden Hafendampfer, „Pionier“, der nach beendeter Reparatur von Walvischbai hierher zurückgebracht worden ist, konnte heute außer der Zeit des Hochwassers nicht mehr über die Sandbank, die sich vor der Mole gebildet hat. Er schleppte die Leichter vom Dampfer bis vor die Bank; von dort mußten sie durch den kleineren Hafendampfer „Miffent“ oder die Barkassen der Dampfer in Empfang genommen und hinter die Mole gebracht werden. Natürlich wird das Läden dadurch verzögert. Dampfer „Emilie Boermann“, seit 15. Mai auf der Reede, hat am 9. Juli endlich die Rückreise antreten können, mußte aber 250 Tonnen Eisenmaterial wieder mit zurücknehmen. Man hört, daß ein Bagger telegraphisch bestellt ist.

Die samose Mole hat schon Unsummen gekostet. Trotzdem wird das Landungsgechäft immer beschwerlicher. Eine „teure“ Kolonie!

Südwestafrikanische Zukunftsfragen

erörtert die „Tägliche Rundschau“. Sie schreibt u. a.: Die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ vom 27. Juli berichtet von Diebstählen in der unmittelbaren Umgebung von Windhuk, die von bewaffneten Hererobanden ausgeführt wurden und das Einschreiten stärkester Patrouillen notwendig machten.

nachdem es, woran wir nicht zweifeln, den Kolonnen Trostschadungen sein wird, die Hauptmacht der Rebellen unschädlich zu machen, die Dvambos zu unterwerfen und sie und die Gattentottensklämme des Kaafeldes und des Südens zu entwaffnen. Noch auf geraume Zeit, vielleicht auf einige Jahre hinaus werden im Kaafeld und in andern schwer zugänglichen Landschaften, besonders aber in den östlichen Grenzgebieten Ränderbanden ihr Unwesen treiben und die benachbarten Landessteile durch Einfälle und Streifzüge heimsuchen. ... Allerdings wird man die Stationsbesatzungen ganz erheblich stärker machen müssen, als wie sie es vor dem Aufstande waren.

Dane eine südwestafrikanische Kolonialarmee in der Stärke der ostasiatischen wird es also auf etliche Jahre hinaus nicht gehen! —

Deutsches Reich.

Neue preussische Prophezeiungen. „Mein bloßer Einzelfall“ so verliert die „Kreuz-Zeitung“, soll die Blamage bleiben, die sich die preussisch-herzogliche Polizeigemeinschaft durch die Säuriegelung des deutsch-österreichischen Genossen Bernerstorfer geholt hat, sie sollte vielmehr nur die Einleitung eines gemeinsamen Vorgehens aller deutschen Staaten gegen die wählerische Thätigkeit auswärtiger Sozialdemokraten bedeuten.

Die Einzelstaaten sollen, soweit sie nicht dem preussischen Schutzmantel schon ihre Reverenz gemacht haben, zu Paaren getrieben werden. Im Interesse solcher deutscher Einigkeit schreibt sie:

Die Sozialdemokratie würde das als eine sehr lästige Schranke empfinden, und überdies könnte es auch noch weiter erzieherisch wirken, d. h. die Einzelstaaten gewöhnen, in grundsätzlichen Fragen miteinander Fühlung zu nehmen, anstatt daß jetzt ein paar Duzend verschiedene Methoden angewandt werden und selbst bei Bekämpfung der Umsturzpartei von einheitlichem Verfahren keine Rede sein kann. Schon von diesem Standpunkte hätte man in Karlsruhe dieselbe Haltung einnehmen sollen, die in Darmstadt selbstverständlich erscheint, wenn man keinen andern gelten lassen will, sondern sich auf allgemeine Grundzüge beruft, die überall Geltung hätten, nur nicht im reaktionären Preußen und schließlich auch im „sonnigen Süden“, wo sich die Vergiftung hinzieht. Ja, so hängt es zusammen. Man hat sich in Karlsruhe nicht entschließen können, von dem allerwärts anerkannten Ausweisungsbegriff Gebrauch zu machen, weil man dort noch immer bis über die Ohren in liberalen Vorstellungen fest und sich vor dieser Abstraktion weit mehr fürchtet als vor der lebendigen Wirklichkeit, wie sie in der preussischen Staatsraison zum Ausdruck gelangt. In dieser Unklarheit und Schwäche aber scheitert zuletzt alles. Nur in Preußen und Sachsen behandelt man die Sozialdemokratie wenigstens von Seiten der Verwaltung als eine nicht gleichberechtigte Partei. Ueberall anderswo hat es den Anschein, als sollte gut gemacht werden, was in Berlin und Dresden gesündigt wird.

Die „Kreuz-Zeitung“ und ihre unbekanntem Auftraggeber wollen es also künftig den nichtpreussischen Einzelstaaten nicht mehr gestatten, ihre inneren Angelegenheiten selbständig zu ordnen. Die sächsische Methode soll ihnen aufzotrohiert werden, so sehr sie auch die belandeten Wirkungen dieser Methode scheuen mögen. Ein Reich, ein Gott und eine Polizei! —

Die Ergebnisse des Reichshaushalts für 1903 haben sich nach dem endgültigen Abschluß folgendermaßen gestaltet:

Beim Auswärtigen Amt waren 541 000 M. mehr erforderlich. Im Bereiche des Reichsamts des Innern ist eine Mehrausgabe von 1 898 000 M. zu verzeichnen. Für das Reichsheer sind bei den Kontingentsverwaltungen von Preußen, Sachsen und Württemberg, einschließlich der diese Verwaltungen angehenden und mit einer Erparnis von 2 788 000 M. abschließenden Titel des allgemeinen Pensionsfonds bei den fort-dauernden Ausgaben 639 000 M., bei den einmaligen Ausgaben 488 000 M. weniger erforderlich gewesen, während an Einnahmen 1 289 000 M. mehr aufgefunden sind. Das Gesamtergebnis beim Reichsheer stellt sich somit gegen den Etat um 2 665 000 Mark günstiger. Bei der Marine-Verwaltung schließen die fort-dauernden Ausgaben ab mit einer Mehrausgabe von 818 000 M., welche hauptsächlich bei den Indiensthaltungen, bei der Naturalverpflegung, bei den Reise-, Marsch- und Frachtkosten und beim Kapitel Artillerie- und Waffengewesen entstanden ist; eine größere Erparnis wird nach-gewiesen bei der Geldverpflegung der Marineteile. Das Gesamt-ergebnis stellt sich bei der Marineverwaltung gegen den Etat um 499 000 M. ungünstiger. Beim Reichsfinanzamt sind gegenüber dem Etatsansatz bei den eigenen Ausgabe-fonds 2 540 000 M. Mehrausgaben entstanden, welche ihre Ursache in der außerordentlichen Aufwendung von 2 683 000 M. haben, die den Inhabern der früheren Südstoffabriken auf Grund des § 11. des Südstoffgesetzes vom 7. Juli 1902 als Entschädigung zu zahlen waren. Demgegenüber ist eine größere Erparnis bei dem Fonds zur Unterhaltung von im Landesverteidigungsinteresse hergestellten Eisenbahnanlagen zu erwähnen. Die Einnahmen aus dem Währungs-fonds sind um 9 580 000 M. höher, als der Etat sie vorsieht. Die Verwaltung und Verzinsung der Reichsschuld hat mit einer Mehrausgabe von 1 904 000 M. abgeschlossen. Es ergibt sich beim all-gemeinen Pensionsfonds eine Gesamt-Mehrausgabe von 2 899 000 Mark. Beim Reichs-Invalidentfonds sind infolge der ver-stärkten Pürjorge für die Kriegsinvaliden insgesamt 4 707 000 M. Mehrausgaben entstanden, denen ein Winderaufwand für einzelne Aus-gabeposteln in Höhe von 144 000 M. gegenübersteht. Da zur Deckung der sich hiermit ergebenden Mehrausgabe von 4 563 000 M. aus Mitteln des Reichs-Invalidentfonds nur 499 000 M. verfügbar waren, so mußten 4 064 000 M. zunächst aus ordentlichen Mitteln des Reichs gedeckt werden. Bei den einmaligen Ausgaben der Reichseisenbahn-Verwaltung ist eine Ueber-schreitung von 329 000 M. zu erwähnen. Die einmaligen Ausgaben der Post- und Telegraphen-Verwal-tung sind um 179 000 M., diejenigen der Reichsdruckeri um 129 000 M. hinter dem Anschlage zurückgeblieben. Bei dem Fehlbetrage des Rechnungsjahres 1901 sind 1 006 000 M. weniger nach-gewiesen, welche diesem Fonds an Einnahmen aus der Prüfung der Rechnungen, namentlich derjenigen der Militärverwaltung, zu-gewiesen sind.

Im ganzen werden bei den in Betracht kommenden Fonds die Winderausgaben durch die Mehrausgaben um 9 825 978,29 M. überschritten.

Die Einnahmen an Zöllen und Tabaksteuer, von welcher der Reichskasse nur der Betrag von 130 000 000 M. verbleibt, während der Rest den Bundesstaaten zu überweisen ist, hat gegen das Etats-Soll 34 077 000 M. mehr eingebracht. Bei den den Bundesstaaten sonst noch zustehenden Steuererträgen sind an Verbrauchsabgabe für Branntwein 5 847 000 M. und an Reichs-Stempelabgaben 6 086 000 M. weniger aufgefunden, so daß im ganzen ein Mehrertrag von 22 745 002,49 M. sich ergibt. Dieser Mehrertrag war nach § 1. des Gesetzes vom 28. März 1903 zur weiteren Tilgung der durch den Reichshaushalts-Etat für 1903 bewilligten Zuschuß-Anleihe zurückzubehalten, so daß zur Ueberweisung an die Bundesstaaten nur der etatsmäßig festgesetzte Betrag verblieb. Von dem dem Reiche zu-stehenden Steuern haben Mehrerträge gebracht: die Salzsteuer 3 185 000 M., der Spielkartenstempel

7000 M. die statistische Gebühr 120 000 M.; bei der Brennsteuer, welche in der Gestalt von Vergütungen für ausgeführte oder zu gewerblichen Zwecken verwendeten Branntwein wieder zur Veräußerung gelangt, sind zunächst 358 000 M. mehr vereinnahmt als verausgabt worden. Gegen den Voranschlag zurückgeblieben ist die Zuckersteuer um 11 724 000 M., die Raifschottische Steuer um 9 118 000 M., die Brausteuer um 1 043 000 M., die Schaumweinsteuer um 856 000 M. und die Wechselstempelsteuer um 22 000 M. Die Betriebsverwaltungen haben sämtlich höhere Ueberschüsse abgeliefert, als im Etat vorgeesehen waren. Das Mehr beträgt bei der Post- und Telegraphen-Verwaltung bei einer Mehreinnahme von 8 886 300 M. und einer Wenigerausgabe von 959 400 M. = 9 846 000 M., bei der Reichsdruckerei bei einer Mehreinnahme von 640 000 M. und einer Mehrausgabe von 353 000 M. = 287 000 M., bei der Reichsbahn-Verwaltung bei einer Mehreinnahme von 9 978 000 M. und einer Mehrausgabe von 2 630 000 M. = 7 348 000 M.

Im ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reich verbleiben, 3 481 152,56 M. gegen den Etat mehr gekommen. Da die Mehrausgaben, einschließlich der vorläufig aus ordentlichen Mitteln des Reiches gedeckten Ueberschreibung beim Reichszwangslohnfonds von 4 064 000 M., im ganzen 9 825 978,29 M. betragen, so ergibt sich für das Rechnungsjahr 1903 ein Reibetrag von 6 344 825,73 M.

Vor Ausfall krank geworden. Der Prinz Friedrich Leopold, so hieß es, sollte ins russische Hauptquartier gehen und dort dem Studium russischer Siege obliegen. Manche empfanden diese Mission als eine Art administrativer Verschickung.

Jetzt meldet die „Potsdamer Korrespondenz“, die Reise des Prinzen werde nicht stattfinden. „Sie war bereits bis zum 3. September verschoben, da der Prinz mit seiner Ausrüstung noch nicht fertig war. Seit einigen Tagen fühlte sich indessen Prinz Friedrich Leopold unwohl und seit Montag hat er sich genötigt gesehen, krankheitshalber das Bett hüten zu müssen. Durch mehrfache Vorbesuche in der letzten Zeit ist er stark nervös überreizt worden, so daß wohl kaum daran zu denken ist, daß er den Strapazen einer Reise nach Ostasien und den Veschwerlichkeiten auf dem Kriegsschauplatz ohne ernstliche Gefährdung seiner Gesundheit Widerstand leisten kann. In den Kreisen der Umgebung des Prinzen hat man nach Lage der Sache niemals recht daran glauben wollen, daß derselbe tatsächlich die Reise antreten würde. Er hat aber dem dienstlichen Befehle bisher nachzukommen gestrebt und eifrig seine Ausrüstung und diejenige seines Personals, von dem sechs Angestellte mitgenommen werden sollten, betrieben. Die Ausrüstung zur Reise hat bisher etwa 50 000 Mark Kosten verursacht, die nun gegenstandslos geworden sind.“

So geheimnisvoll die Korrespondenz klingt, die Verbotsmaß wird allgemein erklärlich gefunden werden. Ausland kann mit die 50 000 M. für Ausrüstungen unter seine Siege buhen. —

Der Vorkämpfer der freisinnigen Volkspartei, Dr. Müller-Lobberich, legt seine wankelmütige Polemik gegen die Socialdemokratie fort. Jetzt ist er bereits bei socialdemokratischen „Stuppelprozessen“ angeklagt, befindet sich also bereits in nächster Nachbarschaft des Dreifachgrafen.

Heute erzählt der Mann, er habe nur die Gehälter deutscher Parteigenossen als würdigen freisinnigen Leitartiklerstoff dem Anplanders Blatt entnommen. Auch die Stimmen nicht, sie sind teils zu hoch, teils auch zu niedrig. Ueber die Wahrheit kann sich die „Freie Deutsche Presse“ leicht informieren; denn die Einnahmen socialdemokratischer Beamten liegen klarer zu Tage als die eines freisinnigen Artikelgrößen.

Der Müller von Lobberich richtet aber dann an uns die erschütternde Frage:

„ob Redakteur-Gehälter von 5000—7000 M. und weit darüber hinaus vereinbar sind mit dem socialdemokratischen Ideal der Lohngleichheit für jedwede Kopf- und Handarbeit.“

Der Herr Müller-Lobberich muß eine ganz besondere Ausgabe des socialdemokratischen Programms besitzen. Wir finden nichts in ihm von derartigen „Idealen“, die nur für so ausgeprägte kapitalistische Kräfte, wie es die Freisinnigen sind, die Grund- und Kernfrage sozialen Denkens ist. Ueber die Lohnregelung in der socialistischen Gesellschaft geht zu diskutieren, ist umso mühtiger, als die Frage auch im Zukunftsstaat durchaus untergeordneter Natur ist. Vielleicht wird man dann, wo die anscheinende Befriedigung der vernünftigen Bedürfnisse so allgemein sein wird wie Licht und Luft, gerade umgekehrt die Entscheidung um so höher bemessen, je weniger geistig, je unangenehmer die Arbeit ist.

Einstweilen aber leben wir in der kapitalistischen Gesellschaft, deren Gesetze nur ein Narr, so lange sie selbst existiert, aufheben kann. Aber selbst wenn wir das Ideal erreichen könnten, alle Kopf- und Handarbeiter gleich zu bezahlen, so werden wir doch nicht so hinüberbrannt sein, die Gleichheit des Minimum zu erstreben, etwa die Lebenshaltung auf das Niveau eines Handwebers oder eines Hausindustriellen herabzudrücken. Das Gleichheitsstreben ist natürlich auf die Gleichheit des Maximum gerichtet. Will und die freisinnige Volkspartei in dem Kampf um dieses Gleichheitsideal unterstützen, so würde sie sich das erste Verdienst seit ihrer Entstehung erwerben. Wir fürchten freilich, daß man in einem Betriebe, wo man bei Streiks lohnrückende Mädchen einzustellen rät, für alle, die nicht an der Krippe sitzen, die Gleichheit nach unten herzustellen streben wird.

Wenn übrigens die „Freie Deutsche Presse“ behauptet, der von uns abgedruckte Artikel aus dem „Lobbericher Bürgerblatt“ sei „aus jahrelanger Verborgenheit“ ausgegraben, so ist das Schwindel. Das literale Freisinnig-Zutler ist erst in diesen Tagen in den Trog geschüttet worden. —

Russische Presse in Deutschland. Die „Post“ denunziert im Außendienste zur Abwechslung einmal nicht die Socialdemokratie, sondern die — Schweiz. „Wie sich der Aitentäter Jnitshin in der Untersuchungshaft amüsiert“, ist eine Brandnotiz überschrieben, die also beginnt:

„Der Aitentäter Jan Jnitshin, welcher am 10. Juni den russischen Gesandten in Bern mit Revolvergeschüssen niederstreckte, erfreut sich bester Gesundheit und trägt eine Zwerchfellhernie, welche in nichts an Neue und Reinlichkeit erinnert, im Verhalten der Polizeiorgane aber eine Stütze findet, die selbst vorsichtige und reservierte Blätter als ungebührlich bezeichnen.“

Soll Ausland nun der Schweiz den Krieg erklären? —

Von der russischen Grenze wird uns geschrieben: Am Bahnhof Granier (österreichisch-russische Grenze) wurden drei elegante, offenbar den höheren russischen Kreisen angehörende Damen, die Fahrkarten erster Klasse von Wien nach Moskau hatten, von der Gendarmenrie angehalten und einer scharfen Visitation unterzogen. Man fand bei ihnen zwei Bücher und mehrere Zeitungen socialistischen Inhalts, worauf die Damen verhaftet und von Granier nach Sosnowice und von dort nach Petrikau in das Gouvernementsgefängnis transportiert wurden.

Vor kurzem wurde berichtet, daß deutsche Reisenden im russischen Grenzgebiet bei der Feststellung, daß ihre Haltpässe abgelaufen seien, nicht mehr eine Behandlung wie früher zu teil werde, wo die Reisenden mißhandelt, verhaftet und erst nach Wochen und nach Erlegung einer größeren Geldsumme in Freiheit gesetzt wurden. Es hieß, daß jetzt den Reisenden in solchen Fällen keinerlei Unannehmlichkeiten mehr erwachsen, die abgelaufenen Pässe vielmehr als noch gültige angesehen würden. Demgegenüber wird jedoch jetzt von nach Oberschlesien zurückkehrenden deutschen Pölmännern mitgeteilt, daß von einer derartigen milderen Praxis im russischen Grenzgebiet nichts zu verspüren sei, die unbedingten Vorschriften über den Grenzverkehr vielmehr jetzt eher noch schärfer gehandhabt würden, wie in früheren Zeiten.

In den russischen Grenzorten Dombrowa und Czenstochau sind wiederholt nützlich revolutionäre Druckschriften verteilt worden, ohne daß es der Polizei gelang, die Verbreiter zu fassen. Um nun freiwillige Helfershelfer an den Besitzern der umliegenden bäuerlichen Gehöfte zu finden, hat die Polizei kürzlich nützlich selbst Schriften in die Gehöfte gelangen lassen, nämlich Drohbriefe, in denen gesagt wird, daß demnächst die Gehöfte niedergebrannt werden sollen. Die Polizei erwartet, daß nun die Bauern wachen, um die vermeintlichen Brandstifter zu ertappen, hierbei die Druckschriften verteilenden Socialisten festnehmen und der Polizei ausliefern werden.

Polnische „Brüder“. Die obereschlesischen Radikalpolen hoffen, das Mandat des kürzlich verstorbenen Landtags-Abgeordneten Dr. Moriz (Klein-Rhön) zu gewinnen und stellen als ihren Kandidaten den „Gornoslajal“-Redakteur Kowalczyk-Katowitz auf. Voraussetzung des Erfolges war, daß die „Katowitz“-Gruppe der Polen die Stimmen ihrer Wahlmänner mit denen der „Gornoslajal“-Gruppe vereinige. Diese Hoffnung hat die „Korfanthauer“ jedoch betrogen, denn die gemäßigten „Katowitz“-Polen haben als ihren Kandidaten den Farmer Bendzjaliet-Rhönler ertoren. Unter diesen Umständen dürfte es zu einer Stichwahl zwischen dem Centrumskandidaten — der noch nicht ernannt ist — und dem Kandidaten der Konservativen kommen und der Centrumsmann siegen, da bei einem zweiten Wahlgang die zentrumsfreundlichen „Katowitz“-Polen für diesen stimmen werden. So beruhen die hadernden Polen sich in Oberschlesien selbst der politischen Erfolge. —

## Ausland.

### Die socialistischen Differenzen in Frankreich.

Jaures beginnt in der „Humanité“ — wie wir zur Information der deutschen Partei wiedergeben — die angelegentlichste Auseinandersetzung mit Guesde, der er die Versicherung vorausschickt, daß er mit voller Ehrlichkeit der Einigungsresolution zugestimmt habe. Aber eine Einigung lasse sich nicht dekretieren, das wüßten auch die Väter jener Resolution. Nicht von einem Tag zum andern könne man die Differenzen über die allgemeine Politik und die Methode des politischen Kampfes, die noch dazu durch allerhand Persönliches verschärft seien, aus der Welt schaffen; dazu könne nur offene und ehrliche Aussprache dienen. Jaures behauptet nun, daß die von Guesde auf dem Amsterdamer Kongreß auseinandergesetzten Theorien der ganzen Traktion und den Anschauungen des französischen socialistischen Proletariats ins Gesicht schlugen. „Ich behaupte deshalb“, so fährt er fort, „daß die revolutionäre socialistische Partei (quoddiditische Partei), die Guesde in ihrem Namen sprechen ließ und ihm keinerlei Widerspruch entgegensetzte, klar darthun muß, ob sie stillschweigend bewachte, um nicht einen der Ihrigen desavouieren zu müssen, oder ob sie die Verantwortung für jene unannehmbaren Theorien vor dem französischen Proletariat zu tragen willens ist. Guesde hat behauptet, daß die politischen Formen des Staatswesens dem Proletariat gleichgültig wären, daß es keinen Unterschied zwischen der Republik und der Monarchie zu machen habe und daß es Verrat an sich selbst läßt, wenn es auch nur einen Tag oder eine Stunde zur Rettung der Republik opfere, die doch die schlechteste Regierungsform sei. Und zu bemerken ist, daß Guesde die Republik nicht etwa bloß theoretisch verwirft: er wei ß sehr wohl, daß die Contrerevolutionäre, die Monarchisten und Aristokraten gegen sie konspizieren und daß sie verloren ist, wenn die Arbeiterklasse sie nicht eifertig bewacht. Die Republik wäre in Frankreich schon längst zerstört worden, wenn das Proletariat sich gleichgültig zu ihr gestellt hätte. Da es nach Guesdes Worten genügt, daß die Republik der Hilfe des Proletariats bedürfte, um zur schlechtesten aller Regierungsformen zu werden, so haben seine Äußerungen mehr als bloß hypothetische Bedeutung: er verwirft die Republik tatsächlich als die elendeste Staatsform. Das sind bedenkliche, unverlässliche und pietätlose Worte. Vielmehr, weil sie alle Anstrengungen des französischen Proletariats in den Jahren 1792, 1848 und 1872 zur Erringung oder Errichtung der Republik — als welche die volle Ausübung der Volkshoheit ist — lächerlich macht. Alles das ist also nach Guesde nichtig und trügerisch. Die revolutionäre Arbeit der Arbeiterklasse während 120 Jahren bedeutet nicht so viel, daß das Volk die Anstrengung einer Stunde daran setzt, um die Resultate aufrecht zu erhalten. Und so sprechen „Revolutionäre“! Wie kann Guesde nur übersehen, daß ein Teil der Macht des Proletariats gerade darin beruht, daß es für den Bestand der Republik notwendig ist? Wie kann er sich einbilden, daß das Proletariat die sociale Demokratie einrichten, das Eigentum und die Organisation der Arbeit nach den neuen Gesetzen der Gleichheit organisieren, den ganzen menschlichen Thron von neuem durchstürzen und ihm eine kommunistische Seele einhauchen kann, wenn seine Kräfte nicht einmal ausreichen, die republikanische Freiheit zu verteidigen und auszumühen? An welches schwache, unbeständige und unzusammenhängende Proletariat wenden sich denn eigentlich derartige Worte? Aber Guesde geht noch weiter und behauptet, der Kampf gegen die hierale Macht sei Dumbung, die Verweissung der Schule ein Singspiel, die Trennung von Staat und Kirche eine Sache ohne alle Bedeutung; allein die völlige Revolutionierung des Eigentums werde die Menschen vom Aberglauben, von der Unwissenheit und dem Jertum erlösen. Wer von uns hat denn jemals bestritten, daß die geistige Befreiung der Menschen in der heutigen ungerechten und blinden Gesellschaft nicht vollständig sein kann? Wir behaupten lediglich, daß es möglich ist, durch die rationelle Erziehung in der Laienschule allen Menschen einen Schimmer von Erkenntnung zu geben und daß die vollständige Entfickung des Staates den Widerstand vermindern kann, den die politische Macht der Kirche sowohl der Geistesfreiheit als auch der allmählichen ökonomischen Emancipation des Proletariats entgegensetzt. Den Zukunftsstaat kann man nicht mit dumpfen und passiven Geistes heraufführen. Guesde stellt das ganze Gesetz des menschlichen Fortschritts auf den Kopf, wenn er meint, daß die Revolution der geistigen Befreiung vorangehen werde. Indem er der Unwissenheit die Möglichkeit der Fortexistenz gewährt, vertagt er die Revolution. Und diese Worte sind besonders gefährlich in diesem Momente des Kampfes, wo das Proletariat sich zu dem großen Kampfe gegen den hieralitätszusammenscharr: sie können Verwirrung und Jahnstucht in die Reihen der Kämpfer tragen — zum Nutzen der Gegner.

Deshalb muß die revolutionäre socialistische Partei zu Guesdes Äußerungen Stellung nehmen. Hat sie in Amsterdam aus Verlegenheit geschwiegen oder hat sie zugestimmt? Und war auch sie durch Thaten, nicht nur durch Worte Stellung nehmen: sie muß im Parlament und außerhalb entschlossen und thätig die antihieralitäts Politik unterstützen und die Verantwortung für Guesdes Worte in Amsterdam, die er in ihrem Namen sprach, von sich abwälzen.“

### Niederlande.

Gegen den Gesekentwurf über den Arbeitskontrakt fand am Sonntag zu Utrecht eine große Demonstration statt, veranstaltet von dem ungefähr 50 000 organisierte Arbeiter repräsentierenden Landeskomitee, das zur Agitation gegen den Entwurf gebildet worden ist. Eine große Anzahl Demonstranten waren aus vielen Städten Hollands zusammengekommen; aus Rotterdam allein war ein Extrazug mit 300 Personen eingetroffen. 254 Arbeitervereinigungen mit 179 Bannern waren vertreten. Außerdem hatten 58 Organisationen durch Telegramme oder Briefe ihre Sympathie kundgegeben. Unter den Teilnehmern war auch eine große Anzahl von Gewerkschaften vertreten, die mit den Anarchisten oder Antipolitischen sympathisieren. Nach einer Massenversammlung im freien bewegten sich die Teilnehmer im Demonstrationzuge mit vier Musikkorps durch die Stadt. Daron schloß sich eine gefellige Zusammenkunft im Volkshause „De Gendracht“. Die Zahl der Demonstranten betrug gegen 5000.

### Spanien.

Die Neutralitätsfrage ist nun auch für Spanien aktuell geworden. Der „Standard“ meldet aus San Sebastian: Der Kommandant des russischen Kreuzers „Don“ antwortete den Behörden Vigos, als sie ihn aufforderten, den Hafen innerhalb

24 Stunden zu verlassen, sein Schiff habe Maschinen-Reparatur und müsse 5 Tage im Hafen bleiben. Die Behörden haben telegraphisch Befehle von Madrid erbeten. Der „Don“ hat 17 Geschütze und 400 Mann Besatzung. —

## England.

### Auf der Suche nach den russischen Hilfskreuzern.

Die Mitteilung der Admiralität betreffend die Auffindung der russischen Hilfskreuzer „Smolensk“ und „Petersburg“ lautet: Da die russische Regierung die britische Regierung bat, Maßnahmen zu treffen, um an die gegenwärtig in den südafrikanischen Gewässern befindlichen Schiffe der russischen freiwilligen Flotte „Smolensk“ und „Petersburg“ dringende Botschaften gelangen zu lassen, hat der Kommandant der Station am 20. d. M. die Schiffe an dem Kriegsschiffe „Crescent“ verlassen und mit den Kreuzern „Horte“ und „Pearl“ Kurs nach Süden genommen, um mit den russischen Schiffen in Verbindung zu treten. Die Kriegsschiffe „Varrosa“ und „Partridge“, von denen das letztere sich zwischen der Walfschiba und den Benguela-Inseln, das letztere zwischen der Walfschiba und der Simonsbai aufhält, erhielten ebenfalls Befehl, nach den russischen Schiffen zu suchen. Um den Wunsch der russischen Regierung zu erfüllen, ist eine gleiche Befehle an den Kommandanten der südafrikanischen Station bezüglich der Schiffe „Saint-George“ und „Brilliant“ ergangen, die gegenwärtig in der Nähe des Kap Saint Vincent sind. —

## Rußland.

### Allgemeiner Mauerstreik in Warschau.

Russisch-Polen, 24. August. (Fig. Ver.) Am Montag, 22. August, ist in Warschau ein fast allgemeiner Mauerstreik ausgebrochen, an dem sich mehrere Tausend Arbeiter beteiligten. Wie alle größeren Streiks in Rußland in den letzten Jahren hat auch dieser bald einen politischen Anstrich bekommen. Die Bewegung wird vom Warschauer Komitee der Socialdemokratie Russisch-Polens und Litauens geleitet — insofern von einer regelmäßigen Leitung einer Massenbewegung unter den politischen Bedingungen des Jarenreiches die Rede sein kann. Die socialdemokratische Organisation sorgt natürlich für solidarische Einhaltung der aufgestellten Forderungen durch die Arbeiter, für Erhaltung der Masse in Kampfesstimmung sowohl wie für Ausnutzung der Bewegung zur politischen Auffklärung der Streikenden. Die Mauer verlangen von den Bauunternehmern und Meistern: zehnstündige Arbeitszeit, Aufbesserung des Arbeitslohnes für die verschiedenen Arbeiterkategorien bis zur Höhe von 25 Kopelen (ca. 50 Pf.) pro Stunde für Mauer und von 8 Kopelen pro Stunde für Handlanger, Einbeziehung der Dauer der Lohnanzahlung in die Arbeitszeit, Ueberlassung den Arbeitern auf jedem Bau eines besonderen Raumes, wo sie Kleider und Essen aufbewahren und vor Unwetter Schutz finden können, neunstündige Arbeitszeit am Vorabend von Feiertagen u. a. m.

Während der Woche vor dem Streik sind von der socialdemokratischen Organisation drei Versammlungen unter freiem Himmel außerhalb der Stadt veranstaltet worden und ebenso eine Versammlung am ersten Streiktag, die besonders gut verlaufen ist.

Streikende, die sich in der Chlodowstraße, wo der Vermietungsplatz der Mauer — eine Art Arbeitshölse — sich befindet, in größerer Zahl einfanden, begaben sich auf mündliche, von Mann zu Mann verbreitete Einladung nach dem Versammlungsort hinter der Arbeiterwohnsiedlung Bolo. Hier ist eine dicke, etwa 600 Köpfe zählende Menge zusammengekommen. Von zwei Mitgliedern der Organisation wurden Reden über den Streik, die Lage der Mauer und die politische Entrechtung der Arbeiterklasse gehalten und die Streikenden zur Ausdauer und Solidarität angefordert, worauf die Versammelten sich unter Anführung revolutionärer Lieder und Hochrufen auf die Socialdemokratie nach der Stadt zurück begaben. Dem Demonstrationzuge schlossen sich auch zahlreiche Arbeiter von den umliegenden Fabriken an. Die ländliche Polizei, der außerhalb der Stadt die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt, war zu schwach, um einschreiten zu können. Sie verständigte jedoch auf telephonischem Wege die Polizeibehörde in Warschau und bald hatten sich am Stadtschlagbaum eine Unmenge von Kofaken und Schupfleuten eingefunden, um die heimkehrenden Arbeiter in üblicher Weise zu empfangen. Die Streikenden waren aber schlau genug, um sich nicht der sie erwartenden Färsorge auszugeben; der Zug löste sich rechtzeitig auf, die Arbeiter verließen die Chaussee und suchten in kleinen Trupps die Stadt auf Umwegen zu erreichen, was auch ohne Zwischenfälle gelang.

Es ist dies in diesem Jahre der zweite allgemeine Mauerstreik in Warschau. Das erste Mal streikten die Mauer im April, wobei sie dieselben Forderungen aufstellten, mühten sich jedoch mit einer nur geringen Lohnaufbesserung begnügen. —

## Amerika.

### Die Wahlpolitik und der Wahlkampf.

Ob „Onel Sam“ den Philippinen die Unabhängigkeit zugestehen solle oder nicht, diese Streiffrage wird häufig aufgetoilt und spielt auch jetzt wieder in den Wahlkämpfen ihre Rolle. Die Presse beschäftigt sich in den letzten Wochen lebhaft damit, denn Kandidat Parker hat sich öffentlich und entschieden für die Unabhängigkeit erklärt. In der demokratischen Plattform, die in St. Louis angenommen wurde, heißt es, daß die Vereinigten Staaten für die Philippinen daselbe thun sollten wie für Cuba und den Inseln Freiheit und Unabhängigkeit geben müßten. — Cuba ist eine von den Amerikanern „beschützte“ selbständige Republik. Onel Sam ist Bürge für die finanziellen Angelegenheiten, für Ruhe und Ordnung im Lande, hat wichtige Kohlen- und Marinestationen zurückbehalten und Handelsbeziehungen nach seiner Wahl hergestellt. — Die Demokraten sind für eine sogenannte Unabhängigkeit der Philippinen auch nur in der Theorie; sie machen sich aber den Widerstand der Republikaner dagegen zu nuhe. Der Durchschnittsamerikaner will nichts davon wissen, daß seine Nation ein fremdes Volk unterdrückt; viel mehr gefällt es ihm, wenn Onel Sam sich als Freiheitsbringer aufspielt. Die Republikaner behaupten, daß die Eingeborenen auf den Philippinen noch lange nicht reif seien, sich selbst zu regieren; man habe ihnen Selbstverwaltung in den Gemeinden eingeräumt und das sei genug. General Taft, der jetzige Kriegsminister, war bis vor einem halben Jahre Gouverneur auf den Philippinen und ist der Ansicht, daß es wenigstens noch hundert Jahre dauern könne, bis die Einwohner zur Selbständigkeit heranzureifen. Gegenwärtig befinden sich nur 18 000 amerikanische Soldaten auf den Inseln. Der jetzige Gouverneur ist der Richter Wright, ein Demokrat aus dem Süden. — In den Parteikonventionen in Chicago und St. Louis erschienen Delegierte von den Inseln; bei den Republikanern wurden sie zugelassen und durften sich zu den Delegierten von Hawaii und Porto Rico setzen, bei den Demokraten wurden sie abgewiesen, weil ihnen noch nicht das Recht von der Nation gegeben war. —

## Socialdemokratie und Staatsform.

Genosse K. E. polemisierte in der vorigen Nummer gegen Ausführungen des Genossen Kautsky über Monarchismus und Republikanismus.

Genosse K. E. zieht aus seinen Bemerkungen zum Schluß die Moral, daß die Anwendung fester „Richtungsparole“ zur Vertiefung und Klärung parteigenössischer Streitfragen nicht beitrage, was wohl heißen soll, daß man nicht mehr von „Revisionismus“ reden möge. Habe doch Kautsky jetzt über die Monarchie Äußerungen gethan, die Befehl im vorigen Jahre, bei dem Streit um die Vicepräsidentenschaft, selbst als „revisionistisch“ verforesciert habe.

Oder um es ganz klar auszudrücken, was Genosse K. E. durch die Blume zu sagen beliebt: Kautsky sollte sich hüten, künftig noch von Revisionismus zu sprechen, da er in der Frage der Staatsform selbst „revisionistische“ Auffassungen zum besten gegeben habe.

Wir unfererseits vermögen von diesem heurigen Revisionismus Kautskys nichts zu entdecken.

Kautskys allgemein gehaltene Ausführungen geben nur genau das wieder, was man innerhalb der Socialdemokratie seit jeher über Monarchie und Republik gedacht hat. Er bezeichnet es mit Recht als „republikanischen Aberglauben“, zu wahren, „der republikanischen Bourgeoisie wohne eine weit größere Neigung inne, die Befreiung der Arbeiterklasse zu fördern, als der Monarchie und der monarchistischen Bourgeoisie“. Vielmehr nehme gerade in der Republik, infolge Fortfalls der monarchistischen Coullisse, der Klassenkampf eine reinere und schärfere Gestalt an. Die republikanische Bourgeoisie sei nur um so struppeliger und unbedenklicher in der Wahl ihrer Mittel, sei es durch brutale Niederwerfung, sei es durch heimtückische Ueberlistung und Korruption.

Das Kautsky schon wegen der klaren Ausprägung des Klassenkampfes die Republik der Monarchie vorzieht, versteht sich ganz von selbst. Es ist uns deshalb unverständlich, wie Genosse K. E. den „republikanischen Aberglauben“ als „eine recht revolutionäre, sehr radikale und in allen Fällen eine unbedingt notwendige Anschauung“ zu bezeichnen vermag. Kautsky nennt doch nur den Glauben an den größeren guten Willen der republikanischen Bourgeoisie „republikanischen Aberglauben“. Und daran beschränkt ja auch K. E. nicht zu glauben. Was bedeutet dann aber das Paradoxon von dem Radikalismus dieses Aberglaubens anders, als eine begriffliche Wortspielerei?

Genosse K. E. glaubt zwar nicht an das gute Herz der republikanischen Bourgeoisie, aber er behauptet, schon der demokratische Charakter einer Republik nötige die Kapitalistenklasse, sich durch eine „Geschäftspolitik“ die „Sympathie und Hilfe“ des Proletariats zu erhalten, während die Monarchie es einfach mit dem System der Einschüchterung, der brutalen Gewaltpolitik halte.

So einfach dies Schema unstrittig ist, so falsch ist es leider auch. Die Thatsachen beweisen, daß Republiken sich ebenso oft der Peitsche bedienen, wie Monarchien umgekehrt des Zuckerbrotes!

Freilich werden Republiken es im allgemeinen zunächst mit dem Zuckerbrod versuchen. Sie werden versuchen, die Arbeiter durch Weisheit zu korrumpieren. Sofern ihnen dieser Korruptionsversuch glückt, so lange damit den herrschenden Klassen die „Sympathie und die Hilfe“ des Proletariats erhalten werden, so lange braucht allerdings von einer „reineren und schrofferen Form des Klassenkampfes“ keine Rede zu sein, das geben wir dem Genossen K. E. mit Vergnügen zu. Und leider hat sich dies System „heimtückischer Ueberlistung und Korruption“ bislang nur zu sehr bewährt. Dies kann uns aber selbstverständlich ebenso wenig die Republik verleiden, wie der umgekehrte Fall, daß der Klassenkampf in der Republik die schroffste Form annehmen muß, wenn das Proletariat sich erst einmal, der Gewalt und Schacherpolitik müde, auf den Standpunkt zielbewusster Klassenkampfpolitik stellen wird. Aber selbst da, wo das Proletariat noch keine energische Klassenpolitik vertritt, ist vielfach schon die republikanische Bourgeoisie dabei, sie ihm durch Brutalität einzupaulen — z. B. in Nordamerika.

Die Sache ist also die: Kautsky vertritt gegenüber der bürgerlich demokratischen Illusion von der Bedeutung der rein politischen Institutionen den sozialistischen Standpunkt von der ausschlaggebenden Bedeutung des wirtschaftlichen Faktors und — verfährt damit „revisionistisch“! Kautsky sieht die Bedeutung der republikanischen Staatsform in der Verrückung politischer Coullissen, der schärferen und klareren Ausprägung des Klassenkampfes und — urteilt damit „revisionistisch“! Dagegen ist die Formel Monarchie = Gewaltpolitik, Republik = Geschäftspolitik die einzig gründliche und richtige Wertung dieser politischen Institutionen! Und diese republikanische Geschäftspolitik währet unabänderlich und ewiglich, sie verheißt uns den Sieg des Proletariats! Das ist „eine echt revolutionäre, sehr radikale und in allen Fällen eine unbedingt notwendige Anschauung!“ Ach nein, es ist gerade der „republikanische Aberglaube“, den Kautsky in seinem Artikel bekämpft und den auch Veibel in so trefflicher Weise in Amsterdam bekämpft hat!

Im übrigen ist es kein Abler Schwachzug, Veibels Äußerungen vom vorigen Jahre jetzt gegen — Kautsky aufmarschieren zu lassen, gegen Kautsky, der Veibels Ansichten — natürlich! — ganz falsch interpretiert habe. Wie nun aber, wenn, wie wir glauben, Veibel Kautskys Interpretationen als ganz richtig anerkennen sollte? Hätte sich dann Veibel in Amsterdam nicht in Widerspruch zu dem Veibel des vorigen Jahres verkehrt? Keineswegs!

Was hat denn Veibel in Amsterdam gesagt? Hat er etwa behauptet, daß die Monarchie besser sei als die Republik? Das ist ihm gar nicht eingefallen. Er hat nur gezeigt, daß die bürgerliche Republik nicht so gut und die Monarchie im Gegensatz dazu nicht so schlecht ist, wie Jaurès beispielweise behauptete. Veibel prägte nur die alte, aber, wie es beinahe scheint, nicht mehr von jedem Genossen verstandene sozialistische Weisheit, daß Klassenstaat Klassenstaat sei und daß der proletarische Klassenkampf an erster, die bürgerliche Staatsform erst an zweiter Stelle steht. Und damit hatte Veibel dreimal recht. Denn die Rettung der Republik ist etwas sehr Schönes, aber wenn sie nur auf Kosten des Klassenkampfes der Socialismus erkämpft werden kann, so ist dieser Preis zu teuer!

Daß diese allgemeinen Ausführungen Veibels über Republik und Monarchie mit seiner vorjährigen Kritik Preußen-Deutschlands in einem Widerspruch stehen, vermögen wir nicht einzusehen. Natürlich sind wir Republikaner, natürlich ist die Staatsform sehr wesentlich. Aber nicht wesentlich genug, um ihr die prinzipiellen Forderungen des Socialismus zu opfern. Das führte Veibel in Amsterdam aus.

Veibels Amsterdamer Ausführungen haben also mit Revisionismus nur so viel zu thun, als er das zeitgemäße Objekt seiner Kritik bildete. Und von Kautsky gilt ganz das gleiche. — H. S.

NB. Auch vom Genossen Kautsky selbst ist uns eine Entgegnung zugegangen, die wir in der nächsten Nummer veröffentlichen werden. Die Redaktion.

## Partei-Nachrichten.

Eine englische Stimme über den Amsterdamer Kongreß.

Der „Labour Leader“, das Organ der unabhängigen Arbeiterpartei Englands, bespricht in seiner letzten Nummer den Amsterdamer Kongreß und zwar fast ausschließlich die Verhandlungen über die Taktfrage. Es heißt dort unter anderem: „Jaurès mag recht haben oder unrecht, in soweit aber, als er ehrlich beabsichtigt ist, die Verhältnisse Frankreichs anzunehmen, um damit den Zielen des Socialismus zu dienen, so thut er genau das selbe, was wir in England thun. Wir sagen nicht, daß wir mit allem einverstanden sind, was Jaurès gethan hat, aber insofern als er versucht, mit nichtsocialistischen Parteien zusammenzuarbeiten für socialistische Ziele, immer acht gebend, nicht seine eigene Unabhängigkeit zu verlieren und den wesentlichen Unterschied zwischen den bloßen Reformen und der grundlegenden sozialen Neuordnung nicht zu verwischen, arbeitet er so wie wir an denselben politischen Zielen.“ Die unabhängige Arbeiterpartei habe stets darauf bestanden, daß jede Nationalität ihre eigene Taktik zu befolgen habe. Die Methoden im autoritären Rußland könnten unmöglich dieselben sein wie die im imperialistischen Deutschland; die Taktik der deutschen Socialdemokratie, in einem Lande, wo die parlamentarischen Institutionen nur in rudimentären Anfängen vorhanden seien, könne nicht die der socialistischen Bewegung von England sein. — Was die Dresden Resolution anlangt, so sei dieselbe praktisch tot geboren. Sie sei getragen von den Stimmen der nichtparlamentarischen Nationen, wie Rußland, Bulgarien, Serbien, Spanien usw., dadurch habe sie all ihr Gewicht verloren. Trotzdem sei die Zeit, welche die dreitägige Debatte in Anspruch genommen, nicht vergeudet, sondern die Angelegenheit sei für den Socialismus von größter Bedeutung gewesen. — In einem andern Artikel werden die beiden socialistischen Redner Jaurès und Veibel gefeiert als große Politiker und Redner, die weit über den Durchschnitt aller Parlamentarier der Gegenwart hinaustragen.

Zum Parteitag in Bremen stellen die Genossen von Reichensbach-Neurode diese Anträge:

1. Die Parteiverammlung des Wahlkreises Reichensbach-Neurode beantragt: Die regelmäßigen deutschen Parteitage haben in Zwischenräumen von zwei Jahren stattzufinden.

Ausnahmsweise kann in dringenden Fällen durch gemeinsamen Beschluß des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ein Parteitag für einen kürzeren Termin einberufen werden.

2. Die Parteiverammlung verfährt sich abzulehnen zu den Dresdener Organisations-Anträgen in ihrer Gesamtheit, beantragt aber, den örtlichen Organisationen die Pflicht aufzuerlegen, mindestens 20 Prozent ihrer Beiträge an die Centralstelle der Partei abzuführen.

Aus den Organisationen. Der braunschweigische Landes-Parteitag beschloß, den Landesvorstand aufzuheben und die Führung der Parteigeschäfte dem Vorstande des Vereins in der Stadt Braunschweig zu übertragen. Ein Mitglied dieses Vorstandes wird vom Landes-Parteitage gewählt.

Der pommerische Landes-Parteitag beschloß, ein besonderes Landagitations-Blatt mit dem Titel „Der Pommer“ zu gründen. Die Zahl der politischen Organisierten in Pommern beträgt etwa 2500 bei 15 751 Gewerkschaftsmitgliedern und 56 353 socialdemokratischen Reichstagswählern.

Der 14. hannoversche Wahlkreis (Gelle-Gifhorn) beschloß die Gründung eines Central-Wahlvereins für den ganzen Kreis, der am 1. Januar 1905 in Thätigkeit treten soll, falls nicht die etwaigen Verhältnisse des Parteitages etwas andres notwendig machen. Die Zahl der politischen Organisierten im Kreise beträgt jetzt 417 bei 6096 socialdemokratischen Reichstagswählerstimmen.

Auch der 18. hannoversche Kreis (Stade-Bremervörde) beschloß sich mit der Ausgestaltung der Organisation. Für die Bildung eines gemeinsamen Vereins wurde der Kreis noch nicht als reif betrachtet. Man beschloß eine Organisation auf der Grundlage von Agitationsbezirken mit Bezirksführern. Der Kreis hat jetzt in den einzelnen Organisationen reichlich 400 Mitglieder bei 5664 socialdemokratischen Reichstagswählerstimmen.

Das Gedemerkte des zehnjährigen Bestehens der Socialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands ist teils am Freitag, teils Sonnabend oder Sonntag in vielen Städten des Landes unter starker Beteiligung gefeiert worden. Von ganz besonderer Bedeutung war die Feier in Amsterdam und in Utrecht, den beiden Städten, wo die Partei am ehesten festen Fuß gefaßt hat. In beiden Städten hatte man Genossen zu Festrednern bestellt, die ganz hervorragend am Werden und Wachsen der Partei mitgewirkt haben: in Utrecht den Genossen Troelstra, in Amsterdam den Genossen van der Goot. Hier in der Hauptstadt fand die Feier in dem schönen und großen Garten des „Lohuis“ statt. Es hatten sich ca. 2000 Festteilnehmer eingefunden. In Utrecht war der große Saal des „Tivoli“ voll von Männern und Frauen.

Die Festredner gedachten in ihren Ausführungen selbstverständlich auch des Umstandes, daß die Partei sich im Kampf mit dem Anarchismus entwickelt hat. Daran anknüpfend bemerkte Troelstra: „Der Anarchismus muß hinaus (aus der Arbeiterbewegung). So lange in der Gewerkschaftsbewegung ein Teil der Arbeiter sich gegen die Socialdemokratie gebrauchen läßt, können wir niemals einen großen Kampf gegen die Bourgeoisie führen, denn der Anarchismus ist die Schwindhucht, die Völlerei, der Untergang, die Zwitterkraft, der Ruin für jede Arbeiterbewegung.“

Ueber das Wachstum der Partei bemerkte der Redner unter anderem: „Auf ihrem ersten Kongreß 1895 zu Dventer zählte sie 19 Abteilungen; zu Dordrecht, auf dem letzten Kongreß, war ihre Zahl auf 150 gestiegen. Die Mitgliederzahl ist nicht besonders groß: 6000. Aber jeder kennt wohl die Mühseligkeiten, die mit der Mitgliedschaft verbunden sind. Gewachsen ist unser politischer Einfluß. Von je vier Arbeitern hat nur einer das Wahlrecht; und doch hatte im Jahre 1897 die Socialdemokratische Arbeiterpartei bereits 18 000 Wähler und 1901 schon 40 000.“

### Dollzeitliches, Gerichtliches usw.

Erfurt, 30. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Genosse Gemig, Redakteur der Erfurter „Tribüne“, wurde vom Landgericht wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt. Es handelt sich um die Notiz aus der Wiener „Zeit“, den Tod eines angeblichen Verwandten des Kaisers betreffend. Gemig war in dieser Sache schon einmal freigesprochen worden, das Reichsgericht hob jedoch auf die Revision des Staatsanwalts das Urteil auf mit der Begründung, daß noch geprüft werden müsse, ob nicht die Absicht der Beleidigung vorhanden war. Diese Absicht wurde nun als vorhanden bezeichnet und daher die Verurteilung.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Papier- und Ledergeräteeinzelarbeiter und Arbeiterinnen hat sich nun so weit entwickelt, daß ein teilweiser Streik unausbleiblich erscheint. Gestern abend tagte eine außerordentliche Versammlung dieser Branchen, in der der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle des Buchbinderverbandes E. Brückner über die Antworten der Arbeitgeber auf die vor acht Tagen eingereichten Forderungen berichtete. Ein Teil der Arbeitgeber hat die Forderungen ohne weiteres anerkannt, einige haben sie mit einigen Abänderungen anerkannt; mehrere Arbeitgeber haben aber überhaupt nicht oder abnehmend geantwortet. Es ist selbstverständlich, daß sich die Arbeiter hiermit nicht zufrieden geben können. Nach längerer Diskussion, in der die Verhältnisse der verschiedenen Werkstätten besprochen wurden, wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von den eingelaufenen Antworten der Prinzipale. Die Versammlung erhebt daraus, daß es wohl möglich ist, die geringen Forderungen anzuerkennen und durchzuführen. Umso mehr ist es bedauerlich, daß es eine Anzahl von Firmen nicht für notwendig hielt, Antwort zu geben. Die Versammlung beauftragt drei Kollegen von jeder Werkstätte, von der Antwort noch nicht eingegangen ist, nochmals vorstellig zu werden, um den Forderungen Geltung zu verschaffen und um Antwort an die Lohnkommission zu erlangen. Sollte eine befriedigende Antwort nicht gegeben werden, so erklären die Anwesenden, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen zu wollen, bis die Forderungen anerkannt sind. Die Verantwortung für diesen Schritt müssen wir den Fabrikanten überlassen.

Die Tarifkommission der Glaser hat die zur Vervollständigung des Streiks vereinbarten Bedingungen in Form eines Tarifvertrages festgelegt, wobei noch einige kleine Verbesserungen zu stande gekommen sind. Unter anderem ist auch bestimmt worden, daß ein halbes Jahr vor dem Ablauf des Tarifs darüber verhandelt werden soll, ob die Arbeitszeit auf 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden zu verkürzen und der Lohn auf 70 Pf. zu erhöhen ist. Ferner ist ein beiderseitiges Einverständnis erzielt worden über die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, der dem Centralverein für Arbeitsnachweise angegliedert wird. — Mit Rücksicht darauf, daß im Tarif gesagt wird, die Arbeitgeber legen keinen besonderen Wert auf Accordarbeit, beschloß eine Versammlung der Glaser, daß jede Accordarbeit zu verweigern ist. Ferner stimmte die Versammlung dem Vorschlage zu, daß Streikbrecher aus dem Verbandsauszuschließen sind.

Wächter, Gelanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen! In der Galanteriewaren-Fabrik von E. D. Madensen, Ritterstr. 47, haben unsere Kollegen heute die Arbeit niedergelegt. — Zugung ist streng fernzuhalten! Ortsverwaltung des deutschen Buchbinder-Verbandes.

### Deutsches Reich.

Die Mauererbewegung in Jork (New York) ist vorläufig beendet worden. Am 11. April wurden sämtliche Forster Mauerer ausgesperrt, weil sie sich eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen

nicht gefallen liehen: Die Mittagspause sollte von 1 Stunde auf 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden verlängert werden, dafür die 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> stündige Vesperpause ganz weggelassen. Die Mauerer wollten meist auf den Dörfern, kommen zum Teil erst abends 8 Uhr nach Hause und mühten also bei schwerer Arbeit sieben Stunden und länger ohne Nahrung verbringen. Wirklich war die Veränderung der Arbeitszeit nur ein Vorwand; die Organisation sollte geschwächt und von der Verfolgung der schon im Vorjahre angemeldeten Lohnforderungen abgehalten werden. Das ist nicht erreicht worden. Nach zweiwöchentlicher Aussperrung proklamirte die Mauerer den Streik und jetzt noch 20 Wochen sind von 208 Aussperrten nur 7 zu Streikbrechern geworden. 120 erhielten in Jork von sechs Unternehmern den Stundenlohn von 35 auf 40 Pf. erhöht, 128 fanden anwärts Arbeit zu durchweg erhöhten Löhnen. Nur 13 Mann blieben zuletzt im Streik; auch sie hätten Arbeit zu 40 Pf. Stundenlohn gefunden, waren aber für Kontrolle z. unentbehrlich. Der Streik stand also bis zuletzt glänzend, er wurde aber jetzt verlegt, damit beim Nachlassen der Konjunktur nicht Streikbrecher in größerer Zahl sich finden; es sollen vielmehr die anwärts arbeitenden 128 Verbände zurückgeholt werden. Auf das vor längerer Zeit gemachte Angebot der Unternehmer: 36 Pf. Stundenlohn sofort, 37 Pf. vom Frühjahr 1905 ab gingen die Streikenden nicht ein, weil sie sich sonst binden mühten, im nächsten Jahre keine neuen Forderungen zu stellen. Der Streik hat dem Mauererverband verhältnismäßig wenig gekostet. Für annähernd die Hälfte der Berufsgenossen wurden wesentliche Verbesserungen erzielt, die andere Hälfte hat außerhalb günstige Lohnbedingungen genossen — die Organisation der Arbeiter ist in der Lage, jederzeit wenn die Situation günstig ist, erneut loszuschlagen zu können. Geschädigt sind aber sehr schwer die Unternehmer, die nach einer Wiederholung des Krieges nicht gelassen wird. Der Streik hat den starren selbstherrlichen Sinn der Forster Unternehmer, die sich stets weigerten, den Mauererverband anzuerkennen, gebrochen.

Vom Centralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands erhalten wir folgende Zuschrift: In Nr. 203 vom 30. August 1904 Ihres geschätzten Blattes bringen Sie eine Notiz, wonach der Verein der arbeitswilligen Mauerer in Königsberg i. Pr. sich dem Verbands christlicher Mauerer angeschlossen haben soll. Wir erklären hiermit, daß ein Anschluß an unsern Verband nicht erfolgt ist und ersuchen Sie höflich, dieses richtig zu stellen. Achtungsvoll

Geschäftsstelle des Centralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Einen Lokutarif mit den Unternehmern haben die Zimmerer Krefelds abgeschlossen und zwar auf die Dauer von 3 Jahren, nämlich bis zum 31. Juli 1907. Die Löhne sind stufenweise festgesetzt, bis zum 31. Juli 1905 wird ein Stundenlohn von 50 Pf. bei zehnjähriger Arbeitszeit gezahlt, in dem darauf folgenden Jahre wird der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht, während im letzten Jahre 54 Pf. gezahlt werden. Für Ueberstunden und kompliziertere Arbeit wird ein Zuschlag von 10 Pf. gezahlt, wogegen für Nacht- und Sonntagarbeit eine Lohnerhöhung von 50 Proz. gewährt wird.

### Ausland.

#### Internationale Streiksituation.

Nicht nur keine Abnahme, sondern sogar noch eine weitere Steigerung der überaus lebhaften Streikbewegung haben in diesem Jahre die Sommermonate gebracht. Ziel schon die hohe Streikziffer im Juni auf, so war die Lebhaftigkeit der internationalen Streikbewegung im Juli, namentlich im Vergleich zum Vorjahre, geradezu außerordentlich. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika allein streikten weit mehr als 150 000 Arbeiter. Zunächst legten am 12. Juli die in den Betrieben der Fleischzucker-Beschäftigten die Arbeit nieder. Der Streik nahm alsbald eine solche Ausdehnung an, daß gegen den 25. Juli die Zahl der am Aufstande direkt und indirekt beteiligten Arbeiter auf annähernd 90 000 geschätzt wurde. Obwohl es am 21. Juli schien, als ob der Streik schon beigelegt wäre, setzte er am 22. vom neuem ein, da die Arbeitgeber entgegen dem getroffenen Abkommen sich weigerten, die Ausständigen wieder einzustellen. Ende Juli dauerte der Aufstand noch fort. Ein zweiter großer Streik begann gegen Ende des Monats Juli im Textilgewerbe. Die Fabrikanten im Fall Alder Bezirk hatten eine Lohnherabsetzung beschlossen, die am 25. Juli in Kraft treten sollte. Die Arbeiter erwiderten diesen Beschluß mit einem allgemeinen Ausstand, an dem sich circa 30 000 Arbeiter beteiligten. Außer diesen beiden großen Streiks waren aber auch noch sonst in vielen Städten und Staaten Arbeiter anderer Berufe, namentlich Bauarbeiter, ausständig. Nicht nur in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, sondern auch in einer Reihe europäischer Länder war die Streikbewegung im Juli außerordentlich lebhaft. In England beteiligten sich an fünfzehn Ausständen 11 501 Arbeiter gegen 4731 im Juni 1904 und 5132 Arbeiter im Juli 1903. In Glasgow fand ein großer Bauarbeiter-Streik statt, an dem 5500 Arbeiter teilnahmen. Der Streik wurde durch eine Herabsetzung des Stundenlohnes von 80<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 70<sup>1</sup>/<sub>2</sub> veranlaßt. Er begann am 1. Juli und war Ende des Monats noch nicht beigelegt. In Frankreich bildeten die Hafenplätze noch immer die Hauptherde der Streikbewegung. Außerdem waren die Bädereisen von Versailles, die Kellner in Bordeaux und die Uhrmacher in Cluses ausständig. Die Schweiz verzeichnete gleichfalls einige größere Lohnbewegungen. Beim Bau des Ricken-Tunnels legten 500 Personen die Arbeit nieder, da die geforderte Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 8 Stunden im Innern des Tunnels bei den bisherigen Löhnen nicht bewilligt wurde. In Chaug de Fonds streikten die Bauarbeiter, und in Wynenthal drohte ein großer Streik der Textilarbeiter. In Italien begannen während des Juli im ganzen 38 Streiks. Für 35 von diesen betrug die Zahl der Beteiligten 5270. In verschiedenen Orten, vor allem aber in Venedig und Rom, streikten die Bäcker. Die Militärbehörden haben in beiden Städten Feldbäckereien zur Verfügung gestellt, um die Bevölkerung mit Brot zu versorgen. Endlich waren auch noch in den nordischen Ländern die Konflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern ziemlich zahlreich und heftig. In Stockholm kam es aus Anlaß eines Streiks der Bauhilfsarbeiter und Zimmerleute zu einer allgemeinen Aussperrung, von der etwa 4000 Bauarbeiter betroffen wurden. Auch in der Landwirtschaft kamen Ausstände vor; unter anderem streikten auch die Kellnerinnen auf einem größeren Gute.

#### Die Republik und der Klassenkampf.

Bei dem kürzlichen Truppenausgebot zur Niederwerfung des Streiks in Chaug-de-Fonds in der sogenannten „freien“ Schweiz weigerte sich der Genosse Paul Sandoz einzuklinken; er wird demnächst vor dem Kriegsgericht zu erscheinen haben. Natürlich wird Sandoz zu Gefängnis und Ehrverlust verurteilt werden. — Die Zahl der „Erfroren“, die wegen militärischer Gehorhamsverweigerung verurteilt werden, wächst in der Schweiz beständig.

Walerfreis in Dänemark. In den Städten Odense, Aage, Maribo, Raskov und Nyhøbing auf Falster streikten die Mauerer bereits seit längerer Zeit, um eine bessere Regelung der Löhne herbeizuführen. Zweck Vervollständigung der Streiktheorien haben nun dieser Tage Verhandlungen zwischen Vertretern der Mauerer- und der Gehilfenorganisation des Mauererwesens stattgefunden, an denen auch die Ausschüsse der Hauptorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter Dänemarks teilnahmen. Einigung ist noch nicht erzielt worden, doch soll weiter verhandelt werden.

Der Import dänischer und russisch-polnischer Landarbeiter nach Schweden wird jetzt mit außerordentlichem Eifer, aber nicht immer mit anständigen Mitteln betrieben. So wurden z. B. kürzlich in Wafschauer Zeitungen russische Landwirte gesucht. Auf Grund dieser Annoncen meldeten sich auch mehrere Handlungsgehilfen, die sich

durch Annahme der Stellen dem Kriegsdienste entziehen wollten. Als sie aber, in Schonen angekommen, vom Streik der Landarbeiter unterrichtet wurden, weigerten sie sich konsequent, die Arbeit aufzunehmen. Es sollen auch einige ausgesprochene Socialdemokraten unter ihnen sein. — Wie wir bereits mitteilen, sind am Sonntag 22 galizische und deutsche Arbeiter auf Kosten der schwedischen Landarbeiter-Organisation heimgeschickt worden. Sie waren angeführt von der „Ausgangs-Gesellschaft“ („Utsädesbolaget“) in Svälöv. Der Direktor der Gesellschaft soll vor Gut betreten haben, als er hörte, daß seine Streikbrecher ihn verlassen wollten. Er setzte folgendes Schriftstück in deutscher Sprache auf:

Wenn Lottleben heute oder morgen einige oder alle von den von hier abgefahrenen ausländischen Arbeitern mit nach Svälöv bringt, werde ich nach beendeter Herbstarbeit als Rückreisegeld statt der früher versprochenen 24 Mark, 50 Mark für jeden Arbeiter zahlen.

Svälöv, den 21. August 1904.

E. Ölin,

Direktor der Allgemeinen Schwedischen Saatattügelgesellschaft.

Es half ihm aber nichts, die Leute waren fort auf Rimmerwiedersehn. Anstre Parteigenossen in Ralmö hatten später ein Gespräch mit diesen Arbeitern und dabei erfährt man, wie sie von den Arbeitgebern instruiert worden waren. Die meisten waren mit scharf geladenen sechs-läufigen Revolvern ausgestattet worden und man hatte ihnen gesagt, daß sie strafflos bleiben würden, wenn sie auf streikende schwedische Arbeiter schießen würden. Auch mit dem schwedischen Jagdgesetz hatte sie der Direktor gleich bei ihrer Ankunft bekannt gemacht. Sie warteten einen der schwedischen Agitatoren, sie nicht in Gegenwart von Zeugen anzusprechen, weil das ihm sonst leicht zwei Jahre Strafarbeit kosten könnte. Uebrigens waren es meist ganz verarmte Leute in arg zerissenen Kleidern und Schuhen. Anstre Malmöer Parteigenossen schafften erst die nötigen Kleidungsstücke und Schuhzeug herbei, um sie einigermaßen reisefähig auszustatten. Bei Abfahrt des Dampfschiffes waren die Streikbrecher-Agenten zugegen und suchten die Leute zu überreden, von Kopenhagen wieder nach Svälöv zurückzukehren. Aber vergebens. Zwei Vertreter der schwedischen Landarbeiter begleiteten sie bis nach Låböd.

Kein Generalfreistreich der südschwedischen Landarbeiter. Die Urabstimmung im Schwedischen Landarbeiter-Verbande ist so ausgefallen, daß zur Zeit ein allgemeiner Streik nicht für nötig erachtet wird. Nur eine der Abteilungen des Verbandes hat sich für einen solchen Streik erklärt.

Die Steinhauser-Aussperrung in Bohuslän dauert jetzt bereits vier Monate. Sie erstreckt sich auf ungefähr 1000 Mann. An 10 000 Kronen werden wöchentlich für Unterhaltung der Aussperrten ausgegeben. Alle Vermittlungsversuche, sowohl die der Arbeiter selbst, als auch die des Landeshauptmanns in Göteborg, sind erfolglos geblieben. Dementsprechend wird auch die von den Arbeitern über die Verladepflege verhängte Sperre aufrechterhalten. Streikbrecher sind nur wenige vorhanden.

Der Streik von Marseille. Daß die großen Reederei von Marseille die jetzige Aussperrung von langer Hand vorbereitet haben, geht deutlich hervor aus einer Unterredung, welche der Präsident des Syndikats der Reederei mit einer Delegation der Schiffsoffiziere gehabt hat. Die Offiziere und die Schiffmechaniker sind diejenigen, welche durch ihren Ausstand den Konflikt wieder zuspitzten; gegen sie mühten die Reederei am ausgebrachtesten sein, wenn der Ausstand nicht mit deren Zustimmung vor sich gegangen wäre. Auch haben die Offiziere keinerlei Beschwerden erhoben und Forderungen gestellt. Der Präsident der Reederei-Vereinigung äußerte sich dahin, daß die Unternehmer die Entschlüsse der Regierung abwarten würden, die jetzige Situation könne daher bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments andauern. — Die Arbeiter dagegen haben einen Beschluß gefaßt, der von neuem ihre Friedensliebe bezeugt. Sämtliche Gewerkschaften von Marseille waren nach der Arbeitsruhe berufen, um über den Generalfreistreich zu beraten. Die Führer der Hafenarbeiter und der Seeleute rieten von der Erklärung des Generalfreistreichs durch die andren Berufe ab und trotzdem verschiedene Reedner für den Generalfreistreich eintraten, wurde demgemäß beschlossen. — Die Organisation der Hafenarbeiter zählt jetzt 11 000 Mitglieder, sie verfügt über ein Vermögen von 60 000 Frank. Die durch Verhaftung, beziehentlich Beurteilung wegen Vergehens gegen die Freiheit der Arbeit betroffenen Mitglieder sollen aus der Kasse der Organisation unterstützt werden. — Die durch den Telegraph gemeldete Mitteilung, daß der Handelsminister den Unternehmern von Marseille aufgegeben hat, den Kohlenverkehr wieder aufzunehmen, bestätigt sich. Inzwischen sind 15 Schiffahrtsgesellschaften in Marseille vorhanden, welche für die Beförderung der Post staatliche Subventionen, beziehentlich Vergütung erhalten. Die zwischen der Regierung und den betreffenden Gesellschaften abgeschlossenen Verträge setzen fest, daß letztere gehalten sind, die Schiffe pünktlich auslaufen zu lassen. Von dieser Verpflichtung sind sie nur befreit im Fall eines Krieges oder wenn „höhere Gewalt“ sie daran verhindern. Für jede Stunde, welche die Schiffe später auslaufen, sind 50 Fr. Strafe, von der sechsten Stunde ab 100 Fr. Strafe für jede Stunde zu zahlen. Verpätet sich die Abfahrt des Schiffes um 24 Stunden, dann wird die Beförderung der Post seitens der Regierung aber auf Kosten der betreffenden Gesellschaft bewirkt. In solchem Falle haben die Gesellschaften ihre Strafe und eine besondere Entschädigung zu zahlen und der Kontrakt mit der Regierung ist aufgehoben. Dies hat der Handelsminister in seinen Schreiben den Gesellschaften in Erinnerung gebracht. Krieg und höhere Gewalt liegen nicht vor und es wird sich nun zeigen, wie die Regierung sich zu den großen kapitalistischen Schiffahrtsgesellschaften stellen wird.

## Gerichts-Zeitung.

Eine Mahnung zur Vorsicht bei der Abgabe eidesstattlicher Versicherungen enthielt eine Anklage, die gestern den Buchhalter Wilhelm Wedel vor die erste Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte war in einem Waugeschäft thätig, welches von zwei Gesellschaftern — Vater und Sohn — geführt wurde, während nach dem Gesellschaftsvertrage der Vater allein die Vollmacht hatte, die Firma nach außen hin zu vertreten. Zwischen Vater und Sohn kam es zu argen Zwistigkeiten, die dahin führten, daß der Sohn gegen den Vater klagbar wurde. Er behauptete, daß der Vater hinter seinem Rücken das fast einzige Wertobjekt der Gesellschaft, ein Haus in der Dautenstraße, verkauft bezw. gegen ein andres minderwertiges Grundstück vertauscht und ihn dadurch empfindlich geschädigt habe. Mit der Klage war gleichzeitig der Antrag verbunden, zur Abwendung weiteren Schadens durch Erlass einer einstweiligen Verfügung dem Vater die Vollmacht zu entziehen. Zur Begründung dieses Antrages war die Beifügung einer eidesstattlichen Versicherung bezüglich der Sachlage nötig und diese erlangte der Sohn auf seine Bitten vom Angeklagten. Dieser gab eine längere eidesstattliche Versicherung ab, wobei er unvorsichtigerweise unterließ, zu betonen, daß einzelne darin enthaltene Daten nicht auf seiner eignen Kenntnis, sondern auf Mitteilungen beruhten, die er gelegentlich von dem Verklagten selbst erhalten hatte oder erhalten zu haben glaubte. Es hat sich später herausgestellt, daß zwei thatfächliche Angaben, die übrigens für den Gang des Prozesses ganz bedeutungslos waren, nicht der Wahrheit entsprachen und infolge dessen wurde gegen A. die Anklage wegen fahrlässiger Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung erhoben. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung, da er mit dem Verteidiger Justizrat Senff der Meinung war, daß bei solchen Akten oft sehr gebildete Menschen geneigt sind, Schlussfolgerungen, Annahmen und Mitteilungen von dritter Seite als Thatfachen hinzustellen.

Ein rabiatler Mensch ist der Friseur Otto Hoffmann, ein unfreiwilliger Bewohner des Arbeiterhauses, der gestern dem Schöffengericht vorgeführt wurde, um sich wegen Widerstandes gegen die gerichtliche Vorgeführung zu verantworten, um sie wegen Widerstandes gegen die

Zeit aus Kummelsburg dem Schöffengericht vorgeführt, um wegen eines kleinen Vergehens abgeurteilt zu werden. Als er nach beendigter Verhandlung von seinem Transporteur wieder zurückgebracht werden sollte, suchte er eine Bedürfnisanstalt auf und machte den Versuch zu entfliehen. Der Versuch mißlang, denn der Pflichtling wurde unter Mitwirkung eines zufällig des Wegs kommenden Gendarmen bald wieder festgenommen. Er widersetzte sich seinem Rücktransport nach Kummelsburg ganz energisch, indem er heftig um sich schlug und überhäufte den Gendarmen und seinen Transporteur mit den größten Schimpfwörtern. Der Vorfall zog ihm eine Anklage wegen Widerstandes und Beleidigung zu. In dem vor einiger Zeit vor dem Schöffengericht anstehenden Termin betrug sich der Angeklagte so ungebührlich, daß eine Verhandlung mit ihm nicht möglich war. Anier andern ergriff er plötzlich einen Stuhl und warf ihn über die Brüstung nach dem Zeugen, der zu seinen Ungunsten aussagte. Der Termin mußte unter diesen Umständen aufgehoben werden, das Gericht verhängte über den Angeklagten wegen dieser Lärmene eine sofort vollstreckbare Ordnungstrafe von drei Tagen Haft. Inzwischen hat sich die Kriegslust des Angeklagten merklich gelegt. In dem gestrigen Termin kam es zu keinen erneuten Ausschreitungen, der Angeklagte war vielmehr ganz friedlich gestimmt und gab seine Verfehlung ohne weiteres zu. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Handbied von besonderer Beharrlichkeit stand in der Person des Schlossers P. Pantel vor der siebenten Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Die Mutter des Angeklagten wohnt in einem Hause der Seestraße. Ein Bewohner dieses Hauses wurde dreimal kurz hintereinander durch Einbruchsdiebstahl geschädigt; das erste Mal war ihm ein Ring im Werte von 60 M., das zweite Mal eine silberne Remontoiruhr, das dritte Mal waren zwei Juweliermarkstücke entwendet worden. Es wurde ermittelt, daß alle drei Einbrüche von dem Angeklagten ausgeführt worden waren, der auf diese Weise sein ganz besonderes Interesse für den Mißbewohner an den Tag gelegt hat. Der Gerichtshof verurteilte den bisher unbescholtenen Menschen zu fünf Monaten Gefängnis.

## Verfassungen.

Bericht vom Ansterdamer Kongress erstatteten die Genossen Kater und Friedeberg als Delegierte der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften in einer von etwa 1000—1200 Personen besuchten Versammlung, die am Montag in Kellers Saal tagte. Kater gab einen allgemeinen Ueberblick über die Arbeiten des Kongresses und schilderte einige Jüge aus den Verhandlungen der deutschen Delegation über die Reisezeit. Außer der Resolution der Versammlung vom 3. August habe eine Resolution des Parteivorstandes vorgelegen, die sich mit der in der Berliner Parteiversammlung im Febr. d. J. angenommenen deckte, und eine dritte von der Generalkommission eingebrachten Resolution. Die letztere habe gefordert, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai fortfallen solle und die Demonstration nur am Abend des 1. Mai stattfinden solle. Robert Schmidt, der diese Resolution begründete, habe ausgeführt, die von der Generalkommission vertretenen Gewerkschaften hielten es für ihre Pflicht, sich bei allen Veranstaltungen, die größere Ausgaben mit sich bringen, zu fragen, ob der Erfolg auch den Aufwendungen entpreche. Jeder Pfennig, den die Gewerkschaften ausgeben, müsse hundertfältige Hinsen tragen, es müsse überhaupt alles vermieden werden, was zu größeren Konflikten mit den Unternehmern führen könne. Im Laufe der Verhandlungen in der Delegation sei von gewerkschaftlicher Seite gesagt worden: Man möge hier beschließen, was man wolle, der nächste deutsche Gewerkschafts-Kongress werde unbekümmert darum seine eignen Beschlüsse fassen. Den von gewerkschaftlicher Seite erhobenen Einwänden, daß die Mai-Aussperrungen den Gewerkschaften zu viel kosten, sei ein Vertreter des Parteivorstandes mit der Bemerkung entgegen getreten: Wenn es gar so schlimm werden sollte, dann sei ja die Parteikasse auch noch da. Schließlich sei die Resolution des Parteivorstandes angenommen worden. In der Kommissionsberatung über die deutsche Mai-Resolution hätten die Engländer gegen den Passus gesprochen, der die Arbeitsruhe nur für den Fall beschränkt, wo die Interessen der Arbeiter nicht geschädigt werden. Wenn die Resolution diese Einschränkung mache — sagten die Engländer — sei an eine Durchführung der Arbeitsruhe in England nicht zu denken. Daraus hätten die deutschen Kommissionsmitglieder den betreffenden Passus zurückgezogen. Als das die Vertreter der Gewerkschaften hörten, wären sie dagegen aufgetreten und sie hätten dann auch durchgesetzt, daß die deutschen Kommissionsmitglieder den Passus in der Resolution wieder herstellten. Die Vertreter der Generalkommission und die Berliner Vertreter der gewerkschaftlichen Verbände seien alle gegen die Arbeitsruhe aufgetreten. Andre Gewerkschaftsvertreter, namentlich Frau Zieh aus Hamburg und Simon, der Vorsitzende des Schuhmacher-Verbandes, hätten sich jedoch sehr scharf gegen diesen Standpunkt ausgesprochen.

Friedeberg sprach über die Kongressbeschlüsse zur internationalen Taktik und zum Generalfreistreich. Der Taktik-Beschluß sei nur ein Scheinerfolg des Radikalismus. Wie in Dresden, so habe auch in Amsterdam die überragende Persönlichkeit Wobels gefehlt, aber die von ihm vertretene Sache: der radikale Sozialismus, habe nur einen Scheinerfolg davon getragen, denn die Revisionisten würden doch nach wie vor ihre eignen Wege gehen, unbekümmert um den Beschluß des Kongresses. — Mit der Stellungnahme des Kongresses zum Generalfreistreich erklärte sich der Redner zufrieden. Die von ihm und seinen Freunden vertretene Anschauung habe nicht Schiffbruch gelitten. Es sei ein bedeutender Fortschritt, daß die Frage des Generalfreistreichs eingehend untersucht wurde, und daß auch die deutschen Genossen dazu Stellung nehmen mußten. Es sei ein Fortschritt, daß die Amsterdamer Resolution den politischen Massenstreik zur Abwehr reaktionärer Angriffe billige, und es sei anzuerkennen, daß die Holländerin Frau Holt erklärte, wenn der Klassenkampf sich verschärft, kann der Generalfreistreich vielleicht das einzige politische Kampfmittel sein. Daß die angenommene Resolution der Holländer den Gegensatz zwischen Anarchisten und Sozialisten vertieft, sei nicht zu billigen. Wir müssen Ansehen suchen nicht nach rechts, sondern nach links, mit denen, die gleich uns auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Nicht daß wir Anarchisten werden sollen, aber wir müssen die freiheitlichen Elemente, die Klassenkämpfer aus den Reihen der Anarchisten, zu uns herüberziehen. Der Redner sagte zum Schluß, er und seine Freunde würden festhalten an dem, was sie in der Versammlung am 3. August beschlossen. Wenn man auch im sechsten Wahlkreise diese Beschlüsse als Ausgeburt der Hundstagsdämme (Rufe: Freil!) bezeichnet habe. (Beifall.)

Der erste Diskussionsredner, Regge, vertrat in langer Rede den Standpunkt Friedebergs, er wandle sich gegen die vom „Vorwärts“ an diesem Standpunkt geübte Kritik, sowie gegen das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission, welches die Versammlung vom 3. August als totalistisch-anarchistische Verbrüderung bezeichnet habe.

Theodor Fischer führte aus, er sei gewohnt, daß alles bekräftigt werde, was von der durch ihn vertretenen gewerkschaftlichen Richtung kommt. Aber das sei man noch nicht gewohnt, daß auch in den Wahlvereinsversammlungen in solcher Weise Stellung genommen werde, wie es anlässlich der Friedebergischen Äußerungen geschehen sei. Der Birnau-Artikel des „Vorwärts“ habe die Genossen so verwirrt, daß sie ganz aus dem Häuschen geraten sind und, aufgebracht durch das Wort Generalfreistreich, den Genossen Friedeberg verurteilen, ohne seine Ausführungen recht gelesen zu haben. Wenn auch Friedeberg entsezt sei, indem er sagte: Wir meinen dem Wahlrecht keine Träne nach — eine Ansicht, die Redner nicht billigt —, so liege doch keine Veranlassung vor, die Frage des Generalfreistreichs so abzuhandeln, wie es in Parteitreifen geschehen sei. Was die Versammlung am 3. August beschlossen, werde durchgeführt werden.

Die Ausführungen der nachfolgenden Redner waren in der Hauptsache zustimmende Kundgebungen zu dem Standpunkt des Genossen Friedebergs. Von mehreren Seiten, namentlich von dem Genossen Wobels und Dannenberg, die dem sechsten Wahlkreise angehören, wurde die Kritik, welche Lebedour in der Versammlung des sechsten Wahlkreises den Ausführungen

Friedebergs zu teil werden ließ, scharf verurteilt. Dannenberg sagte, Lebedour habe die Genossen beschimpft, indem er ihren Beschluß als Folge der Hundstagsdämme hinstellte. In der nächsten Generalversammlung des Wahlvereins werde man den „erblichen Abgeordneten des sechsten Wahlkreises“ wegen dieser Beschimpfung zur Rechenenschaft ziehen. (Beifall.)

Als um 1/1 Uhr die Diskussion geschlossen wurde, hatte sich etwa die Hälfte der Versammlungsbesucher nach und nach entfernt. Die Zurückgebliebenen beschlossen folgende Resolution:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis vom Bericht der Delegierten und verspricht, auf dem Boden des Programms der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, welches dem Amsterdamer Kongress unterbreitet wurde, unentwegt für die geistige und physische Befreiung der Arbeiterklasse thätig zu sein.“

Berichtigung. In dem gestrigen Bericht über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins Teltow-Beesfow ist irrtümlich angegeben, daß 24 Delegierte anwesend waren. Es muß heißen: 74. — Dann ist der Antrag Brunwald auf proportionale Regelung der Vertretung in der Agitationskommission nicht abgelehnt, sondern vor der Abstimmung zurückgezogen worden.

## Vermischtes.

Fortsschritte im Mandarinensaat. Ueber die Vermutung der Parteifälle hat die Staatsbahnverwaltung neue Bestimmungen erlassen. Danach darf der Zutritt zu den Partefällen erster und zweiter Klasse auch denjenigen Reisenden dritter Klasse nicht verweigert werden, die weder durch ihre Kleidung noch durch Benehmen Anstoß erregen. Im Fall einer Ueberfüllung der Partefälle zweiter Klasse werden Reisende dritter Klasse nicht mehr zugelassen. Den Reisenden steht, wie in den neueren Bestimmungen festgesetzt wird, nicht das Recht zu, die Entzerrung der Reisenden dritter Klasse aus den Partefällen zweiter Klasse zu fordern. Haben Personen den Partefallen dritter Klasse nicht hineingehört, so hat der Bahnhofsvorstand über ihren Verbleib zu befinden und namentlich diejenigen Personen auszuweisen, die aus diesem oder jenem Grunde die übrigen Reisenden voraussichtlich belästigen würden. Verurteilten Personen soll der Zutritt zu den Bahnhof-Partefällen stets verweigert werden.

Eine Kurpfuscherei-Ausstellung soll im Anschluß an die Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Breslau im Ausstellungssaal (Zwingerstr. 14. früheres Valet-Postgebäude) vom 19. bis 24. September eingerichtet werden; sie soll einen Einblick in das Wesen des Kurpfuschertums bieten. Voraussichtlich am 22. September früh 9 Uhr wird eine Erläuterung der Ausstellung durch Dr. Karl Alexander gegeben werden. Weiterhin haben Dr. C. Reihig (Hamburg), H. Kantor, Leiter des „Gesundheitslehres“ (Warnsdorf) und Oberlehrer Dr. Neumann (Bromberg) Vorträge über das Kurpfuschertum angekündigt. Öffentlich beschränkt das Ausstellungsprogramm sich auf den Kampf gegen das wirkliche Kurpfuschertum und hält sich von den Geschmackslosigkeiten fern, mit denen vor einigen Jahren die preussische Kunstmedizin gegen etliche Aerztinnen vorging. Diese wurden vom ärztlichen Vandalentum deshalb als Kurpfuscherinnen benannt, weil sie, da die deutschen Universitäten ihnen verschlossen blieben, notgedrungen in der Schweiz studieren mußten. Sie hatten dort zwar nicht weniger gelernt als in Deutschland der Durchschnitt ihrer männlichen Kollegen; aber der Vrotneid bewarf sie trotz alledem mit dem häßlichen Schimpfnamen.

Auf dem Reichenstein bei Jöhnsbach ist, wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ meldet, ein in der Arbeiterkassette Wiens bekannter Parteigenosse, der Tischler Julius Weber, am Sonntag tödlich abgestürzt. Schon als ganz junger Tischlergehilfe stand Weber in der Arbeiterbewegung. Er war mehrere Jahre Schriftführer der Tischlergewerkschaft und des Arbeiter-Bildungsvereins in Mariahilf; Beamter der Tischlerkassette war er seit 1894. Seit etwa zehn Jahren war er leidenschaftlicher Tourist und er gehörte zu den ersten Mitgliedern der „Naturfreunde“.

Ueber ein großes Fährnengunglück wird aus Lodz folgendes gemeldet: An einer Ueberleitungsstelle des Flusses Kamie bei Ustkosoy liefen sich gegen 100 Personen auf das andre Ufer über. Der Lenker weigerte sich, mehr als 50 Personen auf einmal aufzunehmen, wurde aber dazu gezwungen. In der Mitte des Flusses sank die Fähre. Dreißig Personen wurden gerettet, fünfzig fanden in den Fluten den Tod.

Schwere Ausschreitungen eines Marinefeldaten werden einem hiesigen Blatte aus Köln berichtet. Ein Marinefeldat, der dort eine längere Festungshaft verbüßt hatte, griff den ihn zur Bahn führenden Unteroffizier plötzlich an und mißhandelte ihn sehr, ein Fuß-artillerist, zwei Zivilpersonen sowie zwei Schulleute, die sich ins Mittel legten, erhielten gleichfalls von dem sich wie wild gebarenden Soldaten schwere Verwundungen. Schließlich gelang es dem Polizeiaufgebot, den Rasenden zu überwinden und durch Militärpatrouillen ins Militärgefängnis abzuführen.

In dem belgischen Seebade Knocke brach gestern früh in dem Grand Hotel Feuer aus, durch welches dieses sowie mehrere Landhäuser und benachbarte Hotels zerstört wurden, da es an Löschmannschaften fehlte und solche erst aus den benachbarten Städten herbeigezogen werden mußten.

## Briefkasten der Redaktion.

Stargard. Diese anonyme Mitteilung nützt uns gar nichts. Warum nennen Sie uns nicht Ihren Namen?

Warenhaus Rixdorf. Anonyme Mitteilungen beachten wir nicht.

### Juristischer Teil.

B. R. 15. Zum Ehefähigkeitsnachweis braucht der oder die Beklagte nicht zu erscheinen. Erscheint der Antragsteller nicht, so gilt der Antrag als nicht gestellt. Vertretungen im Ehesachen sind unstatthaft. Ihre zweite Frage ist unverständlich. — R. R. 1. 1. Felder ja. 2. Rein. — Belehrung. Das Urteil wäre noch jetzt vollstreckbar. Sollte das Urteil zu Unrecht ergangen oder gar die Klage, wie Sie behaupten, Ihnen nicht angegangen sein, so müssen Sie schleunigst Einspruch erheben und auf Einstellung der Zwangsvollstreckung klagen. Wie das Sachverhältnis liegt, ersehen Sie aus der Gerichtsurkunde. — R. R. 60. Da Ihr Vater noch nicht 40 Jahre alt ist, würde er, abgesehen von der Strafe, der Ferienlokation eingereicht werden. — R. 58. Das ist möglich, aber unwahrscheinlich. — R. R. Ja. — J. P. 11. Ist Ihr Vater im September 1834 geboren, so sind zwischen 543 und 547 Marken erforderlich, um Alleverente zu erhalten. Sollte diese Zahl noch nicht erreicht sein, so muß Ihr Vater schleunigst nachsehen. Außerdem müssen Sie darauf achten, daß Ihr Vater nach seinem Auscheiden aus der Arbeit mindestens 40 Marken für je zwei Jahre geleistet werden. Sonst geht der Anspruch verloren. 2. Unklarheit schießt nicht ohne weiteres den Bezug einer Alleverente oder einer Invalidenrente aus. Das Rechtsverhältnis ist vielmehr folgendes: so lange und so weit die Unklarheit unter Hinzurechnung der Invaliden- und Alleverente den 7/4fachen Grundbetrag der Invalidenrente übersteigt, ruht die Alters- oder Invalidenrente. Der 7/4fache Grundbetrag beträgt, falls der Verheiratete in der I. Lohnklasse verheiratet ist, 450, in der II. 525, in der III. 600, in der IV. 675, in der V. 750 Mark. Wie hoch die Alleverente Ihres Vaters ist, läßt sich nur dann berechnen, wenn Sie die Zahl und Art der Marken angeben. Jedenfalls beträgt sie mindestens 110, höchstens 230 M. Ihrem Vater ist daher nichts von der Rente abzugeben. — W. 2. Hindernis für. Rein. — R. R. 100. 1. Die von Ihnen angeführte Nebenbeweisung kann als Beleidigung erachtet werden. Es ist unmöglich, voranzusagen, ob das durch das Urteil letzter Instanz geschehen wird. Es giebt keine Nebenbeweisung, die unter allen Umständen als Beleidigung angesehen werden muß. Ebenso wenig läßt sich sagen, ob bestimmte Nebenbeweisungen nicht als Beleidigung zu erachten sind. Neben dem Wortlaut und Sinn kommen die begleitenden Umstände in Betracht, deren Würdigung sehr verschieden ausfallen kann. 2. Wohnen Beleidiger und Beleidigte in derselben Gemeinde, so muß der (sein Amtsgewalt ausübenden) Beleidigungsflagge ein Sühneverfahren beim Schlichter voranzugehen. — Dresf. S. T. 100. Rein. — S. P. 11. 1. Die Bureauzeit ist maßgebend. 2. Das ist möglich. 3. Rein. — S. W. 999. 1. Ihre Mutter wird von Ihnen, Ihrem Vetter und Ihrem Vater beerbt. 2. Der Vater wird von seinen Kindern und Kindeskindern beerbt. 3. Ob ein Testament unglücklich oder angreifbar ist, läßt sich ohne Kenntnis seines Inhalts und seiner Form nicht sagen. 4. Das Unterkind hat Anspruch auf den Pfändel. — S. Wäcker. Rein

Der Streik und die Aussperrung der Formner und Gießerei-Arbeiter ist beendet!

Die Einigung zwischen den Formnern und Gießereibesitzern ist nach mehrmaligen Verhandlungen gestern zu Stande gekommen, und zwar auf einer Grundlage, die, um es vorweg zu sagen, einen schönen moralischen Erfolg des Metallarbeiter-Verbandes darstellt. Nach den bisherigen Erfahrungen, die der Metallarbeiter-Verband mit den Röhrenmännern gemacht hat, war bei Beginn der Aussperrung als nur zu wahrscheinlich anzunehmen, daß der Kampf sich ins Riesengroße ausweiten und äußerst langwierig werden würde. Darauf hatten sich nicht nur die Berliner Formner, sondern die Metallarbeiter von ganz Deutschland gefaßt gemacht und danach ihre Maßnahmen getroffen. Alles war bereit zu einem Kampf bis aufs Äußerste. Kein Metallarbeiter hätte es mehr über sich zu bringen vermocht, die in der äußerst leichtfertigen Formneraussperrung liegende Provokation länger schweigend hinzunehmen. Lediglich von dem weiteren Verhalten der Röhrenmänner hing es ab, ob ein Miesenkampf entbrennen würde, der von ganz unabsehbaren Folgen gewesen wäre und möglicherweise die gesamte deutsche Metallindustrie in ihren Grundlagen erschüttert hätte. Es ist nicht zu diesem großen Kampfe gekommen — glücklicherweise nicht. Jedemfalls haben die Röhrenmänner eingesehen, daß sie die ungeheure Verantwortung, die ihnen ein solcher Miesenkampf auf die Schultern wälzte, nicht zu tragen vermochten. Das niederdrückende Bewußtsein der alleinigen und ausschließlichen Schuld an dem Kampfe, den sie um einer so geringfügigen Ursache willen vom Jarme brachen, hat sie zum Einlenken bewogen und sie veranlaßt, die Sache nicht auf die äußerste Spitze zu treiben. Das rechtzeitige Gegenkommen der Röhrenmänner einerseits, sowie das lang abwägende Verhalten des Metallarbeiter-Verbandes andererseits haben die Eisenindustrie im letzten Augenblick noch vor einer folgenschweren Erschütterung bewahrt, die sicher für beide Teile von außerordentlicher Wirkung gewesen wäre.

Neben dem Resultat der Verhandlungen ersichtete gestern in einer stark besuchten Versammlung der Formner und Gießerei-Arbeiter das Kommissionsmitglied Jernicke Bericht. An der Versammlung nahmen außerdem teil der Reichstags-Abgeordnete Köster als ehemaliger Formner und Leiter der Berliner Gewerkschaftskommission, der zweite Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes Reichelt aus Stuttgart, die beiden Bevollmächtigten der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes Cohen und Wienthal, die Branchenführer V. Müller und Rath sowie die übrigen Mitglieder der Agitationskommission der Formner und Berufsangehörigen. Jernicke hob hervor, daß die gegenseitigen Verhandlungen trotz der mitunter sehr weitgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern durchaus sachlich geführt wurden. In der Montagsitzung sei es nochmals zu einer regen Aussprache über die Punkte 2, 6 und 13 der ursprünglichen Forderungen gekommen, die von der Entschädigung für Arbeitszeit bei Betriebsstörungen, der willkürlichen Verteilung der Arbeit seitens der Meister und der Einsetzung einer paritätischen Schlichtungskommission handelten. Schließlich wurde zwischen den beiderseitigen Kommissionen namens der von ihnen vertretenen Parteien folgende Vereinbarung getroffen:

- 1. Die Betriebsrichtungen sind derart zu treffen, daß in der Regel des Abends pünktlich zu der in der Arbeitsordnung angegebenen Stunde Feierabend ist.
2. Die Zeit, welche der Formner wegen Störung der Betriebsrichtung die Arbeit aussetzen muß, wird, wenn es mehr wie eine Stunde ist, zu einem Lohnsatz vergütet, der seinem letzten vierwöchentlichen Durchschnittslohn entspricht. Auf diese Vergütung hat er jedoch nur dann Anspruch, wenn er der Betriebsleitung von dem Ausfall, den er erleidet, vor Ablauf der ersten Stunde Kenntnis gegeben und diese auf seine Anzeige entschieden hat, daß er nicht antreten will.
3. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Formnern und der Gießereileitung über Ausschüttungen soll entweder der Meister oder der Direktor oder eine Kommission von zwei Ingenieuren aus andern Abteilungen entscheiden. Auf Vorschlag der beteiligten Formner müssen auch bis zu zwei andre Formner gehört werden. Die Klage beim Gewerbegericht soll kein Grund sein, den Formner von der Benutzung der Nachtweilstelle und von Einstellung bei Verbandsfirmen auszuschließen.
4. Ausschüttungen müssen, bevor sie befristet werden, dem betreffenden Formner zur Prüfung vorgelegt werden.
5. Der Preis muß, bevor die Arbeit begonnen wird, mit dem Formner vereinbart werden.
6. Zur Bedienung der Kräne, zur Instandhaltung der Trockenkammern und zur Aufräumung der Gießerei sind genügende Hilfskräfte anzustellen.
7. Die Firmen versprechen, für eine möglichst gerechte Verteilung der Arbeit Sorge zu tragen.
8. Es sollen genügend Wascheinrichtungen und ausreichend Kleiderbürste vorhanden sein.
9. Die Formner können bei rechtzeitiger Anmeldung bei der Fabrikleitung vorstellt werden. Die Entlassung von Kommissionsmitgliedern soll nur mit Wissen der Fabrikleitung erfolgen können.
10. Alle Streitenden lehren, soweit Arbeit vorhanden ist, an ihre Arbeit zurück, bevor neue Arbeiter eingestellt werden.
Die Mitglieder der genannten Kommission übernehmen es, die von ihnen vertretenen Parteien von Vorstehendem in Kenntnis zu setzen. Im Laufe der Verhandlungen wurde es allseits als zweckmäßig anerkannt, daß eine Kommission zur Beilegung etwaiger Streitigkeiten geschaffen wird und versprechen die unterzeichneten Mitglieder der Kommission für die Ausführung dieses Gedankens einzutreten.

Dieser protokolllarisch festgelegten Vereinbarung sollte nach eventuell erfolgter Zustimmung der Versammlung noch ein Passus angehängt werden, der den Formnern das Recht einräumt, bei Verstößen gegen obige Abmachungen die jetzt in Funktion gewesene gemischte Kommission anzurufen, die dann bis zur Bildung der in Aussicht gestellten allgemeinen Schlichtungskommission vermittelnd einzutreten hat.

Redner eruchte die Versammlung, diese Vereinbarung anzuerkennen, da er nicht glaube, daß ohne Weiterführung des Kampfes noch größere Zugeständnisse von den Unternehmern zu erlangen seien. Man möge zur Beurteilung der Situation den Ausdruck des einen Arbeitgebers beherzigen, der im Hinblick auf eine weitere Fortsetzung des Kampfes sagte: Wir (die Organisationen der Metallindustriellen und Metallarbeiter) sind beide stark, doch nicht so stark, um einander zu bezwingen!

Im Anschluß an diese Ausführungen besprachen sämtliche der obengenannten Gewerkschafts- und Verbandsfunktionäre die Annahme der Vereinbarung. Es wurde u. a. gesagt: Wenn der ertungserfolg auch in keiner Hinsicht überschätzt zu werden brauche, so sei er auch keineswegs zu unterschätzen. Durch das energische Vorgehen der Formner und Gießerei-Arbeiter auf die Provokation der Röhrenmänner hin, vor allem durch das einmütige Verhalten der Arbeit seitens der Maschinenformner auf den Ruf der Organisation sei es gelungen, die Metallindustriellen von ihrem bisher so außerordentlich hoch gehaltenen Herrenstandpunkt abzuführen. Bislang habe es bei den Herzen bei einem Streik nur einfach geheißen: Wir verlangen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit; dann erst werden wir prüfen, ob die Beschwerden der Arbeiter berechtigt sind oder nicht. Jetzt aber scheint ihnen doch tatsächlich etwas daran zu liegen, in der Öffentlichkeit anders beurteilt zu werden, als es bisher ge-

sehen ist. Aber nicht um der schönen Augen der Formner willen, auch nicht aus gutem Herzen seien sie von ihrem hohen Piedestal heruntergestiegen und hätten den Arbeitern zum erstenmal in einem regulären Verhandlungswege Zugeständnisse gemacht, sondern weil sie mit der Macht der Arbeiterorganisation rechnen mußten und deshalb die Folgen eines weiteren Kampfes weder vor sich selbst noch vor der Öffentlichkeit verantworten konnten. In Anbetracht dessen frage es sich, ob nunmehr noch die Formner ein Interesse an der Weiterführung des Kampfes haben könnten. Bei einer Ablehnung der Vereinbarungen und der damit verbundenen Fortsetzung des Kampfes sei zu erwarten, daß der Kampf tatsächlich riesige Dimensionen und eine außerordentlich verschärfte Form annehmen werde. Wochen, vielleicht Monate würden dann noch vergehen, ehe man die Röhrenmänner zu größeren Zugeständnissen zwingen könne. Ob dann aber die etwaigen größeren Erfolge in einem richtigen Verhältnis zu den Ausgaben und Opfern des Kampfes ständen, sei zweifelhaft. Man möge bedenken, daß dieser Kampf in Wirklichkeit nicht direkt um materielle, sondern um moralische Forderungen geführt worden ist, um Veseitigung unhaltbarer Betriebsverhältnisse und Durchsetzung einer anständigen Behandlung zc. Alles dies sei jetzt von den Unternehmern im wesentlichen zugestanden worden.

Auch könne man sagen, daß die Organisation der Arbeiter, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt anerkannt worden sei. Zum mindesten sei das jetzt Erreichte der erste Schritt zur Anerkennung der Organisation als eines gleichberechtigten Faktors des Röhrenmänner-Verbandes gegenüber. Denn darüber könne es keinen Zweifel geben: Wenn die Verhandlungen auch formell nur zwischen den Formnern und Gießereibesitzern geführt worden seien, so haben doch die beiderseitigen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber ihren nicht zu verkennenden Einfluß auf den ganzen Gang der Verhandlungen ausgeübt, ja ihnen ihr eigentliches Gepräge aufgedrückt. Ohne das Einverständnis der Organisationen wären die Verhandlungen überhaupt nicht zu Stande gekommen. In Würdigung aller dieser Umstände sei es daher angebracht, den Vereinbarungen zuzustimmen und damit den Kampf zu beenden.

Aus den Reihen der Formner erhob nur ein Redner namens einiger Kollegen Einspruch gegen die Vereinbarungen und plaidierte für Ablehnung derselben und Weiterführung des Streiks, weil er die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse für nicht weitgehend genug hielt.

Die Abstimmung ergab jedoch die Annahme der Vereinbarungen mit allen gegen nur etwa 25 Stimmen. Damit ist der Streik und die Aussperrung beendet. Die Arbeit wird am heutigen Mittwochmorgen in allen Betrieben wieder aufgenommen. Ausdrücklich wurde dabei betont, daß jeder Arbeiter wieder ohne weiteres an seinen alten Platz geht und sich nicht etwa erst auf dem Arbeitsnachweis in der Gartenstraße meldet. Alle Arbeiter, die etwa nicht sogleich wieder eingestellt werden können, haben dies sofort auf dem Verbandsbureau mitzuteilen.

Lokales.

Lassalle-Feier vor dreißig Jahren.

Wenn heute in Parteireisen gelegentlich des Seltenscharakters gedacht wird, den die Sozialdemokratie namentlich der Lassalleschen Richtung in ihren Kindertagen in sich trug, so geschieht dies im Gedenken an Zeiten, die scheinbar weit hinter uns liegen. Wir thun dann vor allem wohl in Berlin groß damit, daß der modernen Arbeiterschaft auch nicht die Spur eines Personenkultus anhaftet, und auch die besten unter uns der öffentlichen Kritik Rede und Antwort stehen müssen. Nicht, daß der geistigen Größe der schuldigen Respekt verlagert würde; wie scharf die Arbeiterschaft hier die Grenzlinie zu ziehen weiß, hat das Mißfallen gezeigt, mit dem die Wahlkreistischen Erinnerungen an Lassalle vor etlichen Monaten aufgenommen worden sind. Aber man läßt sich gehen; ein Stück Unberührtheit ist bei einzelnen am Ende auch mit im Spiel, und so mochte es kommen, daß vor einigen Jahren in einem Berliner Vorort eine Lassallefeier abgehalten wurde, bei der man, wenn wir nicht irren, das Mißverhältnis einer ähnlichen Spezialitätengesellschaft zum Amüsement der Versammelten herangezogen hatte.

Es giebt aber auch heute noch Stätten in Deutschland, wo nach unsrer Meinung eine solche Entgeisung schwer denkbar ist. Vor allem an der nordischen Wasserfronte nimmt man die Dinge tragischer; und hier ist ja auch das klassische Schlachtfeld, wo die Klassenkämpfe stets mit beispielloser Erbitterung ausgefochten werden und die harten Kämpfe immer auf das Weißbluten gefaßt sind. Hier trägt die Arbeiterschaft noch vielfach hochhabengetreue die Worte aus Lassalles Arbeiterprogramm im Herzen, wonach den Verkündern des welt-erlösenden Gedankens nicht mehr die Laster der Unterdrückten ziemen, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden. Hier fehlt völlig die heiter-kautische Auffassung der Berliner, und man versteht es kaum, wie der reichshauptstädtische Proletariat auch einmal von organisationswegen einen Madenball arrangieren kann.

In der schweren Seelst unter wolkenbehangenen Himmel fand denn auch die Lehre Lassalles bei ihrer ersten Verlesung unter den Neugeworbenen geradezu inbrünstige Verehrung. Die Cigarrenarbeiter waren ihre begeisterten Apostel. Dort hat die Tabakindustrie etwa dieselbe Bedeutung, wie in Berlin die Konfektion, mit der sie auch insoweit Verwandtschaft zeigt, als sie die in der Hausarbeit zersetzten Proletariat jammerdroll entlohnt, die Unternehmer hingegen schier reich macht. Das geräuschlose Arbeiten an abgeteilten langen Tischen fordert geradezu zur Unterhaltung heraus, und wohl kaum ist eine neue Lehre irgendwo eingehender Wort für Wort erklärt worden, als hier in der schwindigkeitsfördernden Stidluft während eines entsehrlich langen Arbeitstages. Von ihrem gehn bis zwölf Mark betragenden Wochenlohn opferten manche Cigarrenarbeiter den dritten Teil und mehr für die Ziwede der Agitation, in der natürlich die Worte Lassalles und keines andern unumschränkt Geltung hatten. Die schwärmerische Verehrung des großen Agitatoren äußerte sich auch in dem Brauch, die kleinen, massenhaft vertriebenen Agitationsproschüren sich einzeln hübsch in rotes Kallo binden zu lassen, wobei denn der Kontrast zwischen dem auf schlechtem Papier und möglichst schlechthaltig veranfertigten Druck und dem feinen, auffälligen Einband sonderbar genug zu Tage trat. Lassalle war der Prophet, gegen den niemand ohne Bedenken etwas Arges sagen durfte, weder die wenigen Bourgeois, die sich hin und wieder einmal in eine Volksversammlung verirren, noch die vereinzelt auftauchenden „Eisenacher Christen“, die als Sonderbändler der immerhin noch Keinen und durch die unsäglich dummen Verleumdungen der Liberalen in steter Kampfbereitschaft gehaltenen Gemeinde doppelt gefährlich schienen. In diesem Kreise war es denn auch möglich, daß eine Anhängerin der neuen Lehre ihren Kindern nicht zu Weisheiten, sondern zu Lassalles Geburtag den Zinnenbaum anzudeute, und der Lassallekultus zur Feier des Todestages auch in der Gesamtheit einen durchaus religiösen Zug trug. Das Lokal, in welchem gewöhnlich die Sonntags-Versammlungen abgehalten wurden, hieß seines schmalen Baues wegen mit einem nicht sehr poetischen Namen das lange Handtuch. Am 31. August, zur Latenfeier, war es in selbstwam Schluß hergerichtet. Männer und Frauen erschienen nicht wie zu gewöhnlichen Versammlungen in

der Arbeitskleidung, sondern im Sonntagsstaat. Die Bühne aber und auch ein Teil des Saales hatten für diesen Abend eine nach unsern Begriffen tounderbar erscheinende Veränderung erfahren. Nicht mit schwarzem Tuch ausgehangen, deuteten die Räume der ersten Gemeinde an, daß die Feier einem Großen gelte, der nicht schon vor Jahren gestorben war, sondern erst gestern sein Leben geopfert hatte, und dessen Vermächtnis mit jedem neuen Jahre um so heiliger gehalten werden müsse, je mehr seine Lehre einer Welt von Feinden zum Trost an Anhängern gewinne. In solcher Weihe Stimmung konnte Jakob Audorfs Arbeitermarzellaise entstehen, mit ihrem erhebenden Schlusssatz:

Nicht zählen wir den Feind, Nicht die Gefahren all, Der kühnen Bahn nur folgen wir, Die uns geführt Lassalle!

Als dann der Vorhang auseinandergezogen wurde, zeigte sich im Lorbeerhalm und von Kerzen umstrahlt ein Sarg auf der Bühne, hinter welchem, von einer roten Schärpe umhangen, die Lassallebüste aufgestellt war. Die Musik spielte eine Trauersymphonie, und dann erschien der Redner, um mit der Begeisterung, die das feste Studium der in untergehrlich hinreichender Sprache geschriebenen Proschüren Lassalles geweckt hatte, das Wirken und Leiden des Begründers der Sozialdemokratie zu schildern und zur Ausbreitung seiner Gedanken die Zuhörerschaft zu entflammen. Unter dem Gesang der Marzellaise trennte sich die Gemeinde in einer Ergriiffenheit und Begeisterung, wie sie bei allem Opfermut heute auch in der proletarischen Jugend wohl nur selten aufflammt.

Die Einigung kam 1875 und allmählich trat auch an Stelle des Wuchtabenglaubens die kritische Sichtung und Prüfung der Schriften Lassalles, die dadurch wahrscheinlich nicht von ihrem Goldgehalt eingebüßt haben. Nirgendwo hat sich aber die Lassallesche Tradition wohl länger erhalten als an der nordischen Wasserfronte.

Kapitalistisch-katholische Kampfweise.

Seitdem die Reichstagswahlen des vorigen Jahres gezeigt haben, daß auch die Hochburgen des Centrums von der Sozialdemokratie arg bedrängt werden, leistet sich selbst die „Post“ nicht so viel in hallofen Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie, wie das Organ der Kapitalisten katholischer Oberbank, die „Germania“. Die an Thatsachen keine Spur enthaltende Verärgernungsproschüre unfres Parteigenossen Görte in Charlottenburg wurde in einem Dutzend Artikeln in der Weise kommentiert, daß in jeder Zeile des Blattes von sozialdemokratischer Korruption gefabelt wurde, wo es sich entweder um rein private Angelegenheiten handelte, die zumeist eine durchaus harmlose Aufklärung fanden, oder wo mit der sozialdemokratischen Partei ebenfalls nicht in Zusammenhang stehende Ereignisse in der Charlottenburger Orts-Krankenkasse zur Sprache kamen. In diesem Fall hatten die Verleumdungen des katholischen Blattes allerdings den Erfolg, daß die Aufsichtsbehörde eine peinliche Untersuchung veranlaßte, deren Resultat jedoch schließlich in dem für das Verleumderblatt beschämenden Aktiest niedergelegt wurde, daß auch nicht die geringste Handlung vorliege, welche zu einem amtlichen Einschreiten Anlaß gebe. Allerdings wäre der sozialdemokratischen Partei in den Augen gerecht denkender Menschen auch dann nichts nachzusagen gewesen, wenn sämtliche Verleumdungen gegen die Post sich als lautere Wahrheit erwiesen hätten, da die Partei für die Verwaltung einer amtlich beaufsichtigten Orts-Krankenkasse ebensowenig verantwortlich zu machen ist, wie für die Dürre dieses Sommers. Aber wollte man von diesem Grundsat ausgehen, dann hätte ja überhaupt das ganze Taschenpfeifenkunststück der katholischen Zeitung unterbleiben müssen.

Die Gemeinheit eines Blattes vom Schlage der „Germania“ lassen wir als eine von ihr unzertrennliche Eigenschaft außer Spiel; aber unzersehrlich ist die Dummheit, mit der sich das Blatt trotz des amtlich attestierten Mißerfolges in den letzten Tagen vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat hineinlegen lassen. Dieser Verband sandte bürgerlichen Männern einen Artikel „Aus einer roten Garnison“ zum Abdruck zu, der über Korruption in der Ortskasse abermals das Blaue vom Himmel herunter log und dann mit der Keuligkeit kam, daß zwei Kranken-Kontrollreure sich zu Unrecht Sondervergütungen hätten zahlen lassen. Der eine als „Nichtgenosse“ sei darauf Anlaß und Fall entlassen worden, den andern als „Genossen“ hätte man aber im Amte belassen. Weiter wird in dem Artikel der Kasernenverwaltung zum Vorwurf gemacht, daß sie, einem Ministerial-Erlaß zum Trost, auf Kosten der Kasse drei Mann nach dem Krankenlasterfangreß in München delegiert habe. Es ist wohl anzunehmen, daß auch in diesem Falle eine etwa angestellte amtliche Untersuchung dasselbe Resultat haben wird, wie in dem vorhin erwähnten Falle, aber darauf kommt es, so weit die Sozialdemokratie in Betracht zu ziehen ist, ja nicht im geringsten an. Wohl aber ist dieser Fall für den geistigen Tiefstand der „Germania“ charakteristisch. Alle andern sozialistischen Blätter Berlins hielten das Geschwafel aus dem Bureau des Reichsverbandes für zu dumm und hüteten sich weislich vor einem Ab- oder Nachdruck. Einzig die „Germania“ mußte darauf hineinfallen. Wir gönnen dem Blatt diese Mannege umso mehr, als solche geistige Blindheit das beste Agitationsmittel für uns ist. Der zum Nachdenken qualifizierte katholische Arbeiter muß sich mit Abscheu von einem Blatte abwenden, das derart den politischen Kampf führt; dringt ihn die politische Ueberzeugung nicht in unsere Reihen, so doch der Ekel vor seinen bisherigen geistigen Kapazitäten.

Die Ersatzwahlen zum Berliner Gewerbegericht

finden für die Arbeitgeber am Freitag, den 14. Oktober dieses Jahres, für die Arbeiter am Sonntag, den 16. Oktober dieses Jahres statt. Es sind je 70 Weisiger von den Arbeitern und den Arbeitgebern zu wählen. Die Wahlen finden statt in den Wahlbezirken 3, 6, 9, 12, 15, 18, 21, 24, 27, 30, 33, 36, 39, 42, 45 und 48.

Zur Teilnahme an den Wahlen ist nur berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet und in Berlin Wohnung, Gewerbebetrieb (gewerbliche Niederlassung) oder gewerbliche Beschäftigung hat.

- Nicht wahlberechtigt sind solche Personen:
a) die nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind;
b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Beurteilung verloren haben oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Abberückung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Veseidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann;
c) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, und
d) die Mitglieder der Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 81 b Nr. 4 und der §§ 91-91 b der Gewerbeordnung errichtet ist, sowie die von Mitgliedern solcher Innungen beschäftigten Arbeiter.

Nach § 13 des Ortsstatuts für das Gewerbegericht sind vom Magistrat von Amtswegen Wählerlisten für die Arbeitgeber aufgestellt. Als Arbeitgeber gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Auch Hausgewerbetreibende gelten unter der gleichen Bedingung als Arbeitgeber, sofern sie gemäß § 14 der Gewerbe-Ordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben. Den Arbeitgeber stehen im Sinne der bezeichneten Bestimmungen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich.

sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. übersteigt. — Das Reich, der Staat, die Gemeinde und sonstige öffentliche Verbände, sowie juristische Personen (Genossenschaften etc.) üben ihr Stimmrecht durch ihre gesetzlichen Vertreter aus.

Die Wählerlisten der Arbeitgeber sind für jeden der genannten Wahlbezirke besonders aufgestellt und werden vom 1. bis einschließlich 7. September d. J. an den Wochentagen von 5—8 Uhr abends, am Sonntag von 12 bis 3 Uhr nachmittags in den einzelnen Wahlbezirken zur Einsicht öffentlich ausliegen. Außerdem werden noch die Originalausnahmelisten von allen genannten Wahlbezirken im städtischen Wahlbureau, Poststraße 16, 2 Treppen, Zimmer 57, in der oben genannten Zeit ausliegen. — Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind während der Auslegungsfrist beim Magistrat schriftlich anzubringen oder in den Auslegungstafeln zu Protokoll zu erklären.

Für die Arbeiter werden keine Wählerlisten angelegt, es genügt vielmehr für dieselben ein Zeugnis ihrer Arbeitgeber oder der Polizeibehörde, durch welches bestätigt wird, daß der Arbeiter zur Zeit innerhalb seines Wahlbezirks in Arbeit steht oder wohnt. Diese Wahllegitimation ist vor der Abgabe des Stimmzettels dem Wahlvorsteher oder einer von ihm beauftragten Person zu übergeben. — Formulare, zu diesen Zeugnissen können vom 1. Oktober dieses Jahres ab während der Dienststunden im städtischen Wahlbureau, Poststraße 16, 2 Treppen, Zimmer 57, in Empfang genommen werden.

Wegen der Richtigkeit der Gemeinde-Wählerlisten sind 18 Einsprüche eingegangen, darunter befinden sich fünf von Personen, deren Staatsangehörigkeit in Preußen nicht nachzuweisen war. Die übrigen Einsprüche sind von Personen erhoben, die entweder keine Steuern entrichteten oder Untersuchungen bezogen haben sollen, bez. noch nicht das wahlmündige Alter erreicht hatten. Ein Arzt, der nach polizeilichen Angaben in Lippe-Dehmdorf staatsangehörig sein soll, behauptet, durch Abstammung die preussische Staatsangehörigkeit zu besitzen, und ein Buchdrucker, der in Glauchau geboren ist, behauptet ebenfalls, entgegen der polizeilichen Auskunft, durch Abstammung Preusse zu sein. Ein Bäckermeister, der in Neu Pörl geboren ist, konnte seine preussische Staatsangehörigkeit durch seinen Militärapost nachweisen. Ein Gerber, der in Hamburg staatsangehörig ist, und ein Architekt, der in Sachsen geboren ist, konnten ihre preussische Staatsangehörigkeit ebenfalls dokumentieren. Der Gerber ist Hamburger und durch Aufnahme Preusse. Mit diesen ist noch nachträglich ein Metzger, der die preussische Staatsangehörigkeit erworben hat, in die Liste aufgenommen. In den übrigen Fällen muß die Stadtverordneten-Versammlung entscheiden, die ohne Mitwirkung des Magistrats in all diesen Fällen beschließt.

Die Ferien der Stadtverordneten-Versammlung gehen zu Ende. Die Tagesordnung der ersten Sitzung am 8. September d. J. besteht aus kleineren Vorlagen. Unter diesen steht an erster Stelle der Bericht des Magistrats über die Erlasse des Kultusministers bezüglich des Botanischen Gartens. Ob die große Vorlage über die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts, bez. den Erlaß eines Ortsstatuts schon in einer der nächsten Sitzungen zur Beratung kommen dürfte, ist noch fraglich. Von Wichtigkeit ist eine Entscheidung des Kammergerichts, wonach ein Ortsstatut, das alle im Stadtbezirk in Stellung befindlichen jungen Leute zum Besuche der in der Stadt errichteten Fortbildungsschule verpflichtet, auch solchen Lehrlingen gegenüber gilt, die außerhalb des Stadtbezirks wohnen, in diesem aber beschäftigt werden. Für die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule ist nicht der Wohnort, sondern der ständige Arbeitsort entscheidend.

Zum Nachfolger des Geheimen Medizinalrats Prof. Dr. König, der am 1. Oktober ds. J. aus seinem Amt als Direktor der chirurgischen Klinik und Poliklinik scheidet, ist sein früherer Assistent, Prof. Dr. Hildebrand aus Basel, jetzt ernannt worden.

Auf ein 150jähriges Jubiläum des Berliner „Boigtlandes“ weist Ernst Frensdorf in neuen Berliner Kalender hin. Die trostlose Gegend vor der Spanbauer- und Dorotheenstadt hatte die Kaufmannsamt Friedrich II. erregt, der nicht weit davon das Invalidenhospital für seine Krieger erbaut hatte. Unter den Arbeitern für die zahlreichen Bauten befanden sich viele aus dem sächsischen Voigtlande. Der König ließ für sie Kolonistenhäuser errichten und wies dazu 6000 Thaler an. Am 14. Oktober 1754 war alles soweit gediehen, daß die Grundstücke den Eigentümern ausgehändigt werden konnten, und mit Anfang des Jahres 1755 war der erste Anbau von Neu-Boigtland mit 60 Kolonistenhäusern fertig. Die Kosten vermehrten sich für den König bis um 18 000 Thaler. Er hatte dort für 120 Familien eine Wohnstätte geschaffen, die später noch durch Anlage von Gärtnerkolonien verschönt wurde. Jetzt gehört der Stadtteil zu den volkreichsten und belebtesten der Reichshauptstadt.

Die Schwebebahn. Von beteiligter Seite wird mitgeteilt, daß der Polizeipräsident von Berlin sich über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten an dem Schwebebahnprojekt Gesundbrunnen—Alexanderplatz—Nixdorf neuerdings von der kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Bericht erstatten ließ. Angekündigt ist der Bau der in Aussicht gestellten Probefreileitungen in nicht mehr ferne Zeit zu erwarten.

Die Bahnsteigsperre zwischen Lehrter Stadt- und Hauptbahnhof ist jetzt wieder eingeführt worden, nachdem sie zum Zwecke der Personalerparade etwa ein Jahr lang beseitigt worden war. Sie ist jetzt so angelegt, daß Fahrgäste unmittelbar von der Straße aus den Bahnhof betreten können, aber auch die von der Stadtbahn kommenden oder nach derselben Gehenden die Kontrolle passieren müssen. Gleichzeitig ist auch eine Unterumkleidung des Lehrter Hauptbahnhofes an der Stadtbahnseite vorgenommen worden. Hierdurch ist ein neuer Zugang zu dem Vorort-Bahnhof für die in der Richtung nach Kauen fahrendenzüge geschaffen, und die mit der Stadtbahn ankommenden Fahrgäste brauchen nicht mehr, wie bisher, um den ganzen Bahnhof herumzugehen, sondern können durch den Tunnel unmittelbar zum Vorort-Bahnhof gelangen.

Ein Unglücksfall, der den Tod eines Zimmerers zur Folge hatte, ereignete sich am Montagmittags kurz vor 6 Uhr auf dem Grundstück der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft in der Voltastraße. Dort ist ein aus Eisen konstruierter Arbeitsschuppen aufgestellt, auf dessen Dach die Zimmerleute mit der Schalung beschäftigt sind. Zum Aufmarchen der Bretter benutzte man einen Knäppel, der dem 52 Jahre alten Zimmerer Jakob Koll, Eichendorfsstraße 3 wohnhaft, beim Gebrauch hinter der „Fette“ plötzlich abglitt, so daß

der Arbeiter durch den Knäppel in der Höhe von 5 Meter rücklings vom Dach abstürzte. Der Unglückliche wurde sofort mit dem Krankenwagen der Firma nach dem benachbarten Lazarus-Krankenhaus transportiert, woselbst er infolge innerer Verletzungen nach einer Stunde verstarb. Koll ist verheiratet und seit mehreren Jahren Mitglied des Zimmererverbandes.

Nach Unterschlagung von 40 000 M. ist der Baunternehmer Paul Kern aus Hohenheimburg durchgebrannt. Da vermutet wird, daß er sich nach Berlin gewandt habe, so ist auch die hiesige Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam gemacht worden. Der Beschuldigte ist mittelgroß, hat blondes Haar und Schnurrbart und eine Hafenschärte. Er spricht Berliner Mundart. Mitgenommen hat er ein Fahrrad „Deutschland Nr. 7“ und einen neuen Rohrplattensprenger.

Zwei Berliner „Weltreisende“ wurden in Vierenwerder angehalten. Der 18 Jahre alte Gemeindeführer Hermann Jungnickel, ein Pflege Sohn des Arbeiters Herlich aus der Völlersir. 15 ist schon sechsmal von Hause weggelaufen. Er sitzt trotz seines Alters noch in der vierten Klasse der Gemeindefschule in der Freienwalderstraße. Vor acht Tagen sollte er zu einem Prediger der Pauls-Kirche gehen, um sich zum Konfirmandenunterricht anzumelden. Statt dessen nahm er seinen siebenjährigen Pflegebruder Paul Herlich mit, um sich mit ihm die Welt anzusehen. Die beiden Weltreisenden wanderten die Stettiner Bahn entlang, lebten von Brombeeren und Aepfeln, die sie aus den Gärten stahlen, und übernachteten in der Heide. Die vegetarische Kost sagte ihnen aber auf die Dauer doch nicht zu. Hungernd kamen sie nach Vierenwerder und gingen auf einen Gendarmen zu, der ihnen begegnete, um seine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Diese Absicht erreichten sie auch. Der Beamte hielt sie an und fragte sie nach dem „Woher“ und „Wohin“. Die „Reisenden“ erzählten ihm, sie hätten vor acht Tagen mit ihren Eltern eine Landpartie gemacht und sie dabei verloren. Das war aber um so weniger glaublich, als der kleine Herlich ohne Kopfbedeckung und barfuß ging, und sie gestanden dann bald auch, daß sie von Hause weggelaufen seien, um sich die Welt anzusehen. Der Gendarm nahm die hungernden Vengel mit nach seiner Wohnung, stärkte sie mit Kaffee und einigen Butterstücken und brachte sie dann mit der Bahn wieder zu ihren Eltern.

Lyfot. Der 50 Jahre alte Buchhalter Paul Wärtner aus der Klosterstraße 65/67 litt seit zwei Jahren an Rheumatismus, so daß er nicht mehr arbeiten konnte. Den Lebensunterhalt erwachte seine Frau, indem sie eine Stelle als Buchhalterin in einem großen Geschäft annahm. Ein Dienstmädchen verlor das Hauswesen. Während das Mädchen gefleht nachmittags in der Küche zu thun hatte und das einzige Kind, ein neunjähriger Sohn, im Nebenzimmer schlief, nahm der Kranke in der Wohnstube Lyfot. Als man ihn auffand, lag er tot auf dem Sofa, ein Arzt konnte nicht mehr helfen.

Jungen gesucht. Die Personen, die am Freitag, 30. Oktober vorigen Jahres, abends 9 Uhr, gesehen haben, wie ein Arbeiter, der durch die Räder eines Steinwagens verletzt war, sich hilfesuchend auf der Treppe des Hauses Siegfriedstr. 1 zu Schöneberg niederließ, werden dringend gebeten, sich bei Wöhme, Schußmadermeister, Potsdamerstr. 42, zu melden. Besonders wird die Frau, die sich des Verletzten annahm, um Angabe ihrer Adresse ersucht, ebenso die Personen, die vor der Polizeiwache, Kriemhildstr. 4, auf die Hülse des Arbeiters herbeieilten.

### Aus den Nachbarorten.

Neu-Weiskow. Bei den im März abgehaltenen Wahlen zur Gemeindevertretung für die zweite Wähler-Abteilung hatte die Vereinigte Bürger-Partei, welche sich durch Zusammenschluß des Hausbesitzer-, des Grundbesitzer- und des Gewerbetreibenden-Bereins bildete, alles mobil gemacht, um ihrem Kandidaten der Socialdemokratie gegenüber zum Siege zu verhelfen. Sie bediente sich auch, wie wohl überall, wo nach den Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung gewählt wird, der papiernen Stimmen, welche ihnen von den Wählern übergeben wurden. Wie mit diesen Papier-Stimmen Wählbrauch getrieben wurde, wollen wir hiermit beleuchten. Nachdem der Wahlakt eröffnet war, ersuchte der Wahlvorsteher diejenigen Wähler, welche im Besitze von Vollmachten seien, diese bei ihm abzugeben. Der Vorstehende der Vereinigten Bürgerpartei, Herr Postsekretär und Gemeindevorsteher Weides, trat hervor und legte nach ungefährer Schätzung hundert Vollmachten am Wahlisch nieder, welche am Schluß der Wahl ausgezählt wurden. Da die vereinigte Bürgerpartei auch ohne diese Vollmachten Stimmen auf sich vereinigte, so erbat man sich diese Vollmachten zurück und der Wahlvorsteher handigte sie anstandslos aus. Dasselbe Vorgehen wiederholte sich bei der am selben Tage stattfindenden Erntewahl. Jede solche Vollmacht unterliegt einer Stempelsteuer von 1,50 M. und der Staat wurde in diesem Falle zweimal um diese Steuer hintergangen. Nebenbei bemerkte waren es zwei Staatsbeamte, Gemeinde- und Amtsvorsteher Feldmann und Postsekretär Weides, welche sich dieses zu Schulden kommen ließen. Genosse Laubmann kennzeichnete in der der Wahl folgenden Gemeindevertreter-Sitzung dieses Gebahren, beklagte das schädliche System des Dreiklassenwahlrechts und forderte den Amtsvorsteher auf, diese Angelegenheit zu untersuchen und die Beteiligten wegen Steuerhinterziehung zu bestrafen. Mit lächelnder Miene erklärte der Gemeindevorsteher Feldmann, er würde dem Amtsvorsteher Feldmann Mitteilung zugehen lassen. Der öfteren Aufforderung unsres Genossen, den Stand dieser Sache mitzuteilen, wurde mit unklaren Neben beantwortet, zum Schluß aber wird die bestimmte Antwort gegeben, daß diese Vollmachten bei beiden Wahlen mit Vorbehalt der Zurückziehung abgegeben seien. Da nun die Genossen, welche den Wahlakt beobachteten, von dieser Maßnahme nichts wußten, so nahm der Wahlverein die Sache in die Hand und machte der zuständigen Steuerbehörde Mitteilung, welche auch bereits Untersuchungen vorgenommen hat. Man darf gespannt sein, um wie viel das Conto Wahlkosten der vereinigten Bürgerpartei erhöht wird.

Schmargendorf. Die hier im neuen Schlußhaus verwendeten Meinschen Deden scheinen eine verdächtige Neigung zum Einsturz zu verspüren. Wenigstens hat der Gemeindevorsteher in seiner polizeilichen Eigenschaft angeordnet, daß vorläufig zwei Schulklassen geräumt werden, die nun im alten, zur Zeit leerstehenden Schulhaus untergebracht worden sind. Eine Untersuchung resp. eine Untersuchung der Deden ist veranlaßt. — Von dem Seidelschen Grundstück in der Heiligendammstraße, das an Dahlem grenzt, beabsichtigt der Besitzer 822 Quadratmeter Straßland an Dahlem

abzutreten und dafür 470 D. M. Hinterland von der Nachbargemeinde zu erwerben. Da dies im Interesse der Grenzregulierung liegt, beschloß die Schmargendorfer Gemeindevertretung in ihrer Sitzung vom 29. August auf Antrag, einer hierdurch erforderlichen Umschreibung der Grundstücke ihre Zustimmung zu geben. — Ein von der Gemeinde Dahlem vorgelegter Vertrag, welcher die unentgeltliche Uebernahme der Unterhaltung angrenzender Dahlemer Straßen seitens Schmargendorf, sowie ebenfalls unentgeltlichen Anschluß an die Kanalisation bezweckt, wird in vorstehender Form als unacceptabel abgelehnt. Es kann sich hieraus ein interessanter Streit entspinnen, da, wie mitgeteilt wird, die Dahlemer Grenze beispielsweise in der Hundelehstraße hart an den Vorgärten der bebauten Schmargendorfer Grundstücke abschließt und in der Warnemünderstraße bis zum halben Bürgersteig der diesseitigen Häuser reicht. — An der Gemeindefschule ist eine technische Lehrrechenstube geschaffen worden. Die Lehrerin, welche Unterricht in Handarbeit und Turnen geben wird, erhält ein Grundgehalt von 800 Mark, ein Wohnungsgeld von 400 Mark und eine Alterszulage von 130 Mark. — Die schon lange notwendige Errichtung eines Straßenbrunnens wird beschlossen, und es soll zu diesem Zweck eine vor dem Hause Breitestraße 49, bereits vorhandene Kesselanlage benutzt werden. — An Kosten für die Handwerkskammer in Berlin hat die Gemeindekasse 35,50 M. abgeführt.

Ueber die Entwürfe für das Charlottenburger Schiller-Theater haben die Preisrichter das Urteil abgegeben. Der Entwurf der Münchener Firma Heilmann u. Littmann wurde als der geeignetste angenommen, da er am meisten dem Charakter eines Volkstheaters Rechnung trägt. Indessen wird er noch einige Abänderungen erfahren müssen. Während die Preisrichter die Anlage der Hauptfront an der Bismarckstraße wünschen, sieht der Entwurf diese an der Grolmanstraße vor. Jeder der eingereichten Entwürfe wird mit 2500 M. honoriert. Sollte der Firma Heilmann u. Littmann nicht die Bauausführung übertragen werden, so hat sie der „Charl.“ 300 M. zuzufolge eine besondere Vergütung von 10 000 M. zu beanspruchen.

Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Leichenhalle des Se 15 ft. mörder-Friedhofs in der Potsdamer Forst in einer der letzten Nächte ausgeführt. Der Friedhof liegt hinter dem Tornow, an der Potsdam-Rixendorfer Chaussee. Der in der Nähe wohnende Förster Wegling entdeckte, daß die Thüre der einfachen Leichenhalle erbrochen, und fand beim Betreten, daß Einbrecher fast das gesamte Inventar gestohlen hatten. Nur den schweren Tisch, auf dem die Toten obduciert werden, und ein großes Spind hatten sie in der Leichenhalle gelassen.

Dyfler des Eisenbahnbetriebes. Auf der Oberwalde benachbarten Station Werbellinsee der Zweigbahn nach Joachimsthal geriet beim Rangieren der Hilfsbremser Lehmann zwischen zwei Waggons. Es wurde ihm der Brustkorb vollständig eingebracht; er war sofort tot.

### Gerichts-Zeitung.

Das sociale Verhältniß deutscher Gerichte tritt von neuem drastisch darin zu Tage, daß das Kölner Schöffengericht „Ungehör vor Gericht“ darin fand, daß ein Tagelöhner in seinen Arbeitskleidern kam und nach Kaff und Arbeit aussehende Hände hatte. Er gab an, von der Arbeit zu kommen und keine andern Kleider zu haben, da er lange ohne Beschäftigung gewesen sei. Der Kaff sei in die Hände eingebrannt und lasse sich trotz Waschens nicht entfernen. Das Gericht bestrafte den Mann wegen Ungehör vor Gericht mit zehn Mark Geldstrafe. Im übrigen erhielt er, weil er am Güterschuppen zu Deuz eine Kiste öffnete und eine Wurst herausnahm, drei Tage Gefängnis und zwei Tage Haft.

Sozialdemokratischer Leio- und Distriktsklub „Demohene“. Donnerstagabend 8½ Uhr im Lokal von Hermann Dornbusch, Beitz Engenstr. 8: Sitzung, Tagesordnung: „Was verbannt die deutsche Arbeiterschicht Ferdinand Lassalle?“ Zur Wiederkehr seines 40. Todestages. Gäste willkommen.

Marktpreise von Berlin am 29. August. Nach Ermittlungen des kal. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Centner: Weizen\*\*, gute Sorte 17,80—17,78 M., mittel 17,76—17,74 M., geringe 17,72—17,70 M. Roggen\*\*, gute Sorte 14,00—13,98 M., mittel 13,96—13,94 M., geringe 13,92—13,90 M. Futtergerste\*\*, gute Sorte 14,60—14,00 M., mittel 13,90 bis 13,40 M., geringe 13,30—12,80 M. Hafer\*\*, gute Sorte 16,00—15,80 M., mittel 15,70—14,90 M., geringe 14,80—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—28,00 M. Spelzbohnen, weiße 50,00—25,00 M. Linsen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, 12,00—8,00 M. Nichtroh 0,00—0,00 M. Heu 0,00—0,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,00 M. Eier per Schod 4,00—2,80 M. \*) Frei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Wasserstand am 29. August. Elbe bei Ruffin — — — Meter, bei Dresden — 2,30 Meter, bei Magdeburg — 0,12 Meter. — U n t e r a t bei Strausfurt + 0,65 Meter. — O d e r bei Rathbor + 1,04 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 4,84 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 1,23 Meter, bei Frankfurt + 0,06 Meter. — S e i d e l bei Benzenhünde + 1,65 Meter. — W a r t e bei Posen — 0,20 Meter. — R e c h e bei Ulf + 0,34 Meter.

Witterungsüberblick vom 30. August 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Emmende.	765	SSW	1	Regen	14	Daparanda	762	—	—	4 heiter	10
Damburg	765	SSW	1	wolkig	15	Geestburg	—	—	—	—	—
Berlin	765	S	1	heiter	17	Cork	—	—	—	—	—
Kranf. a. M.	765	D	2	wolkig	15	Wberdeen	762	SSW	1	Webel	10
München	766	D	2	halb hb.	13	Garis	763	S	—	1 heiter	16
Wien	766	Still	—	Webel	13						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 31. August 1904. Ziemlich warm, zunächst meist heiter und trocken bei schwachen östlichen Winden; später Trübung und etwas Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

### Eingegangene Druckschriften.

Protokoll über die Verhandlungen des 7. Parteitag der Socialdemokratischen Partei Bayerns, abgehalten in Augsburg am 26. und 27. Juni 1904. Herausgegeben vom Landesvorstand. Preis 20 Pf. Nürnberg 1904. Reichliche Verlagsanstalt u. Buchdruckerei. G. m. b. H.

**Singer Nähmaschinen.**  
Einfache Handhabung! 55452\*  
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!  
Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix höchster Preis der Ausstellung.  
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherci.  
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.  
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.  
Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

**Spurlos verschwunden** sind sofort alle Banzen samt Brat und bis auf den letzten Rest vernichtet durch Reichels **Verstärktes Wanzen-Fluid**. Einzig sicheres Spezialmittel an durchgreifender und dauernder Wirkung. 50 Pf. 1, 2, 3, 4, 5 und 10 Liter. 5. — Sprühhapparat 50 Pf. Hier frei Haus. Erfolg garantiert. **Otto Reichel**, Lieferant für Armeo und Marine, Eisenbahnstraße 4. T. M. IV 646 u. 3190.

**Conradin Str. 26-27. Prek & Cloppenburg. Conradin Str. 26-27.**  
Geschäftshaus für Herren- und Knaben-Konfektion.  
**Confirmanden-Anzüge.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, den 31. August.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus. Die Entführung aus dem Serail.  
Neues königl. Opern-Theater. Die Fledermaus.  
Anfang 8 Uhr.  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Das Heiratsstück.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater.) Der Postillon von Lonjumeau.  
Wespen. Kamzelle Ritouche.  
Berliner. Bayreuthische.  
Neues. Logis des Herzogs. Salome.  
Reifen. Die 100 Tage.  
Kleines. Des Balthars Riese.  
Carl Weiss. Der Weg zum Herzen.  
Trianon. Die Rotbrücke.  
Metropol. Ein tolles Jahr.  
Belle-Alliance. Charles's Tante.  
Nissen. Julius Caesar.  
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.  
Apollo. Venus auf Erden. Spezialitäten.  
Herrnsfeld-Theater. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.  
Stadt-Theater Noabit. Der reiche Gustaf.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Passage-Theater. La belle Georgette. Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Im Theater: Von der Zugspitze zum Wehmann.  
Invalidentheater 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Salome.**  
Vorher: Logik des Herzens.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Der Strom.

**Luisen-Theater.**  
Letztes Gastspiel Georg G. Dader:  
**Julius Caesar.**  
Donnerstag zum erstenmal: Von Stufe zu Stufe.  
Freitag: Von Stufe zu Stufe.  
Samstag: Der Hüttenbesitzer.  
Sonntag: Der Hüttenbesitzer.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Julius Caesar.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute u. folgende Tage abends 8 Uhr:  
**Charles's Tante.**  
Guido Thielscher in der Titelrolle.  
Im 3. Akt Bozema Bradzky mit neuen Chantons von Oscar Strauß.  
Im Garten: Heute auf 6 Uhr:  
Max Schmidt-Konzert u. große Spezialitäten-Vorstellung.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstraße zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.  
**Die Rotbrücke.**  
Lustspiel in 3 Akten von Fred Grelac und Francis de Croisset.  
Anfang 8 Uhr.  
In Vorbereitung: Ihr zweiter Mann.

**Apollo-Theater.**  
8 Uhr:  
**Venus auf Erden.**  
Operette von Paul Lincke.  
9 1/2 Uhr: Die phänomenalen Attraktionen des großen August-Programms und Rob. Steidl mit neuen Schlagern.

**Metropol-Theater**  
Josef Giampietro a. D.  
Henry Bender, Josef Josephi.  
Anton Grünfeld, Frid Frid.  
Der größte Erfolg dieses Jahres

**Ein tolles Jahr.**  
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn  
Beginn des Theater-Abends  
Dienstag, den 6. Septbr.:  
Der Störenfried.  
Schauspiel in 4 Akten von Wendt.  
Mittwoch, den 7. Septbr.:  
Die Renner von Berlin.  
Schauspiel in 5 Akten.  
Die Vorstellungen finden jeden Dienstag und Mittwoch regelmäßig statt.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Säger und Tanzkränzen.

**WINTER GARTEN**  
Eröffnungs-Programm.  
Pas de Deux oriental.  
Tilly Böbe mit ihren 12 Löwen.  
Paula Wern, Operettensängerin.  
Hilf. Harmonieorchester, 23 Harfenistinnen.  
Rudolf Segommer, Ventriloquist.  
Severin und Mlle. Dorville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.  
Nirvana, lebende Bilder.  
Die Klein-Familie, Radfahrer.  
Die 3 Cocktails, Tanz-Ensemble.  
Die Bagossens, komische Jongleure.  
Die 3 Meteora, Hochturner.  
Marcell Salzer, Vortragskünstler.  
Biograph, darstellend d. Ringkampf zwischen Haackenschmidt u. Jenkins.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Bühnen-Theater)  
Mittwoch abends 8 Uhr:  
Letzte Opern-Vorstellung und Abschied  
Georg Hölzl:  
Der Postillon von Lonjumeau.  
Komische Oper in 3 Akten nach dem Französischen von R. G. Friedrich.  
Musik von Adolph Adam.  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
Eröffnung der Schauspiel-Saison:  
Medea.  
Freitag abends 8 Uhr:  
Medea.

**Nur noch kurze Zeit!**  
**Flotten-Schauspiele**  
Am Kurfürstendamm, 5 Minuten v. Bahnhof Halensee, 10 Minuten v. Bahnhof Charlottenburg. Straßenbahnlinien A, A/E, T, V, 91.  
**Größte Wasser-Schauspiele der Welt**  
auf 6000 qm großem See. 25/4  
Flottenparade vor S. M. S. „Hohenzollern“. Kampf des japan. und russischen Geschwaders vor Port Arthur.  
In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.  
Rettung Schiffbrüchiger mittels Raketenapparat etc.  
Ermäßigte Preise: Mk. 2,00, 2,10, 1,00, 1,10, 0,70, 0,40.  
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8 Uhr. Heute Mittwoch:  
Sonntags 3, 5 1/2, u. 8 Uhr. Billiger Tag.  
Eintrittspreise: Mk. 2,10, 1,60, 1,10, 0,80, 0,60, 0,30.  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag mit Feuerwerk.**  
Freitag (Sedantag): **Gr. Extra-Parade-Gala-Vorstellung mit Feuerwerk.**

**Max Klem's Sommer-Theater**  
Hasenheide 13-15. - Kritische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeecke ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochgelegene Regelbahnen, Würfelbuben, Konditorei, Bismarckstand etc.  
In den Sälen:  
**Grosser Ball.**

**Neue Welt.** Arnold Scholz.  
Mittwoch, den 31. August 1904: 1032  
**Gr. Kinder-freuden-fest**  
verbunden mit Bonbonregen, Fackelpolonaise u. Gratidoverlosung wertvoller silberner Damen- und Herren-Uhren.  
**Specialitäten-Vorstellung.**  
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pfg.  
Morgen, Donnerstag: **Elite-Tag. Monstre-Feuerwerk.**  
Donnerstag, den 15. September: 1. Gastspiel Bernhard Rose-Theater.

**Urania. Cirkus Sarrafani.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
Von der Zugspitze zum Watzmann.  
**Sternwarte** Invalidentheater, str. 57/62.

**Passage-Panoptikum.**  
Das Bärenweib, lebend.  
Der 16-jährige Riesenknabe  
**Der lange Josef**  
217 cm gross.  
Nada und Maemos, Gedankenkönig.  
**Der Leichenfund.**  
Aga, die schwappende Jungfrau.  
Alles ohne Extra-Entree.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
Das größte Ehepaar der Welt  
die größte Schönwürdigkeit des 20. Jahrhunderts.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pfg.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
In der Arena: **Der See-Elefant.**  
Donnerstag, den 1. Septbr.:  
Gastspiel d. berühmten amerik. Cornetvirtuoson  
Mr. Paris Chambers und die Kapelle d. Frankfurter Grenadier-Regiments (Lebede jun.).

**WINTER GARTEN**  
Eröffnungs-Programm.  
Pas de Deux oriental.  
Tilly Böbe mit ihren 12 Löwen.  
Paula Wern, Operettensängerin.  
Hilf. Harmonieorchester, 23 Harfenistinnen.  
Rudolf Segommer, Ventriloquist.  
Severin und Mlle. Dorville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.  
Nirvana, lebende Bilder.  
Die Klein-Familie, Radfahrer.  
Die 3 Cocktails, Tanz-Ensemble.  
Die Bagossens, komische Jongleure.  
Die 3 Meteora, Hochturner.  
Marcell Salzer, Vortragskünstler.  
Biograph, darstellend d. Ringkampf zwischen Haackenschmidt u. Jenkins.

# Zum Kampf im Bäckergewerbe!

Nach Erscheinen unserer Liste am vergangenen Sonntag ist uns mehrfach mitgeteilt worden, daß sowohl Bäckermeister, die ihre früher gegebene Unterschrift nicht mehr halten, als auch Backwaren-Händler, die Ware aus nicht geregelten Bäckereien beziehen, die zu Beginn des Kampfes verausgabten roten Legitimationskarten vorzeigen, wenn vom Publikum nach der Bewilligung gefragt wird. Wir erklären hierdurch, daß diese Karten nebst den rotgeränderten Plakaten schon seit langem keine Gültigkeit mehr haben und daß in den Fällen, wo man sie vorzeigt, eine Täuschung des Publikums beabsichtigt wird.

Folgende Bäckermeister haben den vor dem Einigungsamt festgelegten Tarif unterschrieben und sind in der Liste nachzutragen:

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <b>Norden.</b><br>Bappel-Allee 24, C. Caseler (fr. Weisser).<br>Bismarckstr. 5, C. Schmidt (fr. Lang-nidel).<br>Schulstr. 51, V. Krumbach.<br>Kottbuserstr. 24, Rumbt. | <b>Nordosten.</b><br>Barnimstr. 35, Dzienian.<br><b>Osten.</b><br>Barthauerstr. 60, Schulze.<br><b>Südosten.</b><br>Grünauerstr. 26. | <b>Süden.</b><br>Bergmannstr. 14a, Volenz.<br><b>Rummelsburg.</b><br>Rantstr. 13, Spöttlich.<br><b>Rixdorf.</b><br>Erststr. 15, K. Schimpfe. |
|--|--|--|

Der Vorstand des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin).  
Bureau: Gipsstr. 2, Hof parterre. Telephon Amt III, 1243.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Zum letztenmal:  
**Wie einst im Mai.**  
Abschied des phänomenalen August-Programms.  
Morgen Donnerstag: Elitovorstellung.  
Auf allgemeinen Wunsch:  
**Die Tochter des Heimkehrten.**  
Außerdem:  
**Vollständig neues Programm.**  
Entree 30 Pfg. Nummerierter Platz 50 Pfg.  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
Im Saale: **Ball.**

**Fröbels Allerlei-Theater**  
fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.  
Große Abschieds-Vorstellung des gesamten erfolgreichen Künstler-Personales.  
Zum letztenmal:  
**Das alte Lied, Volksstück.**  
Extra-Tanz.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pfg.  
Ab 1. September finden diese Vorstellungen nur mehr Sonntags, Montags und Mittwochs statt.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
Nur noch bis zum 31. d. Mts.:  
**Ein Berliner Taugenichts.**  
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.  
Anfang 6 Uhr. Kaffeecke u. 3 Uhr ab.  
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

**Gebrüder Herrnsfeld-Theater.**  
(XIII. Berliner Winter-Saison.)  
Nur eine Nacht.  
Zwei Akte aus einer Ehe.  
Am andern Morgen.  
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.  
Beide Stühle mit den Antoren Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr. Kaffee-Eröffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.  
Der große Naturgarten ist geöffnet.

**Passage-Theater.**  
Eröffnung d. Wintersaison  
Donnerstag, 1. Sept.  
14 neue Debüts.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich im Garten oder Saal:  
**Korsis Norddeutsche Humoristen**  
und  
**Quartett-Sänger.**  
Anf.: 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Bons haben Gültigkeit.

**Diez' Specialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76/77.  
Direkt Ringbehaftung.  
Ob schön! Täglich ob Regen! Im herrlichen Garten ob. gr. Saal: das neue konfurrenzlose Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit stürmischem Beifall:  
Orig. **Les trois Dalls,** die Fahrt im kleinsten Todesring.  
Belle Motor-Renn-Compagnie mit untopferbaren Original-Frisis.  
Orig. **Köhley-Trio,** tenor. Leiter-Krobaten und Hochturnkünstler.  
Hedy Brunion, der kleine Robott.  
Elsa u. Paul Jescheck, urkomisch.  
Orig. **Luigia e don Giglio,** konfurrenzloser Melange-Act.  
Max Tripps, der beliebte Fritz Brand etc.  
Kaffeecke. Volksbelustigungen.  
Bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 20 Pfg.  
Sonntags 30 Pfg.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9  
Täglich: Der rechte Weg.  
Hermann Wehling, Dumor.  
Oly Marietta, Goldbratte.  
Boeren-Schägen  
van Nickerk u. Du Plessis.  
Ein Liebes-Idyll.  
Pantomime.

**Gustav Behrens Specialitäten-Theater.**  
Frankfurter-Allee 85.  
Täglich:  
**Das grossartige August-Programm.**  
Erstklassige Kräfte, auserlesenes Programm. Anf. Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

**Schweizer-Garten**  
am Königspl., am Friedrichshain 29/32.  
Täglich: Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Das Eiserl, Liebespiel v. Kreiff.  
Das Damenregiment.  
Große Poffe mit Ballett u. Evolution von Gb.  
Jeden Mittwoch:  
**Kinderfest.**  
Keine Konkurrenz ist imstande, solch reelle Ware auf den Markt zu bringen, wie ich dieselbe in meinen demütheten Käse-Post-Colli  
Sortierungen I und II habe. Für Gasthaltungen Nr. 7,07, für Restauration Nr. 7,35 franco Nachh. Exquisite Qualität, große Reichhaltigkeit. G. Maisch Nacht., Memmingen, Bayer. KGün.

**Kranz- und Blumenbinderei**  
von Robert Meyer,  
unter Mariannen-Straße 2.  
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.  
Preis: beliebige Teilzahlung.  
**Zahn-Klinik.**  
Olga Jacobson, strasse 145 u. Noabit, Emdenerstr. 22.

Unserm alten Freund  
**Hermann Theuerhauf**  
zu seinem heutigen Wiegenfeste die besten Glückwünsche!  
7886  
Mitglieder d. Sparvereins „Guter Wille“.  
**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: 8 Uhr.  
Mittwoch: 7 Uhr.

**Etablissement Suggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:  
**Konzert.**  
Dienstag, Donnerstag, Sonntag:  
Fahrmann-Walde-Sänger.  
Sommerabend im Kaiserloal:  
**Tanz.**

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

Geprüfter Lehrer erteilt - auch abends - Kindern und Erwachsenen Unterricht in allen Lebensjahren inkl. Französisch; lehrt fertig Klavier spielen, selbst Städte, Lichtenbergerstr. 12, II.

Reisekörbe, Lehnstühle, Babybetten kaufen stets direkt nach Fabrikatalogen 30/31 von J. Treiber, Grima 134

**Möbelfabrik.**  
Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen  
kaufen Sie bei  
**Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6,**  
am Kottbuser Thor.  
BERLIN SO.,  
Für bestes und trockenstes Material garantiert!



Schippels Nachwort.

Die 47 Spalten der Chemnitzer „Vollstimme“, die Schippel mit allerlei Polargrammen gefüllt hat, um schließlich unvermittelt zu dem Bekenntnis zu kommen: „Es ist mir niemals auch nur im Traume eingefallen, Agrarzuschüsse zu sein, genügen, wie es scheint, seinem Schreibbedürfnis noch nicht. In der letzten Nummer der „Socialistischen Monatshefte“ veröffentlicht er noch ein „Nachwort“ zur Darlegung seines handelspolitischen Standpunktes. Nicht um dort die vergessene Beweisführung nachzuholen, wie aus seinem Vorderjahr, wer Handelsverträge wolle, müsse unbedingt auch für Zölle, unter besonderen Umständen auch für Agrarzölle sein, sich auf Grund seiner Volklogik in strenger Konsequenz die Ablehnung aller Agrarzölle ergibt, sondern um zu beweisen, daß vor der Allgewalt seiner Argumente keine Gegner „auf der ganzen Linie“ zurückweichen. Vor allem ist es, wie Schippel behauptet, der „Vorwärts“, der zurückgewichen ist. Es hat ihn allem Anschein nach schwer verdrossen, daß wir seine unermittelte, zu seinen vorausgegangenen Ausführungen in greifstem Widerspruch stehende Verleugnung aller agrarzöllnerischen Gelüste als „großen Rückzug“ charakterisiert haben; er leistet sich deshalb das Vergnügen, auch im „Vorwärts“ „Rückzüge“ zu entdecken.

Zwei Ausführungen im „Vorwärts“ sind es, die er zum Beweise für seine Behauptung ausspielt. In Nr. 190, 2. Beilage, 1. Spalte, haben wir geschrieben:

„Wie schon erwähnt wurde, befolgt Schippel die Taktik, so zu thun, als suchten seine Widersacher die Frage „Schutz Zoll oder Freihandel?“ zu einer socialistischen Prinzipienfrage zu stampeln, und als hätte in den letzten Jahren die Partei sich zur englischen Freihandelsdoktrin bekehrt. Den Beweis dafür findet Schippel selbstamerweise in der Thatsache, daß der Londoner Internationale Arbeiterkongress 1896 folgende Resolution angenommen hat:

„Ein internationales Zusammenwirken der Arbeiterklasse in Bezug auf den gewerkschaftlichen Kampf, wie besonders auch in Bezug auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung wird desto mehr zur Notwendigkeit, je mehr der wirtschaftliche Zusammenhang des kapitalistischen Weltmarktes und damit zugleich die Konflikte der nationalen Industrien sich entwickeln. Für die nächste Zeit ist ein internationales Vorgehen des Proletariats nach folgenden Richtungen notwendig:

- 1. Abschaffung der Zölle, Verbrauchssteuern und Ausfuhrprämien. 2. Durchführung einer internationalen Arbeiterschutz-Gesetzgebung.

Man könnte fragen, inwiefern denn dieser internationale Beschluß gerade eine spezielle Anwendung der deutschen Socialdemokratie zur Freihandelslehre bezeugt; indes soll nicht bestritten werden, daß, wenn auch heute noch unsere Partei keineswegs die englische Freihandelsdoktrin acceptiert, sie doch weniger „schütz zöllnerisch“ ist als nach dem großen Krach in den siebziger Jahren des letzten Jahrzehndts. Allerdings gegenüber den Agrarzöllen hat sie stets denselben Standpunkt eingenommen, auf dem sie heute steht; nur in Bezug auf die Industriezölle war man früher teilweise zu größeren Zugeständnissen geneigt.

Auch heute gilt in der Partei die Freihandels- und Schutz Zollfrage nicht als Prinzipienfrage, sondern, wenn man so sagen darf, als „eine Frage der Umstände“ — nur ist heute die große Mehrheit der Partei der Ansicht, daß jetzt die Umstände andre sind, als zu Beginn der Bismarckschen Wirksamkeit, d. h. daß seitdem die deutsche Industrie enorm erstarkt ist und heute eine weit mächtigere Stellung auf dem Weltmarkt einnimmt. Thatsächlich wurde die Londoner Resolution denn auch nicht mit irgend welchen Freihandels-Argumenten begründet, sondern mit der Notwendigkeit eines Zusammenwirkens der internationalen Arbeiterklasse bei ihren gewerkschaftlichen Kämpfen, mit der veränderten Lage des Weltmarktes, der zunehmenden Konflikte der internationalen Industrie, den modernen Kartellierungsbestrebungen u. — also mit der Veränderung der „Umstände“. Und dasselbe gilt von der auf dem Stuttgarter Parteitag angenommenen Resolution, durch welche die Stellungnahme der deutschen socialdemokratischen Partei zu den letzten Zollkompensationen eingeleitet wurde. Alle Befürworter dieser Resolution, auch Kautsky selbst, begründeten ihre Stellungnahme mit dem Fortschritt der Industrie u. w. Und in der schließlich angenommenen Resolution wurde denn auch keineswegs alle und jede Schutzpolitik abgelehnt, sondern nur die im Deutschen Reich und in den „Staatswesen entwickelter Großindustrie“ heute übliche Schutzpolitik; und motiviert wurde diese Stellungnahme nicht mit irgend welchen Freihandels-theorien, sondern mit der Thatsache, daß in Deutschland infolge seiner eigenartigen Parteiverhältnisse die Industriezölle notwendigerweise stets mit Lebensmittelzöllen zusammenfallen, sowie mit dem hohen Entwicklungsstand der deutschen Industrie und der Begünstigung der modernen Kartell- und Trustbildungen durch die Schutzpolitik.

Aus diesen Sätzen konstruiert Schippel einen „ersten Rückzug“. Wie? Zunächst indem er sich einen merkwürdigen „Korrektur“ fauldig macht! Wir weisen darauf hin, daß er sich zum Beweise seiner Unterstellung auf die Londoner Resolution bezieht, teilen dann den Wortlaut dieser Resolution mit und führen den Nachweis, daß sie keineswegs mit irgend welchen Freihandelsargumenten, sondern mit der Notwendigkeit des Zusammenwirkens der internationalen Arbeiterklasse, der veränderten Weltmarktlage u. w. begründet wird. Was macht Schippel daraus? Gegen den obigen Beweis läßt sich schlecht anknüpfen; wahrheitsliebend, wie er ist, unterstellt er also einfach, wir hätten gar nicht beachtet, daß er von der Londoner Resolution ausgegangen sei, vielleicht hätten wir seine Artikel überhaupt nicht gelesen. Er schreibt nämlich wörtlich:

„Indes, wenn der „Vorwärts“, Mitarbeiter meine Chemnitzer Artikel in irrtümlich gelesen hat, so konnte und sollte er eigentlich wissen, daß ich ausgegangen bin von der Resolution des Londoner socialistischen Arbeiterkongresses — für die nächste Zeit ist ein internationales Vorgehen des Proletariats nach folgenden Richtungen notwendig: Abschaffung der Zölle...“ — und zwar ausgegangen bin ich nicht von meiner vielleicht allzu subjektiven Auffassung dieser internationalen Richtschnur, sondern von der Interpretation des zweifellos hierzu am meisten Berechtigten, nämlich des Genossen Parvus, der, wie er selber schätzern und schämig eingestand, jenen Beschluß verfaßt hat, nicht aus doctrinärer Verbotsheit, sondern weil ihn das Studium der Weltmarkts-Entwicklung zur Erkenntnis... führte, wie den Adam zum Feigenblatt.“

Wir lassen hier den Angriff gegen Parvus aus dem Spiel; wir konstatieren nur: Schippel polemisiert gegen unsre Artikel, er hat sie vor sich liegen, da es ihm aber besser in seine Behauptungen paßt, unterstellt er kurzweg, wir hätten nicht einmal, daß er von der Resolution des Londoner socialistischen Arbeiterkongresses ausgegangen sei. Eine absichtliche Täuschung seiner Leser.

Aber mit dieser kleinen „Korrektur“ kommt Schippel noch nicht weiter. Er nimmt deshalb noch eine zweite vor. In dem obigen Citat verneinen wir keineswegs, daß die deutsche Socialdemokratie mehr und mehr zur Forderung des Freihandels gekommen ist. Was wir bestritten ist nur, daß die Partei die englische Freihandels-theorie acceptiert hat. Für die Partei sei die Frage „Schutz Zoll oder Freihandel“ lediglich eine „Frage der Umstände“. Wenn sie heute zur Freihandelsforderung komme, so deshalb, weil die Mehrheit der Ansicht sei, daß jetzt in Deutschland die „Um-

stände“ die Auffassung und Durchsetzung dieser Forderung verlangen. Und daß thatsächlich die Partei von dieser Auffassung ausgeht, wird dann von uns an dem Wortlaut der mit großer Majorität in Stuttgart angenommenen Volksresolution und an ihrer Motivierung durch Kautsky (ihrem Verfasser) nachgewiesen.

Doch dieser Nachweis paßt dem Genossen Schippel wieder nicht in seine eigenartige Argumentation. So ignoriert er ihn einfach und redet seinen Lesern vor, wir hätten behauptet, daß bisher noch niemand in unserer Partei zur Freihandelsforderung gekommen sei. Triumphierend weist er auf den Genossen Parvus hin, der vor Jahren in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ gesagt habe: „Der Londoner internationale socialistische Arbeiterkongress hat den Freihandel zur internationalen Forderung des Proletariats gemacht, indem er nicht nur für diese Forderung eintrat, sondern beschlossen hat, daß für die nächste Zeit schon eine Agitation für die Abschaffung der Zölle zu entwickeln sei.“

Und dann fragt Schippel mit der gekünstelten Kavetät, die ihm so schön steht: „Ja, gilt meinen übergestiegenen Kritikern eine Kongressresolution, ein internationaler Kongreßbeschluß ganz und gar nichts mehr? Oder soll etwa noch nicht einmal der Verfasser selber den Sinn seiner Resolution verstanden haben dürfen?“

Aber noch zwei andre Zeugen hat Schippel nach vielem Suchen entdeckt. Als nämlich Genosse Ender von der Chemnitzer „Vollstimme“ im Jahre 1898 im „Vorwärts“ die Frage aufgeworfen habe, ob der Satz des Erfurter Programms „Abhängigkeit aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern“ die Partei zur Einnahme des Freihandelsstandpunktes verpflichte, da habe Schoenlant in der „Leipziger Volkszeitung“ den betreffenden Satz als eine „endgültige Abgabe“ an alle Schutz zöllneri interpretiert, und ähnlich habe sich zwei Jahre später Genosse Kollenbuhr im „Hamburger Echo“ ausgesprochen.

Wir vermögen die betreffenden Stellen augenblicklich nicht nachzuprüfen, nehmen daher an, daß sie richtig wiedergegeben sind — aber was beweisen sie gegen uns? Wir haben durchaus nicht behauptet, daß keiner unserer Parteigenossen heute die Forderung des Freihandels erhebt; wir sind sogar der Ansicht, daß die große Mehrheit heute freihändlerisch ist; ja wir haben uns sogar selbst als „freihändlerisch“ bekannt — allerdings nicht auf Grund der Acceptation der englischen Freihandelsdoktrin, sondern weil, wie wir in unserem dritten Artikel (Nr. 193 des „Vorwärts“) ausgeführt haben, unter den heutigen deutschen Verhältnissen derjenige, der Industriezölle durchsetzen will, auch Agrarzölle mit in Kauf nehmen muß, zweitens weil uns die deutsche Industrie als reif für den Freihandel gilt, und drittens (Vergleiche den zweiten Artikel Nr. 190 des „Vorwärts“) aus bestimmten politischen Gründen, nämlich um nicht die Nachposition, die das Schlot- und Landjunkertum ohnehin im Deutschen Reich preussischer Nation inne hat, noch mehr zu stärken. Wir sind auch mit Schönlant und Kollenbuhr durchaus einverstanden, wenn sie den Punkt 10 des Parteiprogramms dahin interpretieren, daß er die Abschaffung aller Schutz zöllneri bedeutet, d. h. der Schutz zöllneri als System, nicht jedes beliebigen Zolls ohne Unterschied. Der Ausfuhrzoll erscheint uns z. B. nicht als ein Zoll, der die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfert.“

Wollte Schippel uns widerlegen, so muß er nachweisen, daß Parvus und Schönlant die Freihandelsdoktrin acceptiert haben und von deren wirtschaftlichen Grundgedanken bei ihrer Forderung ausgehen. Selbst dann würde allerdings noch immer die Partei nicht im Sinne der Cobden, Bright, Prince Smith u. w. „freihändlerisch“ sein, ebensowenig, wie sie dadurch, daß Ender und vielleicht noch einige andre Genossen für Agrarzölle sind, zu einer agrar zöllnerischen Partei wird; aber die Argumentation Schippels hätte dann wenigstens einen gewissen Sinn; so ist sie jedoch nichts als eine mit untauglichen Mitteln arbeitende Demonstration am untauglichen Objekt.

Schippel hat jedoch noch einen zweiten Rückzug entdeckt. Auf seine Behauptung: „Wer Handelsverträge will, muß unter allen Umständen auch für Zölle sein, unter besonderen Umständen auch für Agrarzölle“, antworten wir am Ende unsres dritten Artikels:

„Nicht jeder beliebige Tarifvertrag ist für die Partei annehmbar; es kommt selbstverständlich auf seinen Inhalt und die jeweilige wirtschaftliche und politische Lage, die besonderen „Umstände“, an. Daß aber unter einem Freihandels-system die „Umstände“ eine völlige Veränderung erfahren, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Das Motiv, das hauptsächlich die Partei zum Eintreten für die Caprivischen Tarifverträge bestimmte: die Ermäßigung wichtiger Lebensmittelzölle fielen dann von selbst weg — und ein gewisser Schutz gegen die Benachteiligung der deutschen Ausfuhr nach fremden Märkten läßt sich auch durch den Abschluß von Meistbegünstigungsverträgen erreichen. Zudem hindert uns nichts, falls sich dies als nötig erweisen sollte, ähnliche Verhandlungen der deutschen Warenausfuhr nach fremden Ländern oder besondere Begünstigungen fremder Exporte durch Ausfuhrprämien u. mit — Kampf — und Ausgleichszöllen oder irgend welchen andern Repressivmaßnahmen zu beantworten. Schippel beruft sich zwar darauf, daß Prince Smith 1848 gegen solche Maßnahmen plaidiert hat. Aber was geht uns die Freihandels-theoretik der seligen Prince Smith, Fauder u. w. an?“

Jeder ersieht daraus, daß der Satz: „Zudem hindert uns nichts“ u. w. sich nicht auf unsre heutigen Zollverhältnisse bezieht, sondern die durch das Freihandels-system völlig veränderten „Umstände“ voraussetzt. Er besagt: Sollte ein Land, wenn wir seine Waren völlig zollfrei in unser Gebiet einlassen, uns demnach hianos behandeln, d. h. uns auf seinem Markte nicht dieselben Rechte gewähren wie den zollgeschützten Ländern, dann hindert uns nichts, zu Kampf- bezw. Ausgleichszöllen oder irgend welchen andern Repressivmaßnahmen (z. B. Einfuhrverboten, Erhebung von besonderen Schiffsgebern, Verbot fremder Handelsniederlassungen, Einführung von Eisenbahntarifen, welche die Einfuhr aus dem betreffenden Lande erschweren) zu greifen. Genosse Schippel nimmt jedoch wieder, da ihm in dieser Form die Versicherung in seine Ausführungen nicht paßt, eine kleine „Korrektur“ vor. Er läßt die ersten Sätze, die von der Veränderung der Umstände durch das Freihandels-system sprechen, weg, citiert nur die letzten und thut nun so, als bezögen sich diese auf die von manchen Schutz zöllnern befürwortete sogenannte Kompensationspolitik, d. h. das Verfahren, nur gegen Zollzugeständnisse des fremden Landes die eignen Zölle herabzusetzen.

„Armer Parvus! Armer Kautsky!“ ruft er aus. „Das nennt und glaubt sich nun Euer Bundesgenosse! Und dabei habe ich ihm in Kauf meiner Chemnitzer Darlegungen doch so viel Warnungszichen aufgeflickt!...“

Und was uns hindert, Kampf- und Ausgleichs- und Repressivzölle und was sonst noch, wenn nötig, zu wollen? Du lieber Himmel, mich, bei meiner anerkannten und wiederholten Beschäftigung handelspolitischen Grundtatsache, hindert natürlich nicht das Geringste daran. Aber daß ich mich hier in der Gesellschaft des „Vorwärts“-Genossen befinde, das schmerzt mich — ich hätte ihn lieber an der Seite unserer Verehrter handelspolitischen Grundtatsache, vor allem der Genossen Parvus und Kautsky gesehen.“

Und dann greift Schippel auf einen früheren von ihm im „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel zurück und erzählt, daß Parvus

1897 sehr energisch gegen die Kompensationspolitik aufgetreten sei, als er (Schippel) damals geschrieben habe:

„Der Meinung sind wir allerdings noch wie vor, daß es auch die Socialdemokratie nicht bedingungslos vertreiben kann, daß man für seine eignen Tarifermäßigungen Tarifzugeständnisse auf der Gegenseite einzutauschen und im Notfall zu erzwingen sucht.“

Bei dem Worte erzwingen steigt unserm Genossen (Parvus-Dresden) das Blut vollends zu Kopf, und er schleudert uns nun die üblichen Gemeinplätze entgegen: „wir fordern die Abschaffung der Zölle zu unserm eignen Vorteil, wir verlieren dabei nicht, sondern gewinnen“...“

Im Eifer fällt unser Kollege ja selber von dem Drahtseile, auf dem sich seine Handelspolitik so spielend bewegt. Sein Hauptzuglück läuft doch gerade darauf hinaus, für die Aufhebung der Getreidezölle Zugeständnisse vom Auslande zu verlangen. Soll dieses Verlangen dadurch der Erfüllung näher gebracht werden, daß wir dem Auslande einen ganz unmaßgeblichen, von uns selber als ganz gleichgültig behandelten Wunsch aussprechen, den sie uns, wenn sie durchaus nicht anders wollen, erfüllen können, den sie uns aber auch wiederum nicht zu erfüllen brauchen, weil uns der „eigne Vorteil“ des billigeren Brotes genügt?“

Ebenso muß auch Kautsky herant. Auch er hat 1898 („Neue Zeit“ 1897/98, II. Bd. S. 200) in einer Anmerkung zu einem Artikel Calwers über „die Vorbereitung neuer Handelsverträge“ erklärt:

„Unsesr Erachtens hat die Socialdemokratie in der Frage der Handelspolitik mehr zu thun, als gegen jede Erweiterung und Verstärkung des Schutz zöllnsystems einzutreten. Sie muß dieses System grundsätzlich bekämpfen und seine völlige Niederreißung anstreben. Vor allem muß sie die völlige Aufhebung aller Lebensmittelzölle fordern. Diese zieht aber naturnotwendig die Aufhebung der industriellen Zölle nach sich, und die deutsche Industrie ist hoch entwickelt genug, sie entbehren zu können.“

Die deutsche Socialdemokratie muß daher vollen Freihandel fordern; sie fordert ihn im Interesse der Arbeiterklasse Deutschlands und der ökonomischen Entwicklung Deutschlands, nicht aus Gefälligkeit für das Auslande, darum ist aber die Forderung unabhängig von dem Entgegenkommen des kontrahierenden Auslandes. Die Kompensationspolitik ist unvereinbar mit dem Freihandel; sie setzt den Schutz Zoll voraus und befragt nichts andres, als daß das widerwillige Auslande durch Schädigung des einheimischen Arbeiters zu Konzessionen gezwungen werden soll.“

Und nachdem Schippel in dieser Weise den Verfasser der „Vorwärts“-Artikel gegen Kautsky und Parvus auszuwickeln versucht hat, ruft er höhnisch aus: „Solche Helfershelfer hat der Genosse Kautsky laum verdient!“

Es ist ein recht widerliches Spiel, das der Abgeordnete für Chemnitz sich leistet. Wie jeder sofort sieht, der die oben citierte Äußerung des „Vorwärts“ mit den Ausführungen Kautskys und Schippels vergleicht, handelt es sich um zwei grundverschiedene Fragen. In dem Citat aus dem dritten Artikel des „Vorwärts“ wird der Freihandelszustand, d. h. ein Zustand, der die Frage gegenseitiger Zollkompensationen ausschließt, als bereits vorhanden angenommen; in Kautskys und Schippels Ausführungen handelt es sich dagegen um die Frage, ob Deutschland auch dann zu Zollermäßigungen bezw. Zollabschaffungen übergehen soll, wenn die andern Länder, zu denen es in Handelsbeziehungen steht, sich nicht zu Kompensationen, d. h. zu ähnlichen Zollreduktionen verstehen: eine Frage, die der Verfasser der „Vorwärts“-Artikel stets genau so beantwortet hat, wie Kautsky und Parvus.

Auch sonst sind in dem Nachwort Schippels noch verschiedene Anstößigkeiten enthalten, die zur Nichtigstellung herausfordern; doch verspüren wir keine Reizung, die Erörterung noch weiter auszu dehnen; die vorstehenden Beispiele genügen zur Charakterisierung der Schippelschen Argumentationsweise.

Aus der Frauenbewegung.

Niedorf. In einer von der Vertrauensperson des Kreises Zelltor-Bezirks einberufenen Frauenversammlung, welche am 29. August bei Thiel, Bergstraße, stattfand, referierte Genosse P. Hirsch-Charlottenburg über: „Die Wichtigkeit der Frauenkonferenz und des Parteitag“.

Auf der Provinzialkonferenz sei es notwendig für die Frauen, durch eine Delegierte vertreten zu sein, da das Kontraktbruch-Gesetz und die Schulfrage, welche dort verhandelt werden dürften, Punkte seien, an welchen die Frauen ganz besonders interessiert sind; bedeute doch eine Verschlechterung auf diesen Gebieten zugleich eine solche ihrer Klassengenossen. Denn, daß die Delegierte auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes wieder aus dem Saale gewiesen werden könnte, sei dadurch begegnet, daß die Konferenz nur von einem Genossen einberufen sei. Eine Wiederholung des Hinausweisens durch die Polizei würde daher einen Gewaltstreik ärgster Art bedeuten.

Auf der Konferenz der socialdemokratischen Frauen Deutschlands dürften den Frauen für die Agitationsarbeit sehr nützliche Fingerzeige gegeben werden, und diese auch in unserm Kreise zur Anwendung zu bringen, sei Aufgabe der Delegierten zu diesem Kongress, denn bis jetzt sehe es mit der Agitationsarbeit unter den Frauen sehr übel aus.

Auch auf dem Parteitag seien für die Frauen wichtige Punkte zu erörtern, wie Schulgesetzfrage und Kommunalpolitik, welche für dieselben von ganz besonderer Bedeutung seien.

Ganz besonders die Rechtslosigkeit der Frau auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts mache es notwendig, daß die Frauen auf diesen Kongressen vertreten sind. So wie die Agrarier fortwährend färcien und somit ihre Forderungen durchsetzen, sollten die Frauen nicht davon ablassen, fortwährend ihre Forderungen zu erheben, und je stärker die Frauen an der Vertretung beteiligt seien, um so eher muß es der herrschenden Klasse zum Bewußtsein kommen, daß die Frauen sich die bestehende Rechtslosigkeit nicht länger gefallen lassen wollen.

Zu dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referate wurde das Wort von niemand gewünscht. Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurde Frau Jäger-Niedorf gewählt. Die Wahl der Delegierten zum Parteitag fiel auf Frau Thiel-Tempelhof, welche 57 Stimmen erhielt, Frau Jeeche-Niedorf blieb mit 83 Stimmen in der Minorität.

Zum Schluß ersuchte Frau Jeeche diejenigen Frauen, welche sich agitatorisch betätigen wollen, sich der Vertrauensperson für Niedorf, Frau Jäger, Selchowstr. 8, zur Verfügung zu stellen, da eine intensivere Agitation als bisher notwendig sei; besonders erforderlich sei es, die Mißstände in der Hausindustrie mehr an die Öffentlichkeit zu ziehen. Besonders erwähnenswert sei die Aenderungsbeurteilung bei der Verfertigung von Halsketten. So werden z. B. bezahlt für das Aufziehen der Ketten für ein Groß zweireihige Ketten 60 Pf., für fünfreihige Halsketten ein Groß 1,35 M., für dreireihige das Groß 1,10 M. Es komme demnach auf die Stunde berechnet der horrendo Lohn von vier Pfennig. Darum sei es Pflicht aller Frauen, mitzuwirken an der Agitation, um derartige Uebelstände beseitigen zu helfen.

Mit einem Hoch auf die internationale völkervereinende Socialdemokratie schloß hierauf die Vorsitzende die Versammlung.

